

Aus: Springer Verlag AG, Post: 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 394-1 / Anzeigenservice Köln (02 23) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 30,00 Bfr, Dänemark 8,00 Dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 63 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,00 f, Norwegen 7,50 Nkr, Österreich 12,50 S, Portugal 100 Esc.
Schweden 6,50 Skr, Schweiz 1,80 Sfr, Spanien 125 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zwangsarbeit: CSU und FDP bleiben dabei, daß es keine Ersatzlösung geben dürfe. Kanzler Kohl erwartet dennoch von dem nächsten Koalitionsgespräch am Mittwoch ein „vernünftiges Ergebnis“. Niedersächsischer Ministerpräsident Albrecht behauptet auf seiner Forderung eines Solidarbeitrags der Besserverdienenden.

Steuer: Den Abbau von Steuervergünstigungen fordert Bundesverfassungsgerichtspräsident Zeller. Das Steuerrecht werde immer ungerechter. (S. 9)

Konsequenz: Aufgrund der Querelen um die Neugestaltung der bayerischen SPD hat der Vorsitzende des Bezirks Franken, Friedrich, seinen „unwiderruflichen“ Rücktritt angekündigt. (S. 4)

Unesco: Großbritannien tritt zum 31. Dezember 1985 aus der UNO-Organisation aus. Grund ist vor allem Unzufriedenheit mit der Politisierung der Unesco.

Atomreaktoren: Israel will von Frankreich zwei Kernkraftwerke zur Elektrizitätsgewinnung kaufen. Bestätigte Energieminister Schachal nach dem Besuch von Premier Peres in Paris.

Polen: Nach sechsmonatiger Haft ist Bogdan Lis, ehemals zweitwichtigster Mitglied der Untergrundführung der „Solidarität“, freigelassen worden. Ermittlungen gegen ihn hätten keinen Beweis für den Verdacht des Hochverrats erbracht.

Bergarbeiter: Deutsche, niederländische und belgische Gewerkschaften haben den streikenden britischen Kumpels zugesagt, sich für eine Beschränkung der Kohleexporte nach Großbritannien einzusetzen. Hilfszusagen kamen auch von der PLO. (S. 8)

Nahost: Israelische und ägyptische Diplomaten verhandeln über ein Gipfeltreffen zwischen Premier Peres und Präsident Mubarak. Peres möchte durch Vermittlung Mubarak auch Jordaniens König Hussein treffen.

Waffenexporte: Die Spitzenposition bei den Käufen amerikanischer Waffen nahm in diesem Jahr die Türkei vor Saudi-Arabien ein. Sie gab rund 4,5 Milliarden Dollar für US-Rüstungsgüter aus, die Saudis drei Milliarden.

Heute: Britischer Außenminister Howe in Berlin.

ZITAT DES TAGES



„Wenn von den Kanzeln unserer Kirchen mehr über Umwelt und Nicaragua geredet wird als über das Wort Gottes, so muß man sich nicht wundern, wenn Defizite entstehen.“

Bundesfamilienminister Heiner Gießler in einer Kritik an der Politisierung des Evangeliums in den Kirchen. FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Lehrstellen: Trotz Umsatz- und Ertragsrückfällen in vielen Bereichen des Einzelhandels hat die Branche mit 120 000 so viele Auszubildende eingestellt wie nie zuvor. (S. 9)

Berliner Flugverkehr: Die Zahl der Passagiere stieg von Januar bis Ende November gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,8 Prozent auf 3 883 070.

US-Aktienmärkte: Der traditionelle Spurt zum Jahresende ist bislang ausgeblieben. Die steuerlichen Reformpläne des Schatzkanzlers und Reagans Ausgabenschnitts stiften Konfusion. (S. 9)

Handel: Die „DDR“ bleibt auch 1985 größter Handelspartner der Sowjetunion. Ein jetzt unterzeichnetes Handelsprotokoll sieht einen Warenaustausch im Volumen von rund 53 Milliarden DM vor.

KULTUR

„Penthesilea“: Mit Verve stürzte sich Hans Hollmann bei der Inszenierung des Kleist-Stücks am Zürcher Schauspielhaus in die Psychoanalyse. Heraus kam ein die Nerven angrenzender Theaterabend. (S. 17)

Viktor Schklovski: Der als Schöpfer des russischen Formalismus und als Theoretiker des Futurismus bekanntgewordene Schriftsteller starb 91jährig. Er war als Kritiker, Romaner, Historiker und Dramaturg tätig.

SPORT

Ski: Die Französin Christelle Guignard gewann in Davos den 2. Weltcup-Slalom der Saison. Zuvor hatte die deutsche Läuferin Traudi Hächler im Super-Riesentorlauf triumphiert. (S. 15)

Galopp: Die von Ilse Bscher in Köln gezogene Stute Las Vegas wurde zum „Galopper des Jahres“ gewählt. Las Vegas kam in diesem Jahr auf eine Gewinnsumme von 303 000 Mark. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Giftgas: Zwei Familien aus der indischen Stadt Bhopal haben stellvertretend für alle Opfer der Giftgas-Katastrophe Schadenersatzklage in Höhe von 15 Milliarden Dollar gegen den US-Konzern Union Carbide eingereicht. (S. 18)

Wetter: Wechselnd bewölkt. Nur im Norden und Raum Berlin zeitweise Regen. 5 bis 8 Grad.

Überleben: Vier Tage nach dem

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Weil der Fahrer entkam - Leitartikel zur Situation in Polen - Von C. G. Ströhm S. 2
- Jubiläum:** Zehn Jahre Zeitschrift „Kontinent“ - Eine Stimme im Exil - Von P. Dittmar S. 3
- Landesbericht:** Nordrhein-Westfalen: Spalt-Tendenz und eine neue grüne Versuchung S. 4
- Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 6
- Tschad:** Habré drängt Paris zu „Manta 2“ - Spekulationen über den Ernstfall S. 7
- Messe Frankfurt:** Umsatz um ein Drittel erhöht - Neubau führte zum Erfolg - Von I. Adham S. 11
- Fernseher:** „Tanzschule Kaiser“ - Anekdoten um die Freude am Tanzen - ARD-Serie S. 12
- Fußball:** Dieter Schatzschneider - Ein Porträt des Torschützen von Schalke 04 S. 15
- Pankraz:** Sedna und der Weg aus der Pettersli - Über abgelebene Amateur-Derwische S. 17
- Bundfunk:** Eine Nacht lang auf der Suche nach dem Glück - Gott, Gesundheit und Gefühl S. 18

USA versichern: In Genf werden Europas Interessen gewahrt

Washington zieht Grenzen für Konzessionen bei Gesprächen mit Moskau

FRITZ WIRTH, Washington

Mit allen Mitteln der Diplomatie bemüht sich die Regierung Reagan, bei ihren europäischen Verbündeten Unsicherheiten und Unklarheiten über die amerikanische Position vor den angekündigten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen in Genf auszuräumen. „Die unaufbrechbare Koppelung von strategischer Abschreckung und europäischer Sicherheit muß und wird erhalten bleiben. Wir lassen uns in dieser Hinsicht bei den Gesprächen mit den Sowjets in Genf nicht abhandeln“, verspricht ein leitender Beamter der Reagan-Administration unmittelbar vor der Reise des US-Außenministers Shultz nach Europa.

Zugleich läßt Washington keine Zweifel daran, daß bei einer etwaigen Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen die britischen und französischen Nuklearsysteme nicht mit in diese Verhandlungen eingeschlossen werden können. Die Reagan-Administration beharrt nach wie vor darauf, daß es sich dabei um nationale und strategische Systeme handelt, die da-

mit außerhalb des Bereichs dieser Gespräche liegen.

Ebenso nachdrücklich schließt man auf amerikanischer Seite die Möglichkeit aus, den Sowjets auf bestimmten Ebenen mit einem nuklearen Rüstungsmoratorium entgegenzukommen. „Unsere Erfahrungen mit den Sowjets sind in dieser Hinsicht nicht ermutigend“, heißt es.

Trotz dieser Vorbehalte nimmt die Reagan-Administration den bevorstehenden ersten Nuklear-Dialog mit den Sowjets nach dem Abbruch der Genfer Verhandlungen vor über einem Jahr überaus ernst. „Wir sind entschlossen, im guten Glauben zu verhandeln, und setzen das bei den Sowjets ebenfalls voraus“, wird von maßgeblicher Stelle im Weißen Haus erklärt.

Berichte, nach denen schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen dem State Department und dem Pentagon die Vorbereitungen des neuen Genfer Dialogs beeinträchtigen, werden von autoritativer Seite als „Unsinn“ bezeichnet. Man bestreitet nicht, daß es zwischen Außen- und Verteidigungsministerium über gewisse

Aspekte dieser Gespräche Differenzen gibt. Solche Meinungsverschiedenheiten seien jedoch nur dann gefährlich, wenn sie zu einer Beeinträchtigung der Verhandlungsfähigkeit führten. Davon aber könne keine Rede sein.

Ebenso entschieden weist man in der Administration Berichte amerikanischer Zeitungen zurück, daß Präsident Reagan selber nur ein begrenztes Interesse an diesem neuen Dialog mit den Sowjets habe. Das genaue Gegenteil sei der Fall. Wenn im Zusammenhang mit diesen neu beginnenden Gesprächen nach einem „Zerren“ gesucht worden sei, diese Gespräche überhaupt, so sei dieser „Zerren“ niemand anders als der Präsident selbst.

Das Hauptziel des Präsidenten sei es, in den kommenden vier Jahren seiner Amtszeit ein Konzept durchzusetzen, das im nuklearen Duell der Großmächte das Schwergewicht von offensiven auf defensive Systeme verlagere. Er sehe darin einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Verhältnisses zwischen den Groß-

Fortsetzung Seite 8

Engelhard: Opfern mehr Rechte geben

Akteneinsicht für Betroffene von Gewaltdelikten / Persönlichkeitsrechte schützen / WELT-Gespräch

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat weitgehende Gesetzesinitiativen zum Schutz von Opfern von schweren Straftaten angekündigt. In einem WELT-Gespräch sagte Engelhard, bei zurückliegenden Reformen des Strafrechts und des Strafverfahrens hätten „fast ausschließlich der Straftäter“ und das durchaus richtige Bemühen im Vordergrund gestanden, diesem „mehr rechtsstaatliche Garantien zu gewähren“. Engelhard: „Demgegenüber sei der Schutz des Opfers von Straftaten weitgehend vernachlässigt worden.“

Der Bundesjustizminister kündigte in dem WELT-Gespräch an, er werde unter anderem folgende Überlegungen zur Diskussion stellen:

- Eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten des Opfers über den Stand des Verfahrens gegen den Straftäter, „zum Beispiel durch die Gewährung eines Rechts auf Einsicht der Akten“;

- eine „Neugestaltung des Instituts der Nebenklage“ im Strafprozeß. Engelhard: „So wird von mir erwogen, bei Verletzung höchstpersönlicher Rechtsgüter - zum Beispiel bei einer Vergewaltigung - der Frau das Recht einzuräumen, sich aktiv am Verfahren gegen den Täter zu beteiligen und im Prozeß eigene Anträge zu stellen.“

Außerdem müsse dem Opfer von Straftaten in solchen Fällen die Möglichkeit gegeben werden, „sich gegen ehrverletzende Befragungen und Schuldzuweisungen zu verteidigen“;

- Engelhard: „Es darf nicht sein, daß in ihren Rechten Verletzte, wenn sie in einem Verfahren als Zeuge aufgerufen werden, zum Objekt werden.“ Auch in einer solchen Situation, „muß die Persönlichkeitsphäre des Verletzten gewahrt bleiben“. Überlegt werde deshalb, „einem solchen Zeugen das Recht einzuräumen, unmittelbare Fragen des Richters, des Staatsanwalts und des Verteidigers, gegebenenfalls unter Beistand eines Rechtsanwalts, zu beantworten“.

Der Bundesjustizminister betonte, der Opfererschutz sei in der Vergangenheit „eher stiefmütterlich behandelt worden“. Deshalb müßten hier dringende „Korrekturen“ vorgenommen werden. Ein Abbau der rechtsstaatlichen Garantien für den Täter sei da-

mit nicht verbunden. Aber: „Opfer von Straftaten dürfen nicht länger im Schatten stehen. Ihnen muß der Staat mindestens die gleiche Fürsorge widmen wie den Straftätern.“

Beispielsweise sei die Rechtsstellung von vergewaltigten Frauen in Verfahren gegen Straftäter „nur unzureichend ausgebaut“. Engelhard verknüpfte diese Aussage mit der Bemerkung: „Derartige Verfahren bedeuten in der Praxis für die Betroffenen oft ein peinliches und ehrverletzendes Spielrundenlaufen vor öffentlicher.“ Ähnlich „unbefriedigend“ sei die Rechtsstellung der Opfer von anderen Formen der Gewaltkriminalität, etwa Raub, Erpressung und Entführung, geregelt. „Das gleiche gilt für die Lage der Angehörigen eines Mord- oder Totschlagsopfers.“

Der Bundesjustizminister sprach auch von „Unzulänglichkeiten“ hinsichtlich der Lage der Opfer von Vermögens- und Eigentumsdelikten wie Betrug oder Diebstahl. Engelhard: „Innen wird es nach geltendem Recht viel zu schwer gemacht, ihre berechtigten Interessen am Ersatz des erlittenen Schadens schon im Strafverfahren gegen den Täter durchzusetzen.“

Der Bundesjustizminister betonte, der Opfererschutz sei in der Vergangenheit „eher stiefmütterlich behandelt worden“. Deshalb müßten hier dringende „Korrekturen“ vorgenommen werden. Ein Abbau der rechtsstaatlichen Garantien für den Täter sei da-

Grüne halten Bündnisfrage offen

hey, Hamburg

Für die Grünen ist weiter offen, wie sie sich künftig in der Frage von Bündnissen mit anderen Parteien verhalten werden. In einer Kampfabstimmung wurde auf der 7. Bundesversammlung in Hamburg mit 264 gegen 243 Stimmen ein „Leitartikel“ des Bundesvorstandes abgelehnt, der die Übernahme von Regierungsverantwortung untersagte. Statt dessen billigten die Delegierten einen Kompromißantrag, der Entscheidungen über mögliche Koalitionen den jeweiligen Orts-, Kreis- oder Landesverbänden überläßt. Auf Bundesebene besteht danach kein „Entscheidungsbedarf“.

Damit konnte sich eine Gruppe von Realpolitikern wie die Bundestagsabgeordnete Schily und Fischer gegen die sogenannten Fundamentaristen vom Vorstand wie Trampert und Bahro durchsetzen. Seite 3: Als Bahro mit den Nazis kam

SPD gegen Offerte Wallmanns

DW, Frankfurt

Die Sozialdemokraten in Hessen haben ein Angebot des CDU-Landesvorsitzenden Walter Wallmann, beide Parteien sollten eine große Koalition bilden, zurückgewiesen und es als „reine Taktik“ bezeichnet. Im Landtag stieß in dieser Woche die Beratung des Haushalts 1985 an, bei der sich nach dem Bruch des bisherigen parlamentarischen Bündnisses zwischen der sozialdemokratischen Ministerregierung unter Ministerpräsident Holger Börner und den Grünen erste praktische Auswirkungen zeigen werden.

Wallmann wiederholte sein Angebot am Samstag im ZDF. Er verneinte dabei aber die Frage, ob er selber in ein mögliches Kabinett Börner, an dem seine Partei beteiligt wäre, eintreten würde. Der Politiker sagte, er wolle Oberbürgermeister von Frankfurt bleiben.

Offensive gegen die Tamlin

DW, Colombo

Die Sicherheitskräfte Sri Lankas sind gegen drei Stützpunkte der separatistischen Untergrundbewegung im Norden des Landes vorgegangen. Nach offiziellen Angaben wurden 200 Menschen verhaftet. Eine Sonntagszeitung berichtete allerdings, daß bei weitem mehr Tamlin als offiziell angegeben, nämlich jeweils 235, 163 und 145 Personen, festgenommen worden seien. In den Nordprovinzen, teilte der Minister ferner mit, sei eine Ausgangssperre verhängt, um die bisher größte Säuberungsaktion der Polizei zu erleichtern.

Aus unterrichteten Quellen verlautete, die Regierung habe zuvor Hinweise über ein Treffen von separatistischen Aktivisten erhalten. Diese Kräfte hätten einen Generalstreik vorbereiten wollen, hieß es. Gestern wurde in Colombo der amerikanische General Walters als Sonderbeauftragter Präsident Reagans erwartet.

DER KOMMENTAR

Engelhard's Signal

MANFRED SCHELL

Der Bundesjustizminister hat ein Zeichen für seine künftige Rechtspolitik gesetzt. Engelhard will, daß den Opfern von Verbrechen stärker Gerechtigkeit widerfährt - durch erweiterte Mitwirkungsrechte bei den Prozessen selbst, aber auch bei der Anerkennung ihrer materiellen Ansprüche. Er will aber ebenso unterbinden, daß Leidtragende von Verbrechen - zum Beispiel vergewaltigte Frauen - später im Zeugnisstand vor aller Öffentlichkeit einem Spießrutenlauf ausgesetzt sind. Gerade Verfahren vergangener Tage zeigen, wie schonungslos Zeugen in ein Wiederleben der Tat gedrängt werden.

Protest gegen den mutigen Schritt des Ministers wird nicht lange auf sich warten lassen, obwohl schon der 55. Deutsche Juristentag im September in Hamburg im Sinne Engelhard's diskutiert hatte. Denn des Justizministers Absicht signalisiert eine Abkehr von jener Rechtspolitik, die fast ausschließlich das Wohl des Straftäters, seine Motive und Reaktionsmöglichkeiten im Auge hat. Nicht selten wurden Verbrechen oder Vergehen schlicht als „Sozialverstoß“ interpretiert und damit „plausibel“ zu machen versucht. Die Opfer derjenigen, die auf den Anklagebänken saßen, blieben dabei im Schatten. Sie waren für die Staatsanwälte und Richter nur insoweit interes-

sant, wie sie zur Wahrheitsfindung beitragen konnten.

Niemand wird Engelhard unterstellen können, er wolle das Faustrecht einführen oder die Möglichkeit zur Rache schaffen. Darum geht es nicht; denn es kann nicht dem Opfer überlassen bleiben, seinen eigenen Strafanspruch durchzusetzen. Aber was der Bundesjustizminister mit seinem WELT-Gespräch anstößt, ist über das Prozedurale hinaus ein Beitrag zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens.

Das Opfer soll mit eigenen Rechten, also aktiv, am Prozeß gegen den Straftäter beteiligt werden. Ihm soll die Wahrung berechtigter Interessen ermöglicht werden. Das augenfälligste Anliegen ist dabei, Zeugen vor ehrverletzenden Fragen, vor der Ausforschung ihres Intimbereichs zu schützen.

Das Recht auf Akteneinsicht hätte für Justizorgane überdies einen praktischen Vorteil. Wenn das Opfer aufgrund der Akteneinsicht, daß das Verfahren in die falsche Richtung läuft, wenn die Vernehmungen Lücken aufweisen oder gar wichtige Zeugen nicht gehört werden, dann kann es zur Sachaufklärung beitragen. Bisher ist es so, daß der in seinem Recht Verletzte die Fakten erst im Gerichtssaal erfährt. Und dann ist es oft zu spät.

Entführer verlesen ihr „Testament“

DW, Teheran

Mit Einschlußlöchern im Rumpf, 13 zerschossenen Fensterscheiben und einem völlig erschöpften britischen Piloten stand der weißblaue Airbus der „Kuwait Airways“ gestern nachmittag noch immer auf Teherans Flughafen Mehrabad, ohne daß ein Ende des Dramas abzusehen war. In der Maschine zitterten zu diesem Zeitpunkt rund ein Dutzend Geiseln weiter um ihr Leben. Den iranischen Behörden erschien ein Start des Flugzeuges in diesem Zustand unmöglich.

Wiederholt hatten sie ein von den Luftpiraten gefordertes Aufkommen und Klarmachen zum Start abgelehnt. Verzweifelt und mit zitternder Stimme hatte am Wochenende der amerikanische Passagier Charles Kipper aus der Maschine an die Vermittler im Kontrollturm appelliert: „Bitte erfüllt die Forderungen der Entführer, die meinen es ernst. Bitte verhilft weiteres Töten.“ Zwei amerikanische und zwei andere Passagiere sind bereits umgebracht worden.

Am Nachmittag verlasen die Entführer ihr „Testament“ und drohten mit der Sprengung der Maschine, wenn ihre Forderung nach Freilassung von Gefangenen in Kuwait nicht nachgegeben werde. Wie die amtliche iranische Nachrichtenagentur IRNA weiter meldete, wiesen sie Essen und Trinken zurück, das die Verhandlungsführer im Kontrollturm des Flughafens angeboten hatten, und brachen gleich nach Verlesung ihres letzten Willens um 15.20 Uhr (12.50 Uhr MEZ) die Sprechverbindung ab.

Seite 5: Neuer Typus von Luftpiraten?

Offenes Werben für Bündnis der SPD mit der AL

DW, Berlin

In aller Öffentlichkeit haben jetzt in Berlin der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Egert und sein Parlamentskollege Otto Schily (Grüne) für eine Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und den Alternativen nach den Abgeordnetenhauswahlen am 10. März 1985 plädiert. Egert, auf dem linken Flügel der SPD angesiedelt, definierte die von ihm befürwortete Kooperation (WELT vom 8./9. 12.) als eine Bemühung, den Konservativen einen „Fortschrittsschloß“ entgegenzustellen. Er sprach auf einer Diskussionsveranstaltung der SPD Charlottenburg sogar von einer „geschichtlichen Notwendigkeit“. In allen Fragen könnten Gemeinsamkeiten mit der AL gefunden werden. Die Aussage Egerts wurde allgemein als Brückensprung des SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel empfunden, der den Gedanken an ein solches Bündnis strikt von sich gewiesen hat.

Schily sprach in Abwandlung des Egert-Zitats von einem „Reformbündnis“. Daß „beide Königskinder“ noch nicht zueinander gefunden hätten, liege an einem Mißtrauen bei den Grünen und Alternativen gegenüber der SPD. Dies hänge damit zusammen, daß die Sozialdemokraten zum Beispiel dem NATO-Doppelbeschuß zugestimmt hätten. Schily äußerte die Hoffnung, daß die SPD den Plan der Grünen einer „mitteleuropäischen Friedensunion“ unterstützen wird, der beide deutsche Staaten, Polen, die CSSR, Österreich, Belgien und die Niederlande angehören sollten.

Reagan setzt auf „diskrete Diplomatie“ mit Pretoria

Einig mit Bischof Tutu in Ablehnung der Apartheidpolitik

DW, Washington

US-Präsident Reagan will seine bisherige Südafrika-Politik fortsetzen und die Regierung in Pretoria mit einer Politik des „konstruktiven Engagements“ zu einer Änderung der Apartheidpolitik bewegen. Das erklärte Reagan nach einem Treffen mit dem schwarzen südafrikanischen Bischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu am Freitagabend in Washington. Tutu war der erste farbige Oppositionspolitiker aus Südafrika, der von Reagan empfangen wurde. Beide zeigten sich in der Verurteilung der Rassentrennungspolitik Pretorias einig. Tutu erklärte, er habe den Präsidenten gebeten, sich für eine Amnestie für politische Gefangene und eine Beendigung der gewaltsamen Umsiedlung von Schwarzen in die sogenannten „Homelands“ einzusetzen.

Tutu konnte Reagan aber offenbar nicht überzeugen, daß ein Vorgehen gegen Pretoria mit schärferen Mitteln, etwa wirtschaftlichen Sanktionen, sinnvoll sei. Nach dem Gespräch im Weißen Haus, an dem auch Vize-

Präsident Bush und Außenminister Shultz teilgenommen hatten, erklärte Tutu, man sei sich nicht näher gekommen. Die US-Linie zeige keine Wirkung, sie verschlechtere die Lage der Schwarzen in Südafrika täglich.

Präsident Reagan widersprach dieser Einschätzung ausdrücklich und verteidigte die Auffassung, eine „diskrete Diplomatie“ brächte der schwarzen Bevölkerung größeren Nutzen. Die USA hätten „greifbare Fortschritte gemacht“, indem sie ihren Abscheu vor der Apartheidpolitik zum Ausdruck gebracht und versucht hätten, die südafrikanische Regierung zu Änderungen zu bewegen.

Das Treffen zwischen Reagan und Tutu fand vor dem Hintergrund zunehmender Protestaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die Rassentrennungspolitik und die amerikanische Unterstützung für Pretoria statt. Kurz nach dem Gespräch Tutus mit dem Präsidenten gab Südafrikas Botschafter in Washington, Bernard Fourie, die Freilassung von elf inhaftierten schwarzen Gewerkschaftern bekannt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die erste Umkehr

Von Herbert Kremp

Die chinesische Kritik an der Tauglichkeit und Anwendbarkeit der Theorien von Marx, Engels und Lenin bedeutet eine geistige Wende von zunächst unabsehbarer Konsequenz. Sie kommt für denjenigen, der die politische und ideologische Entwicklung in Peking über längere Zeit verfolgt hat, nicht ganz überraschend. Die „Sinisierung“ der europäischen kommunistischen Ideologie gehört zu den Eigenarten der Revolution, die von Anfang an eine Revolution in einer bestimmten, unverwechselbaren Kultur war. Chinesen sind von Natur aus Pragmatiker. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Führung eines kommunistischen Landes sich noch nie so entschieden und so offen von der Orthodoxie distanziert hat.

Der Artikel im Parteiorgan „Volkszeitung“, das immer die Linie, aber auch den jeweils tobenden Linienkampf widergespiegelt hat, bedeutet eine Kampfansage an diejenigen Gruppen in der Partei, die sich dem Reformkurs der Modernisierer um Deng Xiaoping entgegenstellen. Man darf deren Zahl, Macht und Einfluß im Apparat nicht unterschätzen. Deng reitet einen Tiger.

Es gelingt zwar immer wieder, autoritäre, gemeinhin als rechts bezeichnete Systeme zur Mitte hin zu verändern. In totalitären Systemen hingegen – zu ihnen muß man die Volksrepublik zählen – wehrt sich die alles beherrschende Funktionärschicht mit aller Leidenschaft und List gegen Reformen, die Herrschaft durch Leistung, Privilegien durch Wissen zu ersetzen suchen. Bis jetzt ist eine solche Systemverwandlung im Kommunismus nicht gelungen.

Wir sind also Zeugen eines außerordentlichen Unternehmens, über dessen Ausgang Prognosen nicht zulässig sind. Aber man kann nicht übersehen, daß die Werke Maos, mit dem ein atemberaubender Personenkult getrieben worden war, in die dunkelsten Ecken der chinesischen Buchhandlungen verbannt sind; und man kann ebensowenig übersehen, daß auf den Büchern von Marx, Engels und Lenin in Chinas Bibliotheken dicker Staub liegt, der nur wenige Fingerabdrücke aufweist. Die Reformer stützen sich auf das Volk im weiten Land und in den Städten, das von ideologischer Bevormundung genug hat. Sie sind gegen ein Millionenheer von Funktionären angetreten, wollen andererseits aber auch die „Massen“ weiterbeherrschen. Daraus ergeben sich Widersprüche, die einen schweren und langen Linienkampf verheißen.

Bahro in Tagesform

Von Dankwart Guratzsch

Die Grünen bleiben auch nach ihrer Hamburger Bundesversammlung das, was sie ihren Anhängern sympathisch und ihren Gegnern unheimlich macht: unberechenbar. Wieder einmal hat das Abstimmungsbeil die sich weit herausreckenden Köpfe der Hydra abgespalten und den kopflosen Rumpf übriggelassen. Bündnisse mit anderen Parteien? Jein, bitte. Vielleicht morgen, eventuell anderswo.

In dieser Partei gilt die Position eines Sprechers wenig. Mehr schon seine „Tagesform“. Am meisten sein Geschick, zwischen den Fronten zu vermitteln und möglichst viele Türen offenzuhalten. Und der Veranstaltungsort ist wichtig. Zwar haben auch die Grünen bei ihren Bundesversammlungen das Delegiertensystem der etablierten Parteien, aber der Genius loci spielt bei ihnen eine besondere Rolle.

Es war deshalb das Ergebnis einer feingespinnnen Regie, daß der Parteitag in Hamburg stattfand, wo die „Z-Fraktion“ der alten K-Gruppen-Leute regiert, die auch im grünen Bundesvorstand das Heft in die Hand bekommen hat – und die es obendrein verstand, auch die Delegiertenbenennungen draußen durch ihre, wie interne Kritiker bitter sagen, „kadergeschulten“ Leute kräftig zu beeinflussen. Aus alter Tradition denkt diese Fraktion nicht so sehr an eine Reform der bestehenden Ordnung als vielmehr an deren völlige Veränderung. Hier trifft sie sich mit den ökologischen Fundamentalisten, die die Industriegesellschaft an sich für verwerflich halten.

Dabei gab es zuletzt doch noch eine Panne. Daß sich ausgebreitet der Bhagwan-Jünger Rudolf Bahro zum Grundsatzreferat drängte, hat der Z-Fraktion die Tour vermasselt. Mit seiner aufdringlichen Rede gelang es dem „Messias“, wie er auf dem Parteitag spöttisch genannt wurde, die fundamentalistische Position, die er selber predigte, völlig zu entzaubern. In seinem purpurnen Zukunftsbild von der „gewaltfreien Volkserhebung“ begann die Mehrheit die hoffnungslose Perspektive eines weltabgewandten Sektierertums zu sehen.

So bekamen die „Realos“ zuletzt doch noch Oberwasser über die „Fundis“. Für die SPD freilich wird es immer schwerer, ihre „Mehrheit links von der CDU“ zu etablieren.

Sauberkeit à la Schnoor

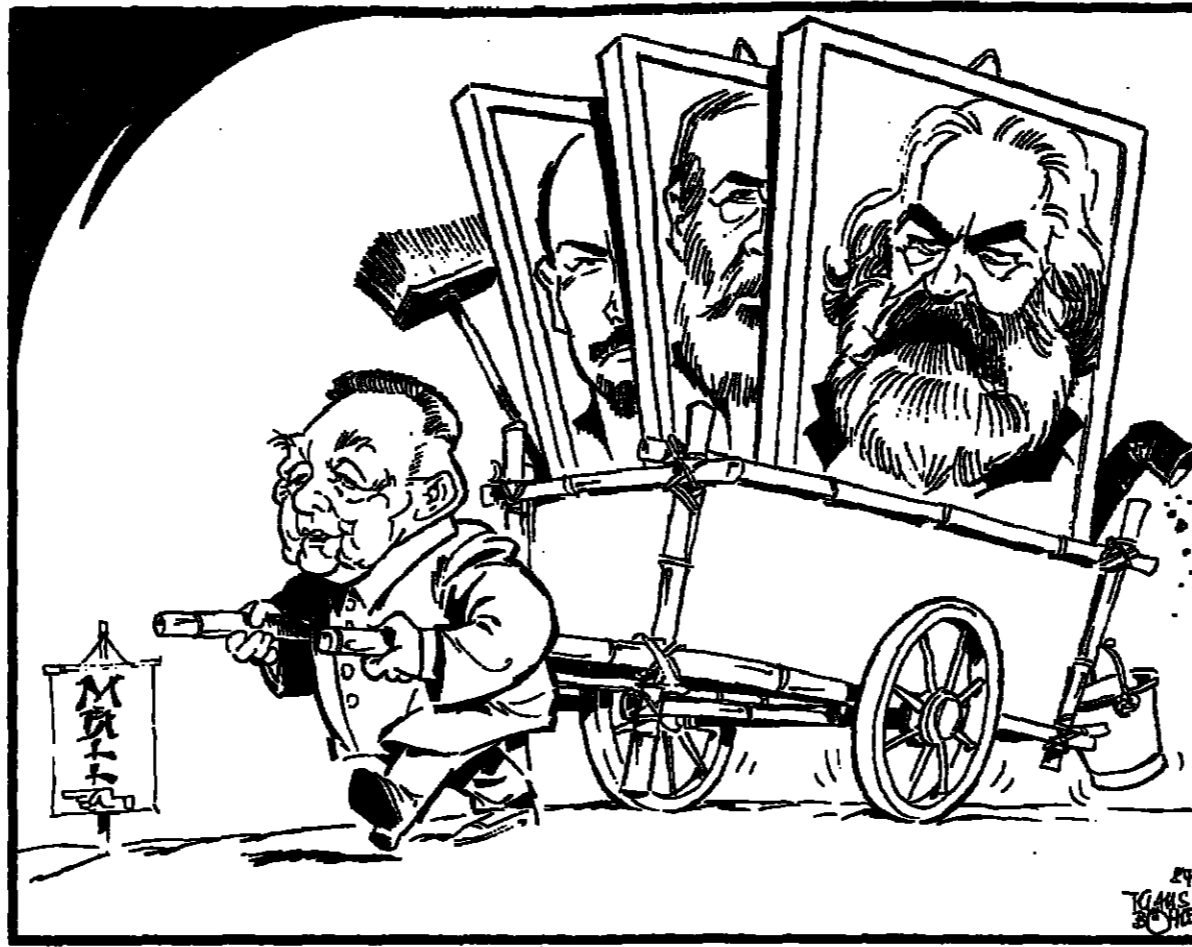
Von Enno v. Loewenstern

Innenminister Schnoor möchte im Fall Rohde gerne auspacken, verheißt eine Schlagzeile in einem Blatt, das dem umstrittenen Düsseldorf Ressortchef ideologisch nicht fernsteht. Schnoor ist in Nordrhein-Westfalen verantwortlich für Datenschutz. Aus seinem Haus sind intimste Daten an den „Spiegel“ gelangt, einen politischen Gegner Schnoors betreffend, den früheren Regierungspräsidenten Achim Rohde, der als Spitzenkandidat der FDP in den Landtagswahlkampf geht.

Da ist es pikant, die sozialdemokratische Datenschutzzürsorge in der Theorie (die SPD hat es ja fertiggebracht, das von ihrer Regierung verabschiedete Volkszählungsgesetz genau so als Unions-Schurkerei hinzustellen wie die von der Regierung Schmidt gewährte Flick-Steuererleichterung) mit der Praxis zu vergleichen. Elektroniker zerbrechen sich den Kopf über „informationelle Selbstbestimmung“ im Computer, während Akten der guten alten Papiermethode am laufenden Band ausgeschleust werden, erst im Parteispindenfall, dann im Fall Rohde. In letzterem obendrein in verfälschten Auszügen, zur Blamage des „Spiegels“.

Nun also setzt Schnoor sich zur Wehr – um zu beweisen, daß er und seine Leute es nicht waren? Aber keineswegs. Im Gegenteil. Er will nicht über die Aktenpreisgabe, er will über Rohde selbst „auspacken“. Anstatt seinen Ex-Untergebenen zu schützen, will er nachweisen, daß die für den „Spiegel“ ausgewählten Zitate doch ein unkorrektes Verhalten Rohdes im Zusammenhang mit Tantiemen von einer Stiftung belegen. Er will den schon rechtswidrig Bloßgestellten erst richtig hineintauchen, er droht ihm eine Schlammschlacht an.

Wenn nun Rohde darauf eingeht, dann hat er übelste Nachrichten zu gewärtigen – und kein Prozeß würde ihn rehabilitieren, so ist das nun mal mit unserem Beleidigungsrecht. Wenn Rohde nicht darauf eingeht, kann man ihn nachreden: Der weiß, warum, der hat was zu verbergen. So wird der Datenschutz im Sozialismus zur Rufmordwaffe umfunktioniert.



Entrümpelung

KLAUS BÖHLE

Weil der Fahrer entkam...

Von Carl Gustaf Ströhm

Jacek Kuron, einer der mutigsten und klügsten Bürgerrechts-Aktivisten Polens, definierte jüngst die seltsame Situation der Volksrepublik an der Weichsel mit den Worten: Nach der Ermordung des katholischen Geistlichen Jerzy Popieluszko befindet sich General Jaruzelski im Kriegszustand mit seiner eigenen Polizei. In der Tat erhebt sich die Frage, auf wessen Befehl der polnische Sicherheitsapparat neuerdings hört.

Da ist der seltsame Verkehrsunfall, dem zwei mit der Untersuchung des Priester-Mordes beauftragte Sicherheitsoffiziere mitsamt ihrem Fahrer jüngst auf einer südpolnischen Landstraße zum Opfer fielen. Was suchten die beiden Offiziere auf einer Dienstreise in Südpolen – einem Landesteil, in dem Popieluszko nicht gelebt und nicht gewirkt hat? Welche Untersuchungen führten sie dort zu einer Zeit, da von offizieller Warschauer Seite bereits erklärt worden war, die Erhebungen seien abgeschlossen?

Selbst wenn es ein echter, „normaler“ Verkehrsunfall sein sollte – in Polen glaubt kein Mensch daran. Denn die Entführung und Ermordung des populären Priesters war ja kein „Einzelfall“. Wäre der Fahrer Popieluszkos nicht seinen Häusern entkommen – wäre also den beiden Polizei-Offizieren nicht eine „Panne“ unterlaufen –, so hätte man die Leiche (oder in diesem Falle: die beiden Leichen) überhaupt nicht oder erst viel später gefunden. Popieluszko wäre vom Erdboden verschwunden. Und die Behörden hätten ihre Hände in Unschuld waschen können. Wie so oft.

Erst jüngst wurde die Leiche des Piotr Bartoszcze, Sohn des Bauern-„Solidaritäts“-Führers Mihal Bartoszcze, in einem Straßengraben unweit des Bauernhauses seines Bruders gefunden. Die polnischen Behörden erklärten, der Mann sei durch Trunkenheit und möglicherweise Raufhandel zu Tode gekommen. Drei Jahre zuvor, im Frühjahr 1981, war sein Vater in der Nähe von Bromberg auf übelste Weise zusammengeschlagen worden.

Im Jahre 1983 erregte der Fall des Studenten Grzegorz Przemyski die Gemüter. Er war von der Polizei derart zugeht worden, daß er an den Folgen der Mißhandlung starb. Sein Begräbnis wurde zu einer nationalen Demonstration. Die Liste jener Fälle, in denen

„Solidaritäts“-Aktivisten und neuerdings auch katholische Priester von „Unbekannten“ zusammengeschlagen, bedroht, eingeschüchtert und entführt werden, wird von Tag zu Tag länger. Auch nach der Ermordung Popieluszkos und nach der von Jaruzelski versprochenen strengen Untersuchung hört man immer wieder von Überfällen und Entführungen. Priester, die der „Solidarität“ nahestehen, werden geschlagen, erleiden Herzinfälle nach stundenlangen Verhören oder erhalten anonyme Drohungen.

Der Mord an Popieluszko war also nicht etwa ein einziger Vorfall, sondern es gibt eine Welle des Terrors gegen besondere Personen. Wer die Urheber dieses Terrors waren und sind, ließ sich bis zur Aufklärung des Falles Popieluszkos nur vermuten. Jetzt allerdings liegt der Schluß nahe, daß es sich bei den Akteuren auch während der anderen Überfälle nicht um Privatpersonen – wie sollten diese überhaupt die „Infrastruktur“ für derlei Unternehmungen haben? –, sondern um Funktionäre des amtlichen Sicherheitsapparates handeln dürfte. Der Terror des Polizeikellers ist ersetzt durch den Terror der Straße, quasi anonym, aber doch nicht so anonym, daß die Betroffenen selber nicht ziemlich genau wüßten, wer das was bezweckt.

Daran knüpft sich die Frage: cui bono? Wenn man unterstellen will, daß Jaruzelski und sein Vertrauter im Innenministerium, General



Wenn Polizisten als Terroristen arbeiten: Mordopfer Popieluszko. FOTO: CAMERA PRESS

Kiszczak, wirklich von all dem „nichts gewußt“ haben, dann sind die eigenmächtigen Umtriebe der Geheimpolizei ein bedenkliches Zeichen für den Verfall der Staatsautorität (und Parteiautorität) in Polen. Ein Staat, der nicht in der Lage ist, seinen eigenen Sicherheitsapparat zu kontrollieren, befindet sich in einem Zustand der Anarchie. So gesehen, ist der bisherige Verlauf des Falles Popieluszko eine schwere Niederlage für den General und Parteichef.

Es zeigt sich auch, daß Jaruzelski sein ursprüngliches Versprechen, für eine rückhaltlose Aufklärung der ganzen Angelegenheit zu sorgen, nicht wahrnehmen kann. So wie die Dinge liegen, wird die Staatsmacht alles tun, um den Prozess gegen die Popieluszkos-Mörder „schnell und schmerzlos“, ohne Nennung von althergebrachten Namen und ohne Darstellung alzuweiliger Hintergründe über die Bühne zu bringen. Der „Unfall“ der zwei Beamten gibt die Chance, zu behaupten, daß sie schlecht ermittelt hätten und nun nichts mehr zu finden sei. Alle anderen Ermittler sind gewarnt: Dem General und Parteichef ist es ja bis heute nicht einmal gelungen, den für Sicherheitsfragen im Politbüro zuständigen General Milewski auszuscheiden und dem eigenen Innenminister Kiszczak Rückfreiheit zu verschaffen. Es ist nicht uninteressant, daß die beiden tödlich Verunglückten dem Stab Kiszczaks angehört.

Die Frage stellt sich also: Wer hat Jaruzelski die Schau gestohlen? Nach der Verkündung der Amnestie sollte in Polen eine Art innerer Frieden einklinken. Statt dessen wurde Popieluszko ermordet und nahmen die Übergriffe gegen mißliebige Personen, auch Geistliche, zu. Durch den Besuch des Bonner Außenministers sollte Polens Isolierung durchbrochen und damit die amerikanische Embargo- und Boykottpolitik ad absurdum geführt werden. Statt dessen ließ Warschau das Ganze an Vorwänden scheitern. Offenbar gibt es in Warschau und anderswo starke Kräfte, die an einem Erfolg Jaruzelskis und an einer „Normalisierung“ nach innen und außen – auch in Richtung Westen – nicht interessiert sind.

IM GESPRÄCH Roland Dumas

Vom Schatten ins Licht

Von August Graf Kageneck

Unter den Begleitern Präsident Mitterrands auf seiner sechstägigen Afrika-Reise findet sich wieder das offene, sympathische Gesicht des 63jährigen Rechtsanwalts Roland Dumas, das längst zum Schatten des Staatschefs auf dessen vielen Auslandsreisen wurde. Nur Zuweisung und Gewicht des Mannes mit der romantischen Haartracht und den blitzenden blauen Augen über der Sattelnase haben sich seit der letzten Reise geändert. Aus dem Regierungssprecher und Vize-Minister für Europafragen wurde inzwischen der Außenminister, also der ranghöchste Mann im Kabinett nach dem Premierminister. Mitterrand hat damit nur tituliert, was in praktischer schon kommissarisch gehandelt wurde: Er machte seinen vertrauten „Commis voyageur“ zum offiziellen Chef seiner Diplomatie. Einer Diplomatie, die in der Fünften Republik nicht mehr im Quai d'Orsay auf dem linken, sondern im Elysée-Palais auf dem rechten Seine-Ufer konzipiert wird.

François Mitterrand und Roland Dumas kennen einander seit einunddreißig Jahren. Ihre Freundschaft hat längst den Grad erreicht, in dem der eine die Gedanken des anderen lesen kann. Beiden gemeinsam ist der Hang zu einer gewissen Romantik, der zweifellos beiden Söhnen aus gutbürgerlichem Hause den Weg zu einem Sozialismus sozialdemokratischer Prägung nach Art des Grafen Saint-Simon wies.

Seit 1956 kämpfen sie Seite an Seite in den gleichen Formationen für ihre Jugendideale. In der „Demokratisch-Sozialistischen Union der Widerstandskämpfer“ zunächst, dann in der „Demokratisch-Sozialistischen Links-Föderation“, schließlich in der 1971 neugegründeten Sozialistischen Partei. Alle drei Gruppierungen wurden von Mitterrand angeführt, in allen war Dumas Adjutant und Inspira-



An der Stelle Cheyssons: Dumas. FOTO: AP

tor des Chefs. Um die Symbiose zu vervollständigen, machte Mitterrand nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten den Freund zu seinem heimlichen Außenminister und vertraute ihm viele Missionen in heiklen Regionen, unter anderem auch in Tschad, an. Wo Dumas, verführt vom Charme des Libyans Khadhafi, seinen bisher einzigen Fehltritt machte.

Dumas' Beziehungen zu Deutschland sind überschattet von persönlichen Tragödien. Der junge Widerstandskämpfer wurde 1942 von der kollaborierenden französischen Polizei verhaftet, 1944 erschossen. Die Deutschen seinen Vater. Trotzdem hat der Europa-Minister Dumas, dem man eine unwiderstehlich komische Art des Witzes und des Messerscharfes Argumentierens nachsagt (unter anderem verteidigte er die Erben Picassos gegen die Aasgeier im Kunsthandel), die Beziehungen gerade zu seinen deutschen Ministerkollegen stets besonders gepflegt. Deutsche Touristen haben ihm das „Durchwinken“ an der deutsch-französischen Grenze zu verdanken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zur Berliner SPD heißt es hier:

Einen Regierenden Bürgermeister Hans Apel, gewählt mit den Stimmen der AL, wird es nicht geben, so hat es der SPD-Spitzenkandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters nur vor wenigen Tagen im Brüstung inneren Überzeugung vor Journalisten verkündet. Demgegenüber haben die Parteiführer nimmer unmißverständlich erklärt, daß sie gegen Apel und gegen Widerstände in der eigenen Partei ein Bündnis mit der AL durchsetzen wollen. Als „geschichtliche Notwendigkeit“ und zur Sicherung der Zukunft der Bundesrepublik“, wie Vertreter beider Parteien, Jürgen Eger (SPD) und Otto Schily (AL), Freitagabend auf einer Veranstaltung der Charlottenburger SPD glaubhaft machen wollten... Die Berliner SPD befindet sich zweifellos in einer Zerreißprobe, und Hans Apel steht vor der undankbaren Aufgabe, einen Wahlkampf gegen den politischen Gegner und gegen Teile seiner eigenen Partei zu führen.

L'ECHO REPUBLICAIN

Die Regierungsbildung in Frankreich und die Erneuerung des Bundes der Anarchisten werden von der in Chartres erscheinenden Zeitung beleuchtet:

Heute unternimmt Mitterrand eine neue Reise nach Schwarzafrika. Die Tatsache, daß die Regierungsbildung vor seiner Abreise erfolgte, ist kein Zufall. Cheysson hatte sein Ansehen bei den Afrikanern verspielt, nachdem seine Kontakte mit den Libyern über den Tschad ein Mißerfolg waren.

hannoversche Allgemeine

Sie befaßt sich mit dem Steuerstreit:

Entweder fühlt sich die Koalition so stark, daß sie glaubt, sich permanenten Streit leisten zu können, oder es geht ihr schon so schlecht, daß sie

selbst für ziemlich einfache Probleme keine Lösung findet. Die Aufmerksamkeit des Publikums ist geschäftig, einer wird als Besieger auf der Strecke bleiben. Bislang hat die Koalition zweierlei erreicht: Über die Steuererhöhungen redet keiner mehr. Und Bundeskanzler Kohl erscheint wieder als jemand, der brennende Auseinandersetzungen nicht durch Entscheidungen zu entschärfen vermag.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt kommentiert die Pläne, die Dittlen zu erhöhen:

Seit Wochen erzählen uns die Regierungsparteien, daß die Inflationsrate heruntergeht, die Preise stabil sind. Wenn das so ist, warum wollen die Parlamentarier dann überhaupt mehr Geld? Auf 12 000 Mark, davon 8000 versteuerbar, sollen die Diäten und die Kostenpauschale angehoben werden... Es sollte nicht schaden, daran zu erinnern, daß es hierzulande Bedürftige gibt für Einkommensverbesserungen als ausgerechnet unsere Parlamentarier. Der kleine Unterschied: Die anderen sitzen nicht an der Quelle.

Kieler Nachrichten

Sie meinen zur Finanzlage der FDP:

Eine Partei in der Bundesrepublik Deutschland gerät an den Rand der Pleite, in die Gefahr des Verschwindens von der politischen Bühne dieses Staates, auch, weil die Spenden nicht mehr in bisher gewohntem Umfang in ihre Kassen fließen... Es wäre ebenso unsinnig wie unverantwortlich, wenn innerhalb und außerhalb dieser unbestritten honorierten Partei deren Finanzmiserie als Stütze für die Behauptung verwendet würde, das Großreinemachen in den mehr oder minder dunklen Spendenkanälen sei unnötig, gar schädlich gewesen. Es ist zum Nutzen auch für die FDP, daß dieser Tisch gemacht wurde.

Verwendungsstau: Morgen muß die Regierung handeln

Ist die Angst vor der Frührentner-Konkurrenz wichtiger als die Schlagkraft der Truppe? / Von Rüdiger Moniac

Für die Zukunft der Bundeswehr ist morgen ein überaus wichtiger Tag. Wenn die Regierung nicht die Kraft finden sollte, wahrzunehmen, was sie seit langem versprochen hat, wird die deutsche Armee von der Last ihrer schlechten Personalstruktur in einen Zustand von stark vermindertem Kampfwert gezogen werden. Die Folgen lassen sich schwer ausmalen. Gewiß aber wäre, daß das Vertrauen der Verbündeten in die Bundesregierung stark erschüttert würde.

Jedermann ist die Vokabel Verwendungsstau geläufig. Seit Jahren bemüht sich die Führung der Bundeswehr um eine Lösung der unausgewogenen Personalstruktur, die in erster Linie die Offiziere des Truppendienstes und insbesondere die des Heeres betrifft. Bis hier hat jeder Verteidigungsminister erkennen müssen, daß sein Einfluß gegen die Beamtenlobby und inzwischen auch gegen eine allgemeine Stimmung kaum durchdringt, bei der hohen Arbeits-

losigkeit dürfen nicht Offiziere in relativ jungen Jahren mit schon erklecklicher Pension im Rücken den anderen Arbeitssuchenden die Angebote wegschnappen.

Solche Argumente jedoch zielen am Kern des Problems vorbei. Gewiß sind mit den Jahren im öffentlichen Dienst ganz allgemein die Beförderungschancen nicht besser geworden. Besonders gilt das auch für die Polizei in den Bundesländern und für den Bundesgrenzschutz, die wie die Bundeswehr im weiteren Sinne alle zu den Staatsorganen der Sicherheit gehören. Und gewiß würden „Frührentner“ auf einen ohnehin überfüllten Arbeitsmarkt entlassen. Diese Bedenken gehören zwar alle angemessen gewogen, aber sie dürfen nicht den Ausschlag geben.

Dies Problem belastet die Bundeswehr, in erster Linie das Heer. Es braucht rund zehntausend Berufsoffiziere des Truppendienstes (darunter Einheitsführer und Bataillonskommandeure) zur Erfül-

lung seiner Aufgabe, jedes Jahr aus neu zusammengewürfelten „Zwangsgemeinschaften auf Zeit“, geformt aus jungen Wehrpflichtigen, schlagkräftige Truppenkörper mit militärischem Kampfwert zu machen, und das unter Friedensbedingungen, in denen das Gefecht der Waffen nur simuliert werden kann und die deshalb den verantwortlichen Führern hohen persönlichen Einsatz, Schwung und Phantasie abverlangen. Andernfalls verkommt die militärische Ausbildung und Führung der zur Armee befohlenen jungen Männer zur Routine.

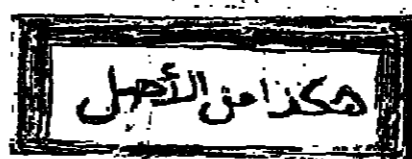
In dieser Gefahr sind die Truppenoffiziere heute und morgen, und dies bewirkt der Verwendungsstau. Denn als die Bundeswehr aufgestellt wurde, mußte das Führerkorps innerhalb weniger Jahre aus dem Boden gestampft werden, so daß in bestimmten Jahrgängen (1935-1944) für eine ausgewogene Personalstruktur der Truppenoffiziere viel zu viele ein-

gestellt worden waren. Diese Altersgruppe blockiert heute eine bedarfsgerechte „Fließgeschwindigkeit“ beim Nachziehen des Führerkorps.

Dafür ein Beispiel: In einem süd-deutschen Panzergrenadierbataillon ist der Kommandeur 43 Jahre alt. Er wird, wenn nichts getan wird, dort sieben Jahre bis zum 50. Lebensjahr bleiben, obwohl wegen der Leistungsanforderungen Bataillonskommandeure höchstens 45 alt sein sollten. Sein Stellvertreter, gleich alt, ist schon seit vier Jahren auf dem Posten und wird es mindestens weitere sieben sein müssen. Er ist dann über 50 und zehn Jahre auf dem Posten. Der Chef der 1. Kompanie, ein Major, ist 44 Jahre alt und schon sieben Jahre dort. Weitere sieben stehen ihm bevor. Dann wird er 52 sein, obwohl er als unmittelbarer Vorgesetzter von 150 Soldaten, von ihnen rund 100 Wehrpflichtige, nicht älter als 40 sein sollte. Von den vier Chefs der Kampfkompanien schel-

det nur einer in absehbarer Zeit als Soldat auf Zeit aus. Die übrigen Chefs bleiben acht Jahre und länger. Sie haben 60 bis 80 Wehrpflichtige zu Soldaten auszubilden und zu führen und sollten, weil sie den jungen Männern nicht nur beim Unterricht im warmen Kasernenraum Vorbild sein sollen, sondern auch bei Wind und Wetter im Gelände, höchstens 35 Jahre alt sein.

Wenn die Truppe künftig nicht von zu alten, enttäuschten und kaum noch couragierten Offizieren geführt werden soll, muß die Bundesregierung handeln. Der Vorschlag dazu ist morgen im Kabinett. Danach sollen zwischen 1986 und 1991 rund 1500 Oberstleutnants auf freiwilliger Basis im Alter von 46 Jahren pensioniert werden können. Falls sich die Ressorts darüber nicht verständigen können, gibt es nur einen Ausweg, nämlich die Richtlinienkompetenz des Kanzlers. Mit seinem Wort steht oder fällt der Kampfwert der Bundeswehr.



Als Bahro mit den Nazis kam, schlug das Pendel zurück

„Grüne Schwerpunkte“ sollte die 7. Bundesversammlung der Grünen in Hamburg setzen, doch es kam zu einer teils lust-, teils qualvollen Selbstverleumdung zwischen „Fundamentalisten“ und „Realpolitikern“ und zu einem Eklat um „Vordenker“ Rudolf Bahro, der später von seinem „politischen Selbstmord“ sprach.

Von STEFAN HEYDECK

Die 706 Delegierten hatten es nach stundenlangen Diskussionen geschafft, eine Zerreißprobe über ihren künftigen Kurs zu verschieben. Wieder einmal. Ob sie denn nun auf Dauer die „Herrschen-den“ von außen bekämpfen, Plätze auf den Oppositionsbänken in den Parlamenten anstreben oder Bündnispartner einer anderen Partei werden sollten, ließen sie – bis auf weitere – offen. Nach hitzigen Wortgefechten, die mit persönlichen Diffamierungen gespickt waren, verständigten sie sich auf eine im Schnellverfahren hervorgezauberte Resolution von Elke Schröder aus Cuxhaven, die von Journalisten vergeblich gesucht wurde, „zur Erhaltung der Grünen gegenüber den etablierten Parteien“.

Den mit 342 Stimmen angenommenen Kompromiß zwischen dem Antrag des Bundesvorstands, der den Ausbau der „grundsätzlichen Systemopposition“ verlangte und Regierungsbeteiligungen als „selbstzerstörerisch“ bezeichnete und dem von Bundestagsabgeordneten wie Hubert Kleinert und Joschka Fischer, in dem die „grundsätzliche Bereitschaft zu parlamentarischer Bündnisse“ vor allem mit der SPD gefordert wurde, nannten die Grünen dann einen Ausfluß ihres „Harmonie-Bedürfnisses“.

So sehen die Grünen unter dem Stichwort „Perspektiven“ in den „verschiedenen Papieren zur gegenwärtigen politischen Situation“ eine „Bereicherung für die Diskussion“, auf Grund der jetzigen inhaltlichen Positionen“ der SPD und der ande-

ren Parteien „zur Zeit keine Möglichkeit der Koalition“, für die Bundesebene „gegenwärtig keinen Entscheidungsbedarf“ und sprechen sich für die Autonomie der Orts-, Kreis- und Landesverbände in dieser Frage aus. Dieses Offenhalten bedeutet im Grunde einen Erfolg für die sogenannten Realpolitiker um den Bundestagsabgeordneten Otto Schily, für den unter dem Stichwort „Juniorpartner einer Regierung“ mit Blick auf die SPD in Bonn die Arbeit „nicht schwerer geworden ist“.

Obwohl einer der fünf Kompromiß-Punkte wieder gestrichen wurde, blieb es eine Niederlage für die „Fundamentalisten“. Denn noch am Eröffnungstag hatte es im grünbe-stuhlten Plenum für 27 000 Mark gemieteten vormaligen Congress Centrum Hamburg (CCH), dem die Partei aus Kostengründen gegenüber der Ernst-Merk-Halle den Vorzug gegeben hatte, regelmäßig stürmischen Beifall gegeben, wenn Bündnissen mit oder Tolerierungen der SPD eine klare Absage erteilt wurde. Erst recht dann, wenn der hessische Ministerpräsident Holger Börner und der niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder (beide SPD) attackiert wurden. Und breite Zustimmung erhielten auch zunächst die Forderungen nach Fundamentaltalks, nach Rückbesinnung und stärkerer Anbindung an die Anti-Atom-Bewegung und die Friedensbewegung. Da zu meinte zum Beispiel Vorstands-Sprecher Trampert: „Ich strebe eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft an.“ Die SPD sei keine gesellschaftspolitische Alternative zur Bundesregierung von CDU/CSU und FDP. Und, so Trampert, die Grünen als „eigentliche Opposition“ müßten zum Beispiel bisher CDU wählende Kleinbauern für sich gewinnen.

Wie er appellierten auch andere „Promis“ (bekannte Grüne) zu Beginn, nachdem in einem „Kulturprogramm“ die Kapelle „Tuten und Blasen“ sowie die dickgeschminkten und in viel Tand gekleideten „Frechen Frauen“ aus Hamburg einen Vorgesmack auf den Karneval ge-



Mit den „Frechen Frauen“ ein Auftakt wie im Karneval – doch dann blieb den Grünen wenig zu lachen

geben hatten, doch – bitte schön – Verständnis für den anderen zu zeigen. Doch damit hatten sie nicht allzuviel Erfolg.

Für den tumultartigen Höhepunkt sorgte am zweiten Tag Rudolf Bahro in einem „Grundsatzreferat“, mit dem er vom Bundeshauptsausschuß als höchstem Organ zwischen den Parteitage beauftragt worden war. In ihm zog er gleich zweimal einen Vergleich zwischen den Nationalsozialisten und den Grünen. Bahro sagte, er fühle sich nach fünf Jahren „hier“ (in der Bundesrepublik Deutschland) wie vor fünf Jahren „dort“ (in der DDR) nämlich „im Widerstand“ und meinte dann: „Die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazi-Partei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volks-erhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verlorengelassen.“ Die Halle im ICC tobte vor Empörung. Fast hätte der einen Stock tiefer tappende Norddeutsche Chirurgie-Verband helfen müssen – dort war ein Pharmaproduzent nämlich mit einem Medikament für die Notfallchirurgie, das gegen Schock helfen sollte.

Bahros Rede – er durfte von 36 Seiten sieben 45 Minuten lang verlesen – führte zu einem Stimmungsumschwung. Jeder weitere Diskussions-Teilnehmer distanzierte sich von Bah-

ros Vergleich. Da half ihm auch nicht mehr die Drohung, daß die Fundamentaltalks entweder die Grünen ändern oder gehen würden. Die kleine Gruppe der Realpolitiker erhielt für ihren Antrag Aufwind. So bekam Hubert Kleinert stürmischen Applaus für seine Frage: „Wer zwingt uns eigentlich, 1984 eine Festlegung für die Bundestagswahl 1987 vorzunehmen?“ Natürlich wollte man das „System“ verändern. Dies sei aber eine Frage des Weges. Und der Nachrücker Jo Müller hielt Bahro wegen dessen Nazi-Vergleich entgegen: „Wir sind gewaltfrei und basisdemokratisch.“ Er warnte vor „leichtfertigen Heilerwartungen“.

Schließlich konnten Schily und Fischer nach einer langen Geschäftsordnungs-Debatte jeweils nur gerade fünf Minuten lang argumentieren und sich gegen Angriffe verwahren. Schily sprach sichtlich betroffen von einer „abgehobenen Moral“ und dem „Versuch einer unterschwelligen Diffamierung“. Er habe sich nicht zu einem Senatorenamt in Berlin gedrängt. Vielmehr habe ihn der Bundestagsabgeordnete Dirk Schneider von der Alternativen Liste (AL) gefragt, ob er Innensenator werden wolle. Auf diese „hypothetische Frage“ habe er mit „nein“ geantwortet. Allenfalls der Posten des Kultursenators käme für ihn in Frage.

Auch Fischer meinte, es sei doch „bekloppt“, daß er Minister werden wolle. Gleichzeitig meinte er mit zitternder Stimme, es sei ein „Tiefschlag mehr“, daß „schon in der eigenen Partei“ der Vergleich mit den Nazis gemacht werde. Auf Antrag des Gründungsmitglieds der Grünen, Lukas Beckmann, wiesen dann die Delegierten „bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen“ Bahros Äußerungen zurück. Er war zuvor aufgefordert worden, sich zu distanzieren. Darauf meinte er in einer persönlichen Erklärung: „Ich habe die Vision einer zugleich militanten und gewaltlosen Volksheerhebung im Sinne Mahatma Gandhis.“

Bei allem Streit blieb es nicht aus, daß der Parteitag fast hoffnungslos bei der Abwicklung der Tagesordnung zurückfiel, daß die einzelnen Gruppen übermäßig darauf erpicht waren, zu Wort zu kommen. So gab es auch in diesem Trübel zunächst bei vielen ernsthaften Applaus, als ein Redner erklärte: „Wir wollen diese Gesellschaft ganz anders. Wir sind eine Besessene-Partei geworden. Wir sind angetreten, Mißbrauch mit den Stimmen der Wähler zu machen.“ Erst da merkten die Delegierten, daß der „Partei Freund“ ein kabarettistischer Einfall des Vorstands war. Hatte der doch zu Beginn erklärt, er komme aus Köln-Nippes: „Tä-tä-tä.“

Geißler nennt vier Siegpunkte für die Wahl 1987

Auch mit dieser Bundesregierung hat die Wirtschaft gravierende Verständigungs-Probleme. Unternehmer beklagen Managementfehler in Bonn – wiewohl sie durchaus auch Erfolge anerkennen. Bei einer Gesprächsrunde in Isny/Allgäu prallten am Wochenende die Meinungen aufeinander.

Von PETER GILLIES

Die Landschaft war idyllisch, die Probleme waren eher sperrig: Wo ist das Konzept der CDU, wo ihre Führungskraft, warum tritt sie in so viele Fettnäpfchen? Eine Runde aus Unternehmern nahm Heiner Geißler, den CDU-Generalsekretär, und Birgit Breuel, Niedersachsens Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, am Wochenende in die rhetorische Zange. Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, moderierte geschickt und eloquent diese 6. Isny-Runde. Das Treffen im Allgäu ist eine Erfindung von Helmut Aurenz, einem schwäbischen Mittelständler, der es vom Gärtner zum größten Blumenende-Produzenten der Welt brachte. Wissmann gilt als politischer „Anstifter“ in der Isny-Runde.

„Warum verkauft sich die CDU mit ihren guten Leistungen so schlecht?“ fragte Herbert Gassert, Vorstands-chef der BBC, den CDU-General. Geißler wiegelte ab: „Die Leute wissen das schon“, meinte er und, „die Fehler werden sich nicht wiederholen.“ Wo ist in der CDU die charismatische Figur fürs Grüne, wollte Hans-Jürgen Klusmann (Vorstands-sprecher der Edeka) wissen. Ach, entgegnete Geißler, man möge doch das Personelle in der Politik nicht über-bewerten. Es komme schließlich auf die Inhalte an. Und: „So schlecht verkaufen wir uns doch auch nicht“, meinte er – im Hintergrund der 80köpfigen Runde waren mehrere „Doch“ zu hören.

„Warum erhält die Partei der Nichtwähler so starken Zulauf aus dem bürgerlichen Lager“, fragte Jürgen Dornann, Vorstandsmitglied der Hoechst AG. Geißler antwortete mit dem Wahlkampfkonzept der Union für 1987: Klare Zuspitzung und Kon-frontation, keine Sehnüchte nach Harmonie. Schon heute sei nämlich sichtbar, daß SPD und Grüne die CDU als „Partei des großen Geldes“ brandmarken wollten. Aber es gebe vier Gründe für einen Sieg dieser Bundesregierung: die neue Verlässlichkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, der wirtschaftliche Aufschwung, die Umwelt- sowie die Familienpolitik. Geißler: „Mit diesen vier Punkten werden wir die Wahl 1987 glanzvoll bestehen.“

Die Unternehmer hörten die Bot-schaft wohl, ihr Glaube hielt sich je-doch in Grenzen. Helmut Aurenz, Sponsor der Isny-Gespräche, meinte, diese Siegeserwartung erinnere ihn an Kollegen, die den Gewinn verführ-ten, bevor es in der Kasse geklingelt habe. In der Beurteilung der Grün-en herrschte jedoch weitgehend Einigkeit zwischen Managern und Poli-tikern – die Art ihrer Bekämpfung ist jedoch ungewiß. Frau Breuel bekann-te, daß eine Strategie gegen die Grün-en derzeit nicht zu sehen sei.

„Wir sollten uns mit der Zukunft beschäftigen statt mit den Grünen“, mahnte Klaus Luft, Vorstands-vize von Nixdorf Computer. „Aber um die Zukunft zu gewinnen, müssen wir die Grünen zuvor wegschaffen“, entgegnete Frau Breuel. Der Computer-Spezialist zog dann aber vom Leder: „Wir haben derzeit die am weitesten von der Technologie entfernte Bundes-regierung“, und er seufzte, hätte doch der Kanzler von Technologie nur ein Zehntel jener Ahnung, die er über Landwirtschaft und ihrer Subvention besitze.

Luft beklagte, daß Politiker den In-dustrieblöcken von gestern verhaftet seien. Heute bekomme ein Unter-nehmer nur dann Lob von der Politik, wenn er eine herkömmliche Fabrik hinstelle. Die weit wichtigeren Denk-fabriken für die Technologie von morgen würden jedoch kaum reno-viert – außer in Niedersachsen“, flücht Birgit Breuel ein.

Die Wirtschaftsministerin räumte ein, daß zwischen der verbreiteten Sehnsucht nach Harmonie und den Zwängen exponentiellen Wachstums Lücken klaffen, die Politiker aus Be-quemlichkeit oder Unkenntnis nicht zu füllen vermöchten. Auch die CDU bekenne sich zwar immer zu neuen Technologien, bleibe aber bei den Konsequenzen, die sich daraus er-gaben, farblos. Man wolle eben wieder-gewählt werden. Zustimmendes Mur-meln in der Runde.

Es gab weitere Gemeinsamkeit in Isny. So beispielsweise die Feststel-lung, daß nicht allein von der Hoch-technologie (High-Tech) alles Hoch- komme. Nixdorf-Manager Luft er-gänzte: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir auch künftig einfache Dinge herzustellen haben.“ Von einem un-kritischen „Chip Chip Hurra“ sind Wirtschaft und Politik weit entfernt. Aber eine Gefahr sieht Luft als die größte an: Wenn Japaner die Pro-dukte erfinden und planen und die Chinesen sie bauen. Gegen diese Ver-bindung von High-Tech und niedri-gen Lohnkosten seien die Wettbewer-ber machtlos.

„Aber wir Deutschen brauchen kei-ne Komplexe zu haben“, beruhigte Dornann von Hoechst aus der Sicht der Chemie. Ferdinand Piech (Vor-standsvize von Audi NSU) lenkte den Blick auf die Produkte von übermorgen, auch auf das Recycling. Im Um-weltschutz müsse man voraussehen, die Probleme lösen, bevor sie sich verdichteten, meinte er. In den heuti-gen Autos beispielsweise gebe es noch rund 40 Stoffe, von denen man wisse oder ahne, daß sich Widerstand gegen sie erheben werde. „Die Pro-duzenten müssen sich darauf einstellen – bevor sie dazu gezwungen werden.“

Zehn Jahre „Kontinent“ – eine Stimme im Exil

Heute, am „Tag der Menschenrechte“, feiert „Kontinent“ sein zehnjähriges Bestehen. Die Zeitschrift hat sich zum wichtigsten und auflagenstärksten Forum russischer und osteuropäischer Autoren entwickelt.

Von PETER DITTMAR

Die Idee entstand noch in den Lagern. Wladimir Bukowski, Alexander Ginsburg und andere waren damals überzeugt, daß die Bürgerrechtsbewegung in der Sow-jetunion nur dann überleben könnte, wenn sie über eine Publikations-möglichkeit verfüge, die sowohl nach innen wie nach außen wirkte. Die Realisierung dieser Vorstellung erwies sich im Westen allerdings als sehr viel schwieriger, als es in der Notgemein-schaft der mordwischen Lager und des Gefängnisses von Wladimir schien.

Vor zehn Jahren war es dann je-doch so weit. Die erste Nummer von

„Kontinent“ konnte erscheinen. In der Folgezeit kamen auch Versionen in Englisch, Französisch, Hollän-disch, Italienisch, Griechisch, Spa-nisch und Polnisch heraus, aber ge-halten haben sich nur die russische und die deutsche Ausgabe (die zuerst von Ullstein verlegt wurde und nun vom Burg-Verlag herausgegeben wird).

Im ersten Heft sprach Soltscheni-zyn die Hoffnung aus: „Kontinent“ könnte eine wahre Stimme Osteu-ropas sein und gleichzeitig die Men-schen in Westeuropa erreichen, die sich nicht vor der Wahrheit verschlie-ßen.“ Auch wenn diese Zielsetzung manchem im Westen lästig scheint, weil die Wahrheit über die kommuni-stischen Staaten angeblich die „Entspannung“ beeinträchtigt, so hat sich die Redaktion – Wladimir Ma-ximow für den russischen, Cornelia Gerstenmayer für den deutschen „Kontinent“, davon nicht beein-flussen lassen. Die Zeitschrift widmet sich mit Konsequenz den „weißen Flecken“ in der offiziellen Literatur

und der Geschichtsschreibung der Sowjetunion und der anderen Länder Osteuropas. Sie ist ein Forum für alle Autoren Osteuropas, die in ihren Hei-matländern nicht publizieren kön-nen. Das gilt gleichermaßen für die unterdrückten Schriftsteller im Lande wie in der Emigration, für ver-botene wie für vergessene Autoren.

So erschienen bereits in „Konti-nent“ 1976 die ersten Kapitel aus Was-silij Grossmans Roman „Leben und Schicksal“, der in diesem Jahr als die große Entdeckung gefeiert wurde, und auch die Gedichte des diesjähri-gen Nobelpreisträgers Jaroslav Sei-fer. Kontinent Sonderband Prag“ lesen. Zwei Beispiele von vielen.

Eine wichtige Aufgabe der Zeit-schrift ist es, Dokumente der Men-schenrechtsbewegung zu veröffentli-chen und die Namen der Beteiligten soweit sie das wünschen, bekanntzu-machen. Denn, das hat sich immer wieder herausgestellt, wer im Westen erwähnt wird, ist nicht mehr völlig schutzlos. Die Behörden in Moskau,

Warschau, Prag fürchten diese negati-ve Publizität, das weiß man bei „Kon-tinent“ – und das wird von den westli-chen Politikern oft unterschätzt.

Andererseits wurde in sowjeti-schen Prozessen gegen Bürgerrecht-ler der Besitz eines „Kontinent“-Heftes wiederholt als Beweisstück für an-tisowjetische Haltung herangezogen. Denn die Zeitschrift gelangt in nicht unerheblichen Stückzahlen in die Länder hinter dem Eisernen Vor-hang. Dort ist sie längst zum Begriff geworden. Die Redaktion gilt für viele als Anlaufstelle im Westen, und deshalb kann sich die Zeitschrift auch nicht über Mangel an Manu-skripten und Informationen beklagen.

Der russische (Auflage: 3000) und der deutsche „Kontinent“ (Auflage: 7000) sind allerdings längst nicht mehr identisch. Sehr schnell stellte sich heraus, daß die Zeitschrift der Leser dieser beiden Ausgaben recht unterschiedlich sind. Während die russische Version in der Tradition der „dicken Journale“ auch sehr um-

fangreiche Texte, sogar in Fortsetzun-gen, publiziert, erwartet der deutsche Leser kurze Beiträge und knappe Es-says.

Das entscheidende aber ist, daß es mit „Kontinent“ gelang, eine Zeit-schrift zu schaffen, die frei von Rivali-täten und Eifersüchteleien anderer Publikationen von Emigranten ist. Das hat sonst nur noch die exilpoli-tische „Kultura“ geschafft. Genauso wichtig ist, daß „Kontinent“ die Feindschaft der anderen osteuropäi-schen Staaten gegenüber den Russen zu überwinden vermochte. Es ist nämlich sonst keineswegs selbstver-ständlich, daß russische und pol-nische, jugoslawische und rumä-nische Autoren nebeneinanderste-hen.

Aber bei „Kontinent“ ist das an-ders. Denn, so schrieb seinerzeit Alexander Soltschenizyn: „Die Intelli-genzia Osteuropas spricht eine ein-zige Sprache, die des Wissens um das Leiden.“ Und er warnte zugleich: „Wehe Westeuropa, wenn seine Oh-ren taub bleiben.“

Ihre Zukunftsvorsorge können Sie selbst gestalten. Unsere neue Mittelstands-broschüre zeigt Ihnen wie.

Was Sie heute für Ihre Zukunft tun, zählt sich morgen für Sie aus. Welche Möglich-keiten es gibt, steht in unserer neuen Mittelstandsbroschüre 8, mit der wir Ihnen Orientierungshilfen und Anstöße für Ihre Zukunftsvorsorge geben.

Neben vielen Hinweisen zum Thema „Betrieb/Praxis sichern“ finden Sie in der Broschüre auch Informationen zu zahl-reichen anderen Fragen. Wie zum Beispiel: Versorgung im Alter, Vermögensaufbau, Steuerstrategien und Nachfolgeregelung.

Und sie zeigt Ihnen umfassend, übersicht-lich und praxisbezogen, was Sie für morgen tun können.

Ob Sie die Broschüre als Checkliste oder als Nachschlagewerk nutzen – sie ist immer eine wertvolle Arbeitsgrundlage.

Sie erhalten sie von unserem Kunden-berater – auch wenn Sie noch nicht unser Kunde sind.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank

Deutsche Bank



Angebot von Wallmann bereitet SPD Probleme

Der innerparteiliche Streit erhält neue Nahrung

D. GURATZSCH, Frankfurt
Der hessische CDU-Vorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann hat der SPD nach dem Bruch des rot-grünen Bündnisses die Bildung einer Großen Koalition in Hessen angeboten. In mehreren Zeitungs- und Fernsehinterviews erklärte Wallmann am Wochenende: „Es gilt, die Zukunft Hessens zu sichern – und dazu kann eine Große Koalition sicher Erhebliches beitragen.“ Er sei zu einem „offenen, ehrlichen und seriösen Gespräch“ mit dem SPD-Landesvorsitzenden Holger Börner bereit und stelle dafür keine Vorbedingungen. Seine Offerte schließt „keine Möglichkeit der Zusammenarbeit“ aus.

In ersten Reaktionen konnte die hessische SPD ihre Verblüffung nicht verbergen. Ministerpräsident Börner war zunächst für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Regierungssprecher Edgar Thielemann meinte, er müsse erst einmal die Zeitung lesen. Lediglich der Geschäftsführer und taktische Kopf der Partei, Paul Leo Giani, wagt sich mit einem naßforschenden Kommentar vor. Er nannte Wallmanns Vorstoß pauschal eine „Fortsetzung der bisherigen parteitaktischen Manöver“ des Unionspolitikers, der damit versuche, „der Öffentlichkeit eine staatsmännische Pose vorzugucken in der Hoffnung, dies würde in der SPD und deren Wählerschaft im März 1985 Verunsicherung schaffen“.

Wallmann und die CDU reagierten mit dem Hinweis, daß es sich um ein konkretes Angebot handele, das die SPD nicht einfach negieren könne. Der CDU-Chef unterstrich, er sehe „große Gefahren“ für die hessische Wirtschaft und die Arbeitnehmer des Landes, wenn das „rot-grüne Schauspiel“ weitergehe. Börners Regierungsunfähigkeit hänge lähmend über dem Land. Wenn in einer politischen Ausnahmezustand, wie sie in Hessen herrsche, Gespräche über eine Große Koalition nicht mehr möglich wären, würden sich die demokratischen Parteien ein Armutszeugnis ausstellen. Für sich persönlich strebe er keineswegs ein Amt in einer Koalitionsregierung mit der SPD an. Er habe als Oberbürgermeister in Frankfurt wichtige Aufgaben, die er weiter erfüllen wolle.

Aller Voraussicht nach wird der Vorstoß Wallmanns die SPD-Führung in dieser Woche noch in erheb-

liche Verlegenheit bringen. Am Mittwoch will Börners Minderheitsregierung ihren Haushaltsplan für 1985 zur zweiten Lesung im Landtag einbringen. Nachdem die Grünen kategorisch erklärt haben, daß sie ihrem bisherigen Partner Börner wegen dessen Haltung im Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nukleartriebe Nukem und Alkem eine „Vertrauensklärung in Form eines Zahlenwerkes“ nun nicht mehr geben würden, muß die Regierung der Öffentlichkeit glaubhaft machen, daß sie gewichtige Gründe hat, Wallmanns ausgestreckte Hand zurückzuweisen und damit den Haushalt mit seinen angeblich so wichtigen sozialen und ökologischen Finanzierungsinstrumenten scheitern zu lassen.

Der neu aufgebrochene innerparteiliche Streit in der SPD – das verrät nicht zuletzt Giani gereizte Stellungnahme – erhält durch dieses Angebot neue Nahrung. Der rechte Flügel in der Partei, der monatelang in stummer Loyalität dem rot-grünen Experiment zugehört hat, erhält neuen Auftrieb, während die Linken, die seit dem Bruch mit den Grünen unaufhörlich öffentlich dafür eintreten, die Zusammenarbeit mit der Ökopartei neu einzufinden, ihre Positionen wanken sehen.

Anlaß dazu geben nicht zuletzt die Grünen, die allein dadurch, daß sie ihre Programmpunkte für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf offensiv vertreten, das Ansehen jener Sozialdemokraten belasten, die sich für eine Neuaufgabe des rot-grünen Bündnisses stark machen. So fordern zum Beispiel die Frankfurter Grünen allen Ernstes die Stilllegung der U-Bahn und die Wiedereinstellung des suspendierten Magistratsdirektors Alexander Schubart, der wegen seines Aufrufes zu „massenhaften Demonstrationen“ im November 1981 Schadensersatzklagen von einigen hunderttausend Mark entgegenseht.

Die größte Tretmine hat der Bundesvorsitz der Grünen gelegt. Unter dem Motto „Bombenstimmung in Hanau – verhindert den Atomstaat“ ist für den 15. Dezember zu einer bundesweiten „Anti-Atom-Demonstration“ nach Hanau eingeladen worden, an der sich auch die hessischen Jungsozialisten beteiligen. Hauptredner wird Rainer Trampert vom grünen Bundesvorstand sein – der erbitterteste Gegner aller rot-grünen Bündnisse.

Friedrich warnt Rothemund vor „Trachten-Sozialismus“

Der fränkische SPD-Bezirksvorsitzende kündigt Rücktritt von seinen Parteiämtern an

PETER SCHMALZ, München
Der Adventsfriede ist in der bayerischen SPD erheblich gestört. Nach der scharfen Kritik des SPD-Bundestagsabgeordneten Rudolf Schöfberger am Führungsstil und Erscheinungsbild der Sozialdemokraten (WELT vom 8. 12.) kündigte am Wochenende der fränkische Bezirksvorsitzende Bruno Friedrich seinen „unwiderruflichen“ Rücktritt von seinen Parteiämtern an. Diesen Schritt, der auf dem fränkischen Parteitag im März nächsten Jahres vollzogen werden soll, begründete Friedrich ausschließlich mit dem Verhalten des Landesvorsitzenden Helmut Rothemund. Sein Abschied vom Bezirksvorsitz sei, so der 57-jährige Friedrich, eine „demonstrative Antwort auf die von moralischer Bedenklichkeit befreiten taktischen Methoden, mit denen Dr. Rothemund seine Ziele innerparteilich durchzusetzen versucht“.

Damit ist ein Konflikt personifiziert und zu einem Höhepunkt eskaliert, der in der bayerischen SPD seit Jahren schwelt. Schon zu Zeiten des damaligen Landesvorsitzenden Hans-Jochen Vogel engagierte sich Rothemund für eine einschneidende Änderung der Organisationsstruktur der Bayern-SPD, die er im Sommer erneut zur Diskussion stellte und über die ein Landesparteitag im April 1985 abstimmen soll. Nach seinen Plänen soll die Partei, die noch im-

mer ohne Rücksicht auf die regionale Struktur des Landes in die drei Bezirke Franken, Ostbayern und Südbayern gegliedert ist, analog zur CSU einen Bezirksverband in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken erhalten, zugleich soll der momentan gegenüber den drei Bezirken schwache Landesverband gestärkt werden, um – wie Rothemund meint – „gegenüber der Bundespartei CSU“ bestehen zu können.

Als bisher mächtigster der drei „Bezirksfürsten“ wehrt sich Friedrich seit Jahren vehement gegen diese Pläne. Rothemunds Vorhaben sei „ohne Beispiel in der deutschen Parteienlandschaft“. Friedrich wirft seinem Landesvorsitzenden vor, er sei mit seinem Versuch, einen „weiß-blauen Trachten-Sozialismus zu schaffen“, gescheitert und bemühe sich, auszuschließen, „daß die Organisationsfrage in Bayern mit der persönlichen Führungsfrage und der politischen Zielfrage der bayerischen SPD verknüpft wird“.

Trotz seines angekündigten Rücktritts gibt sich Friedrich weiterhin kämpferisch: Er wolle nicht resignieren, sondern gegen die neuen Pläne weiterhin streiten. Rothemund bedauerte in einer ersten Stellungnahme, daß Friedrich seinen Rücktritt „ausschließlich mit persönlichen Angriffen gegen den Landesvorsitzenden verbunden hat“, und kündigte an, er werde die Diskussion auch wei-

terhin sachlich führen. Doch Rothemund weiß, wie gefährlich ihm die geballten Ladungen von Schöfberger und Friedrich werden können. Die Zustimmung zu seiner Reform ist noch sehr verhalten, und die Kritik an seiner Person wächst. Der Rücktritt Friedrichs könnte den Druck auf Rothemund verstärken, schon im nächsten Jahr und nicht, wie von ihm angekündigt, erst 1987 den Landesvorsitz freizugeben. Als Nachfolgekandidaten werden Bundesgeschäftsführer Peter Grotz und Rothemunds Stellvertreter Karl-Heinz Hiersemann genannt.

Mit Friedrich wird die bayerische Sozialdemokratie einen ihrer markantesten Köpfe verlieren. Der ehemalige Redakteur, SPD-Mitglied seit 30 Jahren, führt den fränkischen Bezirk seit knapp 15 Jahren. Im Bundesrat, dem er von 1973 bis zu seinem Wechsel ins Europaparlament 1980 angehörte, fand er schnell das Vertrauen Herbert Wehners, als dessen Zögling er lange Zeit galt. Durch Expertisen über die „innere Partei-Struktur“ und Arbeiten über die veränderte Basis der SPD machte sich Friedrich schnell einen Namen als Cheffideologe. Schließlich zu Wehners Vize im Fraktionsvorstand aufgerückt, kam er auch in den Favoritenkreis für dessen Nachfolger. Eine Herzattacke zwang den streitbaren Franken jedoch, kürzerzutreten.

Genscher mit Howe nach Berlin

hrk, Berlin

Der britische Außenminister Geoffrey Howe kommt heute zu seinem ersten Besuch nach Berlin. Er hält sich mehrere Stunden in der Stadt auf, trägt sich dabei in das Goldene Buch Berlins ein und fährt, wie vor zwei Jahren Premierministerin Margaret Thatcher, auch an die Mauer.

Im Rathaus Schöneberg spricht Howe mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und trifft sich zu einer Unterredung mit seinem Bonner Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher. Der Bundesaußenminister begleitet Howe während seines Berliner Besuchs. Am Abend hält Howe als Ehrgast des Jahresessens der „Berliner Pressekonferenz“ eine außenpolitische Rede.

Geißlers Warnung an die FDP

gil, Isny

Der CDU-Generalsekretär Geißler hat der FDP empfohlen, ihr „dummes Gerede“ über die „Neidsteuer“ einzustellen. Auf der sechsten Isny-Gesprächsrunde, einer Begegnung zwischen Politikern und Wirtschaftlern, sparte Geißler nicht mit mokanten Bemerkungen an die Adresse der FDP. Er habe zwar Verständnis für eine Partei, „die ums Überleben kämpft“, aber eine 50-Prozent-Volkspartei wie die Union benötige die Zustimmung breiterer Schichten. Für diese müsse das Sparen des Staates gerecht sein. Deswegen werde die Union den Großverdienern, „die keine Mark zur Konsolidierung der Staatsfinanzen beigetragen haben“, ein Solidarbeitrag abverlangen.

Gottesdienst für verfolgte Christen

dpa, Dachau

Mit einem ökumenischen Gottesdienst auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau erinnerte gestern die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte „an die schwierige Situation und die persönliche Not der unter politischen Regimen unterschiedlichster Art in zahlreichen Ländern der Erde verfolgten und unterdrückten Christen“. Die Feier in der Klosterkirche des Karmels „Heilig Blut“ mit katholischen, evangelischen und orthodoxen Christen aus mehreren Ländern sollte eine Aufforderung an alle rechtlich denkenden Menschen sein, sich mit allen Kräften für die verfolgten Christen einzusetzen. Den Abschluß bildete eine Lichterprozession.

Spalt-Tendenz und eine neue grüne Versuchung

Von WILM HERLYN

Wenig beunruhigt zeigt sich die „offizielle“ SPD in Nordrhein-Westfalen über die auseinanderstrebenden Tendenzen in der Partei, die sich in den Äußerungen prominenter Politiker dokumentieren. „Rot-Grün ist eigentlich kein bewegendes Thema“, heißt es in der Landesgeschäftsstelle.

Aber die Führungsgremien der SPD registrieren mit Aufmerksamkeit, daß die Grünen zu der am nächsten Wochenende stattfindenden Delegiertenversammlung zum ersten Mal in einem Antrag Farbe bekennen. Es heißt dort: „Ein rot-grünes Bündnis, das nur kleckert und nicht klotzt, das seine Aufgabe einer radikalen Gesellschaftsreform nicht einmal auszusprechen wagt, hat weder historische Berechtigung noch die Spur einer Erfolgsaussicht.“ Übersetzt bedeutet das nichts anderes als die Bereitschaft der Grünen, zum ersten Mal in

Stellvertreter im Landesvorstand, auf den Plan. Jener befürchtet, jede Hinwendung zu CDU oder FDP könne die Partei zurückfallen lassen. „Hinter Godesberg“, und die SPD gerate in Gefahr, zu einer „35-Prozent-Partei“ zu verkümmern. Hans-Otto Bäumer, der konservative Umweltpolitik-Experte, stellte fest, Links-Abwechslung wie Hansen oder Coppik hätten es nicht vermocht, die Partei zu spalten, die Grünen aber seien dazu in der Lage. Vor allem – und hier unterscheidet sich Bäumer in der Hauptsache von Zöpel –, wenn Linke in der SPD über das Vehikel Grün die Macht in der Partei zu gewinnen suchen.

Ernst müssen die Funktionäre auch die Stimmung im Revier nehmen, die sich erst kürzlich auf dem Gewerkschaftstag der im Ruhrgebiet meiningbildenden IG Bergbau und Energie dokumentierte. Allein die Wiederwahl des Vorsitzenden Adolf Schmidt mit 99,6 Prozent hatte nicht nur demonstrativ gewerkschaftlichen Charakter, sondern gilt auch als Beweis dafür, daß die Kumpel hinter den politischen Äußerungen den Schindts stehen. Für den ist ein Bündnis mit den Grünen „schlicht undenkbar“. Dabei weiß er sich im Bunde mit so prominenten und einflussreichen Sozialdemokraten wie dem Chef des mitgliederstärksten SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Hermann Heinemann. Auch Innenminister Herbert Schnoor wehrt sich gegen jedes Liebäugeln mit den Grünen.

Doch angesichts der Realitäten fällt es auch treuen sozialdemokratischen Wählern immer schwerer, den Bekenntnissen ihrer Spitzengegossen Glauben zu schenken. Erst jetzt einigten sich SPD und Grüne im Landschaftsverband Rheinland über eine erste überregionale Liste. Der Landschaftsverband, der auf der Ebene zwischen den Gemeinden und der Landesregierung wichtige Aufgaben vom Straßenbau bis zum Klinikwesen wahrnimmt, wird damit eine Art Probeball für eine rot-grüne Verbindung nach dem 12. Mai 1985 im Landtag. SPD und Grüne verlassen damit die bislang geläufige Praxis – auf die auch Ministerpräsident Johannes Rau baut –, nach der die stärkste Fraktion den Vorsitzenden stellt. Und das ist im Landschaftsverband die CDU. Offensichtlich geht es der SPD um die Verwirklichung der Parole Zöpels, nach der es Ziel sein müsse, konservative Politik „auf jeden Preis auf jeder Ebene zu verhindern“.

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

NRW postuliert, mit der SPD zusammenzugehen zu wollen – und das nicht nur auf der Ebene der Tolerierung. Denn Tolerierung ist ein Übergangskonzept, ist ein Beruhigungsmittel für schwache Nerven... Alle weiteren Argumente für das Tolerierungskonzept sind entweder drittklassig oder demagogischer Unsinn. Und Regierungsfunktion übernehmen „korrupter“ nicht mehr und nicht weniger als ein grünes Bundestagsmandat oder ein grüner Vorstandsposten.

Mit diesem eindeutigen Konzept muß sich nun der SPD-Landesvorstand auseinandersetzen. Denn er weiß besser als jedes andere Gremium in der Partei, daß das Postulat von Johannes Rau „nach der Abstufung der Mehrheit“ schon allein rechnerisch nicht zu schaffen ist. Das in der Öffentlichkeit einzusetzen fällt den Spitzengegnern schwer. Raus zentrale Aussage zur Landtagswahl heißt, die SPD grenze niemanden aus, sondern sei mit jedem politischen Gegner kooperationsfähig, „wenn die verabschiedete Politik stimmt“. Das ist keine Absage an die Grünen, aber auch keine Absage an CDU oder FDP.

Dies ruft aber natürlich auf der anderen Seite Verächter der „reinen Lehre“ wie Christoph Zöpel, Raus

Im Umgang mit Alternativen und der Verfassung „gute Nerven behalten“

Konferenz der FU Berlin: Das Grundgesetz vor den Herausforderungen der 80er Jahre

Von ALEXANDER SCHWAN

Am 23. Mai dieses Jahres ist das Grundgesetz, die freiheitliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, 35 Jahre alt geworden. Da dieses Datum an den deutschen Hochschulen bedauerlich wenig Beachtung gefunden hat, ließ es sich die Freie Universität Berlin jetzt angelegen sein, seiner durch eine große dreitägige wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Konsens und Konflikt – Das Grundgesetz vor den Herausforderungen der 80er Jahre“ gebührend zu gedenken.

Unter der Leitung des Völkerrechtlers Albrecht Randelzhofer, des Soziologen Hellmuth Bütow, des Politologen Dietrich Herzog, des Erziehungswissenschaftlers Peter Hübner und der Politologin Gesine Schwan erörterten 30 namhafte Geistes- und Sozialwissenschaftler aus allen Teilen der Bundesrepublik mit Kollegen der FU in fünf Kolloquien so zentrale Probleme wie den Verfassungskonsens im Angesicht außenpolitischer Kontroversen, die aktuelle Geltung des Sozialstaatsprinzips, Konstanz und Wandel im Verständnis der parlamentarischen Demokratie, das akute Thema der Gewalt und ihrer verfassungsstaatlichen Bändigung sowie den Zustand unserer politischen Kultur und das Auftreten neuer sozialer Bewegungen – lauter brisante Grundlegende Fragen des Verfassungsverständnisses, der Verfassungswirklichkeit und der Zukunftschancen einer verfassungsgemäßen Politik. Von Wilhelm Grewe bis Erhard Denninger, von Ernst Nolte bis Johannes Agnoli, von Wolfram Engels bis Klaus Offe, von Ulrich Matz bis Udo Bernbach war dabei ein breites fachliches und politisches Spektrum vertreten.

Bedeutames Zeichen

Das Ereignis dieser Tagung ist ein bedeutames Zeichen dafür, daß sich an der Freien Universität Berlin Entscheidendes zum Positiven zu wenden beginnt – nicht zuletzt dank der Voraussetzungen, die der Berliner Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig hochschulpolitisch dafür geschaffen hat. Der Rechtswissenschaftler Dieter Heckelmann, seit 14 Jahren der erste FU-Präsident, der nicht gegen die Mehrheit der Hochschullehrer gewählt worden ist, hatte den Kongreß zu seinem persönlichen Anliegen gemacht. Seinem Einsatz und Geschick ist es auch zu verdanken, daß die größte Tagungsveranstaltung, eine Podiumsdiskussion

von Politikern aller Parteien (Jürgen Schmude, Rupert Scholz, Burkhard Hirsch und Otto Schily) mit dem ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda, anders als frühere derartige Begegnungen, erfolgreich über die Bühne ging.

Die Tagung läßt sich in dem Fazit zusammenfassen, daß das Grundgesetz in allen tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der letzten 35 Jahre seine Bewährungsprobe immer wieder bestanden hat und auch für die Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben ein äußerst brauchbarer verfassungsrechtlicher Rahmen ist. Es wurde viel die um sich greifende Parteienverdrossenheit, ja eine Distanz zum Staat beschworen, jedoch zugleich betont, daß dies keine Verfassungsverdrossenheit einschließt.

Schärfere Konflikte

Vielmehr ist und bleibt das Grundgesetz die Berufungsinstanz, auf die die unterschiedlichen politischen Positionen den Anspruch ihrer Geltung gründen. Allerdings zeigt sich dabei zunehmend, daß nicht nur die von der Verfassung eingeräumten und geregelten Konflikte über Sachfragen schärfer werden, sondern auch die Interpretation wichtiger Grundgesetzbestimmungen, vor allem des Grundagentils, zunehmend kontroverser wird, so daß die Konflikte das Verfassungsverständnis selbst betreffen. In dem Maße, wie neue soziale Bewegungen (Grüne, Friedens-, Anti-Atomkraft-, Umweltschutz-, Frauenbewegungen usw.) die von ihnen vertretenen Belange zu Überlebensfragen erklären, die nicht abstimmungs- und nicht von demokratischen Mehrheiten entscheidbar sind, wird die Demokratie des Grundgesetzes in der Substanz in Frage gestellt. Die Verfassung selbst zu Manipulationsinstrument in der Hand von selbsternannten Eliten gemacht.

Wo das Grundgesetz sich dieser Tendenz nicht fügt, wird die Forderung nach seiner Ausgestaltung im basisdemokratischen Sinne oder aber nach der Schaffung von Freiräumen für informelle Willens- und Entscheidungsbildungen nach Maßgabe der stärksten jeweiligen „Betroffenheit“ gefordert. Dafür konnten jedoch nur gedankliche Impulse, dagegen keine operationellen Konzepte vorgelegt werden.

Demgegenüber waren die Argumente von Staats- und Völkerrecht-

lern wie Jost Delbrück oder Wolfgang Graf Vitthum durchschlagend, daß zu den Grundbedingungen der rechtsstaatlichen föderativen Demokratie des Grundgesetzes, die vertikal und horizontal eine Vielzahl von Entscheidungsebenen und -instanzen unterteilt und einander zueinander ordnet, die korrekte Zuweisung von Sachverhalten zu den jeweils kompetenten Ebenen gehört. Über die Ansiedlung von Atomkraftwerken, Raketenstationen oder Flugplatzstartbahnen können und müssen zwar die unmittelbaren Betroffenen (die „Dörfer“) mit ihren spezifischen Belangen gehört werden; entscheidungsbefugt sind jedoch nur die verfassungsmäßig festgelegten gesamtstaatlichen Institutionen, die für die Verwirklichung des Gemeinwohls der gesamten Bürgerschaft verantwortlich und demokratisch legitimiert sind.

Protestler eine Minderheit

Die empirischen Sozialforscher Helmut Klages und Max Kaase machten deutlich, daß die große Bevölkerungsmehrheit zwar heute einen erheblich stärkeren Politisierungsgrad und mehr kritisches Bewußtsein als früher zeigt, aber in ihrem Wertebewußtsein und in ihrer Bereitschaft, den Grundkonsens der Zustimmung zu parlamentarischer Demokratie zu erhalten, beständiger ist, als unsere veröffentlichte Meinung wahrhaben will. Demgegenüber bleiben Aussteiger und Protestler eine Minderheit, deren Gewicht dann nicht allzu hoch eingeschätzt werden muß, wenn es der Politik gelingt, wieder mehr Glaubwürdigkeit bei der verfassungskonformen Lösung der sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Aufgaben der achtziger Jahre aufzubringen.

Der Philosoph Herbert Schnädelbach riet mit Recht dazu, im Umgang mit den „Alternativen“ gute Nerven zu behalten. Jost Delbrück bezog dieselbe Mahnung mit nicht weniger Recht auf den Umgang mit unserer Verfassung.

(Alexander Schwan ist an der FU Berlin Professor für Politikologie.)

DIE WELT (USPS 693-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$65.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood Cliffs, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



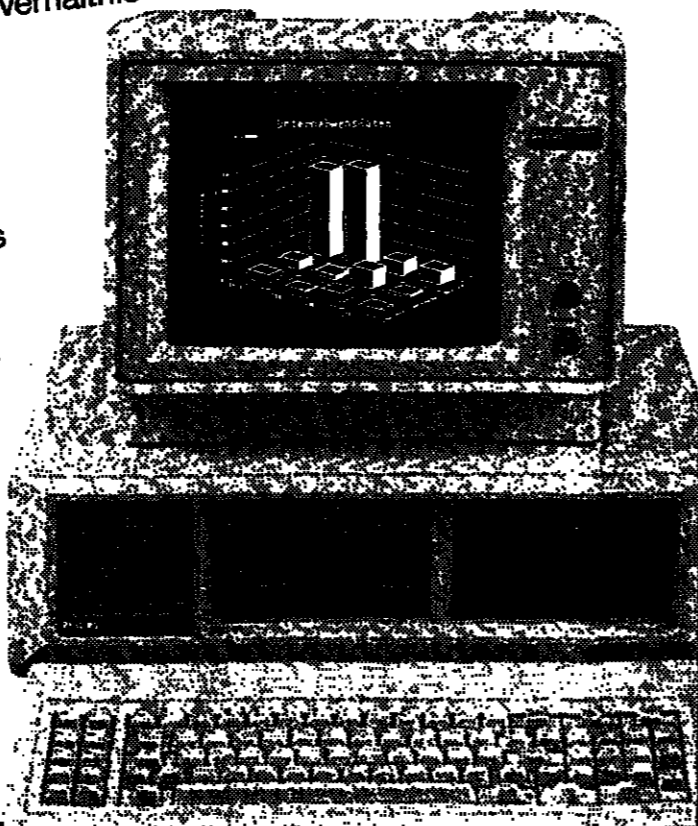
PHILIPS

Unser Einkäufer hat ein Verhältnis:

Da unser Einkäufer ein besonders inniges Verhältnis zu Preis und Leistung hat,

entschied er sich beim Kauf für den Philips PC P 3100. Der neben seinem ausgewogenen Preis-Leistungsverhältnis eine Menge weiterer Vorteile bietet. Daß auch der Service stimmt, ist bei Philips selbstverständlich, und daß er ständig im Einsatz ist, beweist, daß neben unserem Einkäufer auch alle anderen Mitarbeiter ein gutes Verhältnis zum Philips PC P 3100 haben.

Der Philips PC P 3100 ist eben überall einsetzbar, ob im Großunternehmen, im Handel, beim Handwerk oder bei Freiberuflern. Sprechen Sie mit dem Philips-Bürofachhändler über Ihr Verhältnis zum neuen Philips PC P 3100. Einer ist immer in Ihrer Nähe!



Philips PC P 3100.
Der Computer für alle!

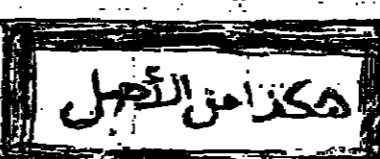
Philips Kommunikations Industrie AG

Philips Kommunikations Industrie AG
Unternehmensbereich Philips Data Systems
Abteilung MA-K 353
Postfach 21 01 45
5900 Siegen



TEKNA
Fernmelde-
anlagen

R&G
Nachrichtentechnik
und -anlagen



Chinesen werfen Marx, Engels und Lenin zum „alten Eisen“

China geht einen neuen Weg. Die Klassiker des Kommunismus, Marx, Engels und Lenin, werden ausgemerzt. Ihre Lehren, so wie sie zu ihren Lebzeiten entwickelt worden seien, geben keine Antworten auf moderne Fragen. Die Absage im führenden Parteiblatt Peking ist kein Zeichen für einen Wandel in der Politik. Die Partei hat den Inhalt in der Hinwendung zur realen Welt besteht. DIE WELT hat den Chinesen-Experten des Homburger Asiatischen Instituts, Oskar Weggel, gebeten, die Veränderungen zu schildern, die sich in der Volksrepublik von 1978 bis zu den letzten dramatischen Wandlungen vollzogen haben. Weggel befaßt sich in drei Artikeln mit der Politik Deng Xiaopings, mit der Modernisierung der Wirtschaft und mit der Reform der Streitkräfte des Landes. Im folgenden veröffentlicht wir den ersten Artikel, der sich mit den Veränderungen auf dem Lande beschäftigt, wo mehr als 80 Prozent der Chinesen leben.

Von OSKAR WEGGEL

Genau 25 Jahre nach Übernahme des Sowjetmodells begannen die chinesischen Reformen 1978 mit seiner Wiederabschaffung. Verhängnisvolle Konsequenzen waren zu besorgen: An der Staatsspitze hatte der ohnehin vorhandene Hang zur Bürokratisierung noch zusätzliche Impulse erhalten, nachdem zu den traditionellen Verwaltungsaufgaben der weite Bereich der bisher unbekannten Wirtschaftsaufgaben hinzugekommen war. Die schon Mitte der fünfziger Jahre wieder kreisförmig wuchern die Bürokratie hatte am liebsten jede „Waren“-Produktion auf der Stelle abgeschafft und sie durch direkte Steuerung und Verteilung ersetzt. Auf den Dörfern wurde ein uraltes Prinzip über den Haufen geworfen, das von der konfuzianischen Bürokratie seit ihres Lebens wie ein Augapfel gehütet worden war, nämlich die Politik des lockeren Zügels gegenüber dem Volk. Zweitausend Jahre lang hatte es dem Staat genügt, wenn der Bauer seine drei klassischen Pflichten erfüllte, nämlich Ruhe zu wahren, Steuern zu zahlen und seinen Beitrag zur Infrastruktur (Wasserbau, Kanäle, Mauern etc.) zu leisten.

Rechtshaberische Dorfbürokratie

Nach 1953 sollte mit dieser Eigenständigkeit Schluss gemacht werden: Im Zuge des Aufbaus landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften entwickelte sich eine rechtshaberische Dorfbürokratie, die mit ihrem Hang zum „Kommandismus“ jede Eigeninitiative erstickte.

Ein weiterer störender Faktor war das Überhandnehmen politischer „Kampagnen“, durch die immer wieder Unruhe in die Dörfer hineingetragen wurde. Sie gehörte nicht sachlichen, sondern politischen Überlegungen: die Landreform, die Vergenossenschaftlichungsbewegung, die „Drei Großen Banner“, die „Sozialistische Erziehung“, das „Lernen von Lei Feng“ (Soldaten-Vorbild) und die Kulturrevolution waren Auswirkungen dieser Politik.

Auswüchse waren dabei an der Tagesordnung, und so konnte es nicht verwundern, daß Korrekturen in der Form von „Verwaltungsvereinfachungen“ fast so alt sind wie die Volksrepublik selbst. Mao Zedong zum Beispiel versuchte sich mit der Schaffung neuer Gremien (Revolutionskomitees) und mit einer Politik des „Hinunterschickens der Kader zur körperlichen Arbeit“ – ein Ansehen, das jedoch scheitern mußte, weil es mit der überkommenen chinesischen Beamtenethik nicht zu vereinbaren war.

Innere Emigration und Leistungsunlust

Nach dem Tod Maos und dem Ende der „Viererebande“ 1976 mußten die Reformer erkennen, daß dem alten Adam in China mit den bisherigen Methoden nicht beizukommen war. Die Bevölkerung verhielt sich wie Gras im Wind, übte passiven Widerstand, ging in die innere Emigration und zeigte Leistungsunlust.

Ein neuer Ansatz war gefragt. Die Reformer begannen deshalb 1981 mit einer Politik der „Demokratisierung“, deren Gehalt sich stichwortartig folgendermaßen beschreiben läßt: Strikte Trennung von kommunistischer Partei und Verwaltung, Stärkung der lokalen Gremien, Betriebsautonomie, Reform des Kadernsystems (Wahl, Kontrolle, Absetzbarkeit), Stärkung der Volksvertretungen aller Ebenen und Ausbau des Rechtssystems, um der Funktionswillkür Schranken zu setzen.

Diese Bemühungen brachten Fehlschläge, erwiesen sich zum Teil aber auch höchst erfolgreich:

Der Kampf gegen die Staatsbürokratie verlief, wie nicht anders zu erwarten, im Sand. Auch die bisherigen drei „Strukturreformen“ brachten nicht weniger, sondern mehr Staat mit sich, zumal sie insgeheim nicht gegen die bürokratische Hydra als solche, sondern vielmehr gegen unliebsame („linke“) Gegner in der Bürokratie waren: Strukturreformen als „weiche Säuberung“ sozusagen.

Die beiden Haupterfolge andererseits waren der Tod der Dorfbürokratie und die Beendigung der Kampagnen – beides Folgen der Einführung des neuen „Verantwortungssystems“. Von nun an wurden die Bauern ja nicht mehr einseitig in Arbeiten eingewiesen, sondern zu Vertragspartnern gemacht, die sich ihre Handgriffe selbst einteilen, also in eigener „Verantwortung“ wirtschaften konnten. Die meisten Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsmannschaftskader waren damit überflüssig geworden. Ein Aufatmen ging durch die Dörfer – und schließlich auch durch die Städte.

Jeder Chinese lebt in einer Danwei, also einer „Grundeinheit“ (Dorf, Fabrik, Lehrkörper einer Universität etc.) und empfindet sich in erster Linie nicht als Individuum, sondern als Gruppenmitglied. Arbeits- und Lebensbereich sollen nach Möglichkeit eng beisammen bleiben – daher die „dortort“ wirkenden Konglomerationen von Arbeiterwohnungen und Fabriken, das Fehlen von Schlafstätten und der Mangel an Freizeitmöglichkeiten, die sich übrigen in Zukunft keineswegs vermehren, sondern eher noch verringern wird: In einem Land mit über einer Milliarde Menschen gibt es Reisefreiheit nur für eine hauchdünne Funktionärschicht.

Vereinfacht ausgedrückt gibt es in China keine Demokratie, sondern nur eine Danwei-Demokratie, keinen Sozialismus, sondern nur einen Danwei-Sozialismus und keine Sozialpolitik, sondern nur Danwei-Sozialpolitik. Der einzelne ist weniger Staats- als vielmehr Danwei-Bürger.

Durch die Politik der Reformen erhält die Danwei die Fähigkeit zurück, sich nach den in ihr liegenden Möglichkeiten zu entfalten. Legt man die Lehren der Vergangenheit zugrunde, so sind in Zukunft folgende Auswirkungen der politischen Reformen zu erwarten:

Gediegene Zukunft für die Partei

Der Bürokratismus wird fortbestehen – trotz immer neuer „Verwaltungsreformen“ und permanenter Entschlackungskuren. Eine gediegene Zukunft hat auch die kommunistische Partei, die freilich immer weiter von Marx und Lenin entfernt, statt dessen „mandariniert“ wird, obgleich sie nach außen hin ihr marxistisches Vokabular beibehalten dürfte. Die Folgen: Es gibt nur eine (jeweils neu abzusehnende) Lehre von Staat und Gesellschaft, nur eine (als solche maßgebende) politische Partei, und es wird keine formelle Opposition geduldet. Auch die leidigen Fraktionen, Seilschaften und Hierarchie-Rituale werden kaum abzuschaffen sein.

Andererseits erhalten die Danweis die ihnen adäquaten Freiräume zurück. Das Verhältnis zwischen Bürokratie und Danweis ist das zwischen Käfig und Vogel. Unter Mao Zedong war der Käfig auf Schuhkartongröße zusammengedrückt worden. Die Reformer jedoch werden ihm – im Interesse verstärkter Eigenverantwortung und innovativer Modernisierungsbestrebungen hausartige Dimensionen verleihen müssen.

Das alte chinesische Zwei-Säulen-System wäre damit wiederhergestellt, und ein Schritt zurück zur chinesischen „Normalität“ getan. An dieser Stelle wird übrigens auch der Unterschied zwischen chinesischem und sowjetischem „Sozialismus“ besonders deutlich. Beide gleichen sich zwar insoweit, als der wahre Marxismus nur noch ein ferner Erinnerungsposten ist. In China aber zeigen sich unter dem Mantel starrer Ideologie höchst flexible Neuansätze, zu denen die UdSSR sich offensichtlich nicht aufraffen kann. Dies wird besonders deutlich im wirtschaftlichen Bereich.

Morgens: Die wirtschaftliche Modernisierung in China.

Verschärfter Ton zwischen Ungarn und Rumänien

AFF, Bukarest

Die rumänische Wochenzeitschrift „Romania Literara“ hat dem ungarischen Monatsblatt „Kritika“ vorgeworfen, das „faschistische ungarische Regime des Reichsverwesers Horthy“ rehabilitieren zu wollen. „Romania Literara“ hält den Ungarn vor, den Rücktrittsbefehl des damaligen ungarischen Verteidigungsministers Vilmos Nagy aus dem Jahre 1943 „ohne die nötigen kritischen Anmerkungen“ veröffentlicht zu haben. Eine solche Veröffentlichung könne nur das Ergebnis der Verbreitung faschistischer, chauvinistischer, reaktionärer und anti-rumänischer Auffassungen haben.

Beobachter heben hervor, daß „Romania Literara“ ein neues Element zur Polemik zwischen den beiden Ländern hinzufügt. Die rumänische Wochenzeitschrift wirft dem ungarischen Blatt vor zu unterstreichen, daß General Vilmos Nagy einen „nationalen Standpunkt“ einnahm, als er mit dem Dritten Reich alliierten ungarischen Reichsverweser vor einer möglichen rumänischen Rückeroberung Nord-Siebenbürgens warnte, das 1940 durch das „Diktat von Wien“ wieder an Ungarn angegliedert worden war.

Differenzen bei Prager KP-Konferenz

AFF, Prag

Bei der „Ideologie-Konferenz“ der kommunistischen Parteien, die Mitte vergangener Woche in Prag zu Ende gegangen ist, hat es offenbar heftige Differenzen gegeben, und in wesentlichen Punkten konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Dies schließt Beobachter aus einer Formulierung des Abschlusssommuniqués, die von einem „Klima der Offenheit“ spricht. Im kommunistischen Sprachgebrauch bedeutet dies, daß keine Einigung zu erzielen war.

Vor allem die sowjetischen Thesen zur Friedens- und Abrüstungspolitik sollen nach Auskunft gut informierter Kreise auf Widerspruch bei Vertretern der Dritten Welt gestoßen sein.

Das stellvertretende Mitglied des Moskauer Politbüros, Ponomarew, hatte die Vertreter der KP's aufgefordert, in dieser Frage „mit einer Stimme“ zu sprechen und sich häufiger auf hohem Niveau zu treffen. Demgegenüber betonten die Vertreter namentlich Lateinamerikas die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus, die Kommunisten des Westens gegen die Arbeitslosigkeit.

Rechtfertigungen aus Moskau zum Menschenrechtstag

DW, Bonn

Moskau betrachtet den Fall des sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow als eine „interne Angelegenheit“. Das bekräftigte der Sprecher des Außenministeriums Lomeyko bei einer Pressekonferenz zum Tag der Menschenrechte, der heute auf Initiative der UNO begangen wird. Er lehnte es ab, Angaben zum Gesundheitszustand Sacharows und dessen Frau Jelena Bonner zu machen.

Die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan rechtfertigte Lomeyko mit Artikel 51 der UNO-Charta, der den Staaten das Recht auf „individuelle und kollektive Selbstverteidigung“ zubilligt.

SPD- und Unionspolitiker in Bonn haben Verstöße gegen Grundsätze des internationalen Rechts verurteilt. Während der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), sowie die CSU-Politiker Theo Waigel und Eduard Lintner vor allem auf Menschenrechtsverletzungen im sowjetischen Machtbereich verwiesen, kritisierten die Sozialdemokraten Annemarie Renger und Hans-Ulrich Klose Verstöße gegen die UNO-Charta in allen Teilen der Welt: auch in Südafrika, der Türkei, Guatemala, Chile, Iran, Kenia, Indonesien.

Radio Hanoi meldet Gefechte an Nordgrenze

rr, Bangkok

Vietnam hat China erneut schwere Grenzverletzungen vorgeworfen. Allein im Monat November hätten chinesische Artillerie und Granatwerfer mehr als 52 000 Granaten auf nord-vietnamesisches Gebiet abgeschossen, meldete am Wochenende Radio Hanoi.

Bei Gefechten mit eindringenden chinesischen Truppen seien zwischen dem 24. und 28. November mehr als hundert chinesische Soldaten getötet und mehr als 40 verletzt worden. Die vietnamesische Artillerie habe die eindringenden chinesischen Kampftruppen unter schweren Beschuß genommen.

Zwischen dem 17. und 30. November seien verschiedentlich kleine chinesische Kampftruppen über die Grenze nach Vietnam vorgestoßen. Vor allem die Provinz Ha Tuyen sei von den Übergriffen betroffen gewesen. Zudem hätten chinesische Kriegsschiffe in den vergangenen zwei Wochen mehr als hundert Mal die vietnamesischen Hoheitsgewässer um die Inseln Tran und Back Long Vi verletzt, hieß es in der Meldung weiter. Über eigene militärische Verluste gab der staatliche Sender jedoch keine Informationen.

Was hat Ihr Feierabend mit Beton zu tun?



Ein neuer Typus von Luftpiraten?

Die Komplizenschaft fanatischer Regime fördert das Morden schiitischer Kommandos

Von ROLF TOPHOVEN

Der Zugriff schiitischer Kommandos auf die internationale Luftfahrt hat begonnen. Bis heute weitgehend durch spektakuläre Selbstmordaktionen, vor allem gegen Einrichtungen, Truppen und Diplomaten der USA in Nahost hervorgetreten, sprengt das Vorgehen des Terrorkommandos in der am letzten Dienstag entführten kuwaitischen Airbus-Maschine bisher bekannte Dimensionen in der Geschichte der Luftpiraterie.

Denn in Teheran wurde die Geisel zum Exekutionsobjekt, erst dann wurde verhandelt. Bisher war es meist umgekehrt. Das Profil des Terroristen hat sich seit dem Auftreten schiitischer Kommandos geändert. Wer den eigenen Tod bedingungslos ins Kalkül zieht, schont auch andere nicht. Was die Palästinenser in den siebziger Jahren perfekt inszenierten, als George Habbash und sein Operationsschef für Hijacking, Wadia Haddad, die Fiden bei Flugzeugentführungen zwecks politischer Erpressung zogen, schien sich in den folgenden Jahren zu beruhigen.

Im Umfeld der Mullahs

Hijacking, so glaubte man, lohne sich für die Entführer nicht mehr, seit diese schlechte Erfahrungen mit Spezialeinheiten gemacht hatten. Im Jahre 1976 befreiten die Israelis in Uganda 103 Landsleute am Boden aus der Haft der Terroristen. Ein Jahr später, am 18. Oktober 1977, stürmte die GSG 9 den vollbesetzten City-Jet „Landshut“ in Mogadischu, schaltete die vierköpfige Terroristen-Crew aus und befreite die Geiseln.

Nun nimmt die Terroraktivität gegen Zivilmaschinen in Nahost wieder zu. Ist die Todesbereitschaft und die niedrige Hemmschwelle zu töten in dieser Form neu, so erinnert eine eventuelle Komplizenschaft von Staaten und deren Herrscher eher an

Vergangenes. Idi Amin stand nämlich mit dem deutsch-palästinensischen Kommando von 1976 im Bundes. Ähnliches werden nun die USA den Behörden in Teheran vor. Teheran half in der Vergangenheit auch bei der Vorbereitung des schiitischen Bombenattentats gegen den Stützpunkt der US-Marines am 23. Oktober 1983 in Beirut. Islamische revolutionäre Garden nahmen im November 1979 das Botschaftspersonal der USA in Teheran in mehr als einjährige Geiselschaft. Am 23. Dezember vorigen Jahres explodierte eine Autobombe in der US-Botschaft von Kuwait. Ein Selbstmörder hatte sie gezündet. Gleichzeitig ging ein Sprengsatz vor der französischen Botschaft hoch. Bomben explodierten an diesem Tag auch am Flughafen, in der Nähe des Wasser- und Elektrizitätsministeriums, in Einrichtungen der petrochemischen Industrie und im Wohngebiet der US-Bürger in Kuwait. Verantwortlich war eine Gruppe mit dem Namen „Islamischer heiliger Krieg“.

Die Bündelung mehrerer Terroraktionen an einem Tag, am gleichen Ort, war damals neu. Fachleute wissen inzwischen: ein spezieller Zug des schiitischen Terrors. Von den in Kuwait gefassten Terroristen, deren Freilassung die Luftpiraten verlangen, führt die Spur zu den Hintermännern der neuen Dimension des Terrors – und diese sitzen in radikalen, moslemischen Kreisen der Schiiten, sie sitzen im Umfeld der Mullahs und Ayatollahs in Iran.

Wenn jetzt wieder Teheran der letzte Flucht- und Landepunkt einer entführten Zivilmaschine ist, so ist dies bereits der zweite Fall in relativ kurzer Zeit. Erst im letzten Sommer ging die Entführung einer Air France-Linienmaschine in Teheran glücklicherweise aus. Doch bereits bei dieser Aktion spielten die Behörden in Teheran nach allem, was man bis heute weiß, mit den Luftpiraten zusammen.

Dabei hätte das Regime in Teheran im Kontext des jüngsten Geiseldramas eine glänzende Chance gehabt, die besonders von den USA massiv erhobenen Vorwürfe einer Involvement in das Netz des Terrorismus abzubauen. Doch dazu hätte es eines militärischen Zugriffs von Spezialeinheiten auf die entführte Maschine bedurft. Ulrich Wegener, Gründer der GSG 9 und heute Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, sagte es einmal so: „Unsere Stunde kommt, wenn die erste tote Geisel auf dem Rollfeld liegt.“ Dann haben Terroristen die Hemmschwelle zum Töten abgelegt. Verhandlungen führen dann kaum noch weiter.

Teherans Verantwortung

Stets kommt es bei einer gewaltsamen Lösung eines Geiseldramas auf das Zusammenspiel von beteiligten Regierungen und Spezialeinheiten an. Das war in Mogadischu und auch 1979 in Mekka der Fall. Der Putschversuch fanatisierter religiöser Eiferer wurde mit Hilfe der französischen Regierung niedergeschlagen. Auf Bitten der Saudis schickte Paris Männer der Groupe d'Intervention de la Gendarmerie Nationale (GIGN). Diese arbeiteten die taktischen Pläne zur Bekämpfung der Terroristen aus.

Jetzt in Teheran nichts von alledem. So trägt die Regierung in Teheran Mitverantwortung am Tod der Geiseln. Denn internationale Kooperation mit Spezialeinheiten wäre möglich gewesen. Sowohl Franzosen, Israelis, Amerikaner, Engländer und Deutsche haben Spezialkräfte in Bereitschaft, die auf Anforderung auch im Ausland und speziell auch gegen Hijacker eingesetzt werden können. Bei der GSG 9 zum Beispiel zählt die Erstürmung gekidnappter Verkehrsflugzeuge zum Standardprogramm der Spezialausbildung – und zu den Flugzeugen, an denen geübt wird, zählt unter anderem auch der Typ des vor einer Woche entführten Airbus.

Der berühmte Freund

Manchmal bin ich zu schnellen Reaktionen nicht fähig. Ich reise, gepackt von einer Aufklärungswut, durch das Land und halte Vorträge über das Regime in meiner alten Heimat, über das Tal der Ahnungslosen, wie man das Dresdner Elb-Tal nennt, weil man dort kein Fernsehen empfangen kann.

Der Bedarf an Informationen aus erster Hand ist groß: diesseits und jenseits der Grenze. Es gibt viel zu tun, packen wir's an! So heißen die Sprüche. Doch mit Sprüchen sind die Menschen übersättigt. Menschen, die klar, deutlich, überzeugend und ehrlich argumentieren können, sind rar. Sind sie nun gar ausgestorben? Was haben Menschen nicht alles erlebt! Faszination geht von Betroffenheit aus, doch mehr noch fasziniert oft die Spinner, Utopisten, Heilslehrer, Weltverbesserer und Scharlatane. Sie sind laut, raffiniert und brutal; sie sind leise, naiv und mitteleiderweckend. Begaubung kann auch den Lügnern nicht abgesprochen werden. Wer sich der Wahrheit, der christlich-abendständischen Tradition, der Vernunft und der Nächstenliebe verpflichtet fühlt, kann nur überlastet, manchmal sogar überfordert sein.

Eine von mir sehr verehrte Persönlichkeit, siebzehn Jahre älter als ich, schrieb mir in einem Brief:

"Ich kann mich nicht um alles kümmern. Das Arbeitspensum nimmt drastisch zu. Die Probleme wachsen noch schneller. Die Zeitnot schnürt mir den Atem ab. Stetig sinkt das Pensum, das ich schreiben und zugleich die Qualität."

Ich folgte diesen Gedanken mit großer Besorgnis. Dem, der mir das am 29. März 1982 schrieb, kann ich es nicht mehr sagen.

Genau ein halbes Jahr lebte ich in Berlin-West, da bekam ich von diesem bekannten Mann einen Brief:

"Sehr geehrter Herr F., seit langem wollte ich Ihnen schreiben. Aber ich habe gezögert. Dieses Zögern ist zum Teil durch die Überlegung verursacht, daß Sie wahrscheinlich nach allem, was hinter Ihnen liegt, Ruhe brauchen, zum anderen aber ist es eines der Symptome der deutschen Misere: Ich wollte ja nicht, welche Vorstellungen Sie mit meinem Namen, falls Sie ihn kannten, verbunden. Ich mußte annehmen, daß Abstempelungen als 'Kalter Krieger', 'Springer-Schreiber', 'Neo-Konservativ' und was da der vermeintlichen Schimpfwörter mehr sind, auch zu Ihnen gedrungen waren. Ich habe zwar in diesem Zusammenhang keine Komplexe, aber ich wollte gerade Sie nicht durch einen vorzeitigen Brief irritieren. Inzwischen habe ich genug über Sie und von Ihnen gelesen, um meine Zurückhaltung, zumindest was die zweite Begründung betrifft, für überflüssig zu halten. Wir beide sind Dresdner. Ich verließ unsere Heimatstadt 1950. Seitdem habe ich Sehnsucht."

Um diesen Brief nicht zu lang werden zu lassen: Es wäre mir eine große Freude, wenn ich Sie kennenlernen dürfte...

Fast zwei Jahre benötigte ich dann, um diesen Brief beantworten zu können. Der Briefschreiber hatte mich zwar beeindruckt, aber vor allem erschreckt. Dieser Mann war in

meinem Bewußtseinsklischee ein Synonym für „Neo-Faschist“ und, wie er schon richtig vermutete, für „Kalter Krieger“. Selbst im DDR-Gefängnis, in dem ich wegen sogenannter „staatsfeindlicher Hetze“ als Verbrecher einsaß, wollte ich mich durch nichts zu einem Anti-Kommunisten machen lassen. Lediglich ein andersdenkender Sozialist wollte ich sein. Und es war nicht nur der berühmt-berüchtigte Spruch von der „Grundtorheit des Jahrhunderts“ eines Thomas Mann, der mich gemahnte, mit den Kommunisten nachsichtig umzugehen, sondern auch die erfahrene Solidarität der Freunde und Kollegen im Biermann-Havemann-Kreis, die ich damals noch für „echte“ Kommunisten hielt.

Sehr voreingenommen habe ich dann diesen in meinen Kreisen verurteilten Mann zwei Jahre lang beobachtet, und zähneknirschend mußte ich zugeben, daß alles, was ich von dieser Person hörte und las, meinen eigenen Erfahrungen und Meinungen entsprach. Doch mehr noch als mich diese Persönlichkeit vorerst anzog, stießen mich im Westen die Künstler, Schriftsteller, Filmemacher, Lehrer, Pfarrer und sonstigen Intellektuellen der linken Schickleria ab.

In meinem Brief an ihn vom 21. Januar 1979 schrieb ich ihm alles, auch, daß ich mich heute noch da für schäme, Ihre freundliche Einladung vor zwei Jahren nicht angenommen zu haben.

Darauf schrieb er mir drei Tage später zurück:

"Sehr geehrter, lieber Herr F., manchmal erfüllen sich wider Erwartung die schlichtesten Wahrheiten, so jetzt in Ihrem Brief der Spruch, daß, was lange währt, gut wird."

Ich habe mich sehr über alles gefreut, was Sie mir geschrieben haben, und kann nun auch gestehen, daß ich seit meinem Brief an Sie vor zwei Jahren immer einmal wieder eine behindernde Irritation spürte, so etwa wie ein Kiesel im Schuh den Fuß beim Gehen stört. Das ist nun weg. Und nicht nur das - Ihr Brief ist für mich wertvoller als es eine wahrscheinlich gewesen wäre, den Sie in kürzerer Frist geschrieben hätten. Jedenfalls danke ich Ihnen sehr...

An einer Begegnung wäre mir heute noch mehr als vor zwei Jahren gelegen."

In seinem mit vielen Grafiken aus Dresden geschmückten Arbeitszimmer in der Berliner Masurallée empfing er mich eines folgenden Tages, und wir verbrachten zwei Stunden im angeregten und angenehmen Gespräch. Was mir vor allem zu denken gab, war die Liebe dieses Mannes zu seiner Heimatstadt Dresden, die er schon über zwanzig Jahre nicht mehr gesehen hatte und von deren Wiederaufbau ich ihm nicht allzu viel Gutes berichten konnte.

Später ließen ihn die Realsozialisten ausnahmsweise für einen Tag nach Dresden reisen. Der damals regierende Bundeskanzler Schmidt konnte es in der Vorbereitung seines „DDR“-Besuches mit aushandeln.

In Dresden erkannte ihn außer seiner alten Haushälterin niemand mehr, außerhalb, im Bereich des Westfernsehens hingegen, wurde

der vom Bildschirm her bekannte Mann freudig begrüßt.

Eines von seinen Büchern borgte er mir aus, ein anderes schenkte er mir mit einer herzlichen Widmung. Und ausgerechnet dieses Buch nahm seinen „sozialistischen Gang“, in dem ich es verborgte und nicht zurückbekam.

Meine ihm mitgeteilte Übereinstimmung mit dem Gelesenen löste folgendes Echo aus:

"Lieber Herr F., Als ich heute morgen an meinen Redaktionsschreibtisch kam, erwartete mich eine große Freude: Ihre Zeilen zu meinem Buch. Schon die prompte Rücksendung eines meiner beiden letzten Exemplare durch Sie wäre erfreulich genug gewesen, denn Zuverlässigkeit ist heutzutage ein mir ganz besonders froh. Eigentlich müßte ja angemessene Bescheidenheit mein Hochgefühl reduzieren, aber ich gestehe uneingeschränkt Freude. Zwar ist mir Kritik wirklich immer willkommen, aber Ihr Echo der Übereinstimmung ist mir, ehrlich gesagt, noch lieber."

Ich danke Ihnen vielmals für dieses Signal der Gemeinsamkeit und nicht zuletzt auch für das Gedicht, das Sie zum Abschluß von unserer gemeinsamen alten Heimat schrieben...

In Diskussionsrunden, die ich am Fernsehschirm miterlebte, freute ich mich, wenn sich mein berühmter Freund gegen Günter Grass, Rolf Schneider oder gegen Rudi Dutschke, Cohn-Bendit und andere politische Gegner behaupten konnte: in gutem Deutsch, mit besseren Argumenten und einer vorbildlichen Würde.

Wir wechselten ein halbes Dutzend Briefe, ich sandte ihm mein erstes im Westen erschienenen Büchlein mit einer Widmung und bekam folgende Erwiderung:

"Sehr geehrter, lieber Herr F., Mit Ihrem Buch 'Die Knast- und Wunderjahre des Faustus Simplicissimus' und mit Ihrer so besonderen Widmung haben Sie mir eine große Freude gemacht - soweit man bei der Lektüre der Dokumente Ihrer Leidenszeit von einer Freude sprechen kann. Erfreulich ist jedoch für mich die Entdeckung von vielen Gemeinsamkeiten der Gesinnung, der Sensibilitäten und der notwendigen, jedoch so seltenen Reizbarkeit gegenüber dem, was Ihnen widerfahren ist, was mir - wenngleich nicht hinter Schloß und Riegel - seinerzeit durchaus vergleichbar widerfuhr und was tagaus, tagein weitergeschieht..."

Der Brief enthielt folgenden Schlußsatz:

"In dem Wunsch und der Hoffnung, Ihnen möglichst bald wieder zu begegnen, bin ich mit den allerbesten Grüßen Ihr Ihnen sehr verbundener..."

Manchmal bin ich zu schnellen Reaktionen nicht fähig. Mir stockt der Atem, wenn etwas unabänderlich ist. Meine Ohnmacht löst sich in Trauer auf. Der sächsische Mann von Adel ist tot. Sein „bürgerlicher“ Name, den er als Pseudonym annahm, ist weiterhin bekannt: Matthias Walden.

Siegmund Faust, St. Martin

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Für Rechtsfrieden im Osten

"Jugend und Völkerecht"; WELT vom 28. November

Sehr geehrte Herren, mit seinem Leitartikel zur Oder-Neiße-Frage hat Wilfried Hertz-Eichenrode ins Schwarze getroffen. Seine Aussagen werden vom Grundgesetz ebenso gedeckt wie von der politischen Vernunft: Wir dürfen unsere völkerrechtliche Position für eine Friedenskonferenz nicht vorzeitig entwerfen. Letzten Endes aber muß zwischen Deutschen und Polen Rechtsfrieden begründet werden.

Zwar haben sich viele Verantwortungsträger, nicht zuletzt die Heimatvertriebenen, seit Jahrzehnten zu diesen Grundsätzen bekannt. Den politischen Zielvorstellungen sollte man aber nicht länger aus dem Wege gehen. Denn eine Friedenskonferenz, die man sich wohl nur im nachkommunistischen Zeitalter vorstellen kann, dürfte legitimieren, was inzwischen Meinungsmacht geworden ist. Dazu möchte ich folgende Überlegungen beitragen:

● Wer die deutsche Ausgangsposition abwertet, gefährdet nicht nur die Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin, er nähert sich auch der Anerkennung des Moskauer Hegemonialanspruchs.

● Die Vertreibung, die ja nicht nur aus Deutschen getroffen hat, kann nicht durch einen neuen Gewaltakt wieder gutgemacht werden. Wenn das Faustrecht der Staaten durch eine europäische Friedensordnung überwunden werden soll, müssen wir das Recht auf Heimat auch für die Polen gelten lassen, denen Ostdeutschland zur Heimat geworden ist. Dann muß aber auch Polen einer Einschränkung seiner nationalen Souveränität zugunsten dieser europäischen Ordnung zustimmen.

● Der Lösung der Oder-Neiße-Frage müßte die viel schwierigere Lösung der deutsch-deutschen Probleme vorgehen. Wenn die Grenzen durchlässig für Menschen und ihre Lebensgüter werden - was den Interessen der beteiligten Völker ohnehin entspricht - dürfte der materielle Inhalt des deutsch-polnischen Rechtsfriedens keine unlösbaren Probleme aufwerfen.

● Ohne europäische Ordnung und ohne Rechtsfrieden würden sich die Polen niemals sicher fühlen. Aber wenn wir sie in dieser Sorge bestärken, erfüllen wir Stalins Vermächtnis.

● Unbeschadet der Pflege korrekter Beziehungen zu den kommunistischen Herrschaftseliten liegt unsere Aufgabe in der geistigen Vorarbeit für Ordnungsvorstellungen, die von unseren Verbündeten und von den freizügigen Kräften des Ostens mitgetragen werden. Ohne Umschwung im Krenz wird sich im europäischen Vorfeld nichts Entscheidendes ändern. Der Flirt mit dem Neutralismus ist ebenso wirklichkeitsfremd wie manche Erwartungen, die an die „Entspannungspolitik“ neuer Art geknüpft werden.

Mit freundlichem Gruß
W. Fleischer,
Hamburg 70

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode, in Übereinstimmung mit Ihnen kann auch ich nur sagen: „Natürlich"

ist das Lebensalter nichts, was man einem Mitmenschen vorzwerfen hätte."

In Ihrem oben genannten Artikel ist jedoch das wohl für Sie gewichtigste Argument, das Sie gegen den vom Bundesvorstand der Jungen Union dem Deutschlandtag vorgelegten Antrag zur Deutschen Frage vorbringen zu können meinen, das Lebensalter der Antragsteller.

Schon einmal wurde in diesem Staats das Alter eines Gegenübers anstelle eines Sacharguments benutzt - nur hieß es da: „Trau' keinem über 30."

Auch übersehen Sie bei Ihrer panischen Abqualifizierung dessen, was einer Ihrer Mitmenschen unter 40 meint, daß gerade dieser Teil in der Bevölkerung der Bundesrepublik die wichtigste politische Aufgabe überhaupt erfüllt, nämlich als Teil des Volkes - als Souverän - zu wählen und damit die politische Verantwortung auf die Politiker zu übertragen.

Gerade die polemisch-arrogante Art Ihres Artikels dient weder der Sache, noch wird sie der wachsenden Staats- und Parteiverdrossenheit innerhalb der Jugend gerecht. Sie sprechen der Jugend ja jegliches Mitspracherecht ab.

Mit freundlichem Gruß
A. Gausmann,
Osnabrück

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode, als Vertriebener einer Familie, die seit 1420 in Ostpreußen ansässig war und in zwei Weltkriegen drei Söhne und ihren seit 400 Jahren angestammten Besitz verloren hat, bedanke ich mich ganz besonders für Ihren so aufschlußreichen wie hinweisenden Leitartikel „Jugend und Völkerecht“.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Albrecht Graf Wilkman,
Kirchbach

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode, für Ihren Beitrag „Jugend und Völkerecht“ in der WELT möchte ich Ihnen danken. Es geschieht ja in der allgemeinen Presse - im Gegensatz zur Vertriebenenpresse - sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr

sehr, daß sowohl die Deutschlandfrage wie auch die durch die Vertreibung entstandenen Fragen richtig dargestellt werden.

Das ist auch der Grund und ist die Schuld der Medien, daß junge Menschen heute keine richtigen Vorstellungen von dem haben, was sich in Deutschland 1945 und in den folgenden Jahren wirklich zugegetragen hat, und daß sie deshalb auch zu politischen Forderungen kommen, wie sie von linksseitigen Medien und Politikern im Sinne der Zielsetzungen des Ostens propagiert werden.

Während die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus - mit Recht - wachgehalten wird, ist die Erinnerung an die Verbrechen bei und nach Kriegsende und an das Unrecht der Vertreibung von Millionen Menschen, bloß weil sie Deutsche gewesen sind, weitgehend in unserem Volke verblaßt.

So kann in der Jugend die Vorstellung entstehen: Wenn wir die 1945 durch das Vordringen der Roten Armee geschaffenen politischen Veränderungen anerkennen, sind wir die geschichtliche Last des Nationalsozialismus los und bereiten damit dem dauerhaften Frieden den Weg, denn nichts behindert dann mehr die Versöhnung mit den Nachbarn im Osten.

Daß dies Trugschlüsse sind, geht auch aus der Analyse C. G. Ströhm's „Begriff der Aussöhnung“ und der Warnung Wolfgang Leonhards „vor Kurzatmigkeit in der deutschen Frage“ hervor. Daß die Sowjetunion ihre Eroberungen und Machtausdehnung zäh festhält, ist jedoch sicher nicht das letzte Wort der Geschichte.

Dr. R. Ohlbaum,
Ottobrunn

Aus Ostpreußen

In seinem ungemein eindrucksvollen Bericht „Der Wolf kommt aus Rußland“ in der Geistigen WELT vom 24. November ist Curt Hohoff ein kleiner Irrtum unterlaufen, weil er die Allenstein Burg zweimal als Deutschordensschloß bezeichnete. Dem war nicht so.

Nachdem 1243 auf dem Gebiet des Deutschordensstaates neben Kurland, Pomesanien, Samland auch die Diözese Ermland gegründet war, wurde ihrem Bischof ein Drittel seines geistlichen Sprengels zur eigenen Nutzung und Verwaltung unter der Oberherrschaft des Deutschen Ordens übertragen - das Ermland im engeren Sinne. Der Bischof überließ aber einen Teil seines Territoriums dem ermländischen Domkapitel, darunter das Kammeramt Allenstein. So war es das ermländische Domkapitel, das die Burg in Allenstein errichtete.

Von ihr aus verwaltete 1516-1519 und 1520-1521 ein in der Weltgeschichte nicht unbekannter ermländischer Domherr namens Nikolaus Copernicus als Landpropst die domkapitularen Kammerämter Allenstein und Mehlsack. Die Bischöfe von Ermland residierten bis ins 18. Jahrhundert im Heilsberger Schloß, dem nach der Marienburg größten Profanbau im Nordosten, das gleichfalls gern, aber ebenso falsch, als Deutschordensschloß bezeichnet wird.

Dr. H. Preuschoff
Neuenrade 1

Personalien

EHRUNGEN

Dem ehemaligen französischen Finanzminister und künftigen Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, ist das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen worden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wird dem französischen Politiker die Auszeichnung am 12. Dezember in Bonn überreichen. Mit dieser zweithöchsten Ehrung, die in der Bundesrepublik vergeben wird, sollen die Verdienste Delors' um die deutsch-französische Zusammenarbeit und die europäische Einigung gewürdigt werden.

Der ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Hans-Jürgen Rohr, wurde zum „Grand officier de l'ordre de Léopold II“ ernannt. Der belgische Botschafter van Ussel, der die Ernennung vor prominenten Gästen im Namen des Königs der Belgier bekanntgab, beglückwünschte Rohr als einen „Mann, der durch seinen Pragmatismus und großen Sachverstand ein enormer Geschicklichkeit eine Aufgabe erfüllt hat zum Vorteile der Landwirtschaft im allgemeinen und der europäischen und deutschen insbesondere“.

Der Minister für Kultur, Bildung und Sport verlieh auf Vorschlag des von ihm einberufenen Preisgerichtes den Kunstpreis des Saarlandes 1984 an den Bildhauer Leo Kornbrust. Der Preis würdigt das künstlerische Schaffen des in St. Wendel geborenen und aufgewachsenen Bildhauers: Leo Kornbrust hat im Laufe der Zeit ein großes wegweisendes künstlerisches Werk geschaffen. Dotiert ist der Kunstpreis des Saarlandes mit 15 000 Mark.

WAHLEN

Staatssekretär Hans Tietmeyer vom Bundesfinanzministerium ist für die nächsten zwei Jahre zum Präsidenten des EG-Währungsausschusses gewählt worden. Tietmeyer wird dieses Amt am 1. Januar 1985 von dem Franzosen Michel Camdessus übernehmen. Der EG-Währungsausschuß setzt sich aus Vertretern der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Notenbanken zusammen. Seine Hauptaufgabe besteht in der Beratung des EG-Ministerrates und der EG-Kommission.

Der 54 Jahre alte Ordinarius für Klassische Archäologie an der Universität Marburg, Professor Dr. Bernhard Andreae, ist zum Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts in Rom ernannt worden. Der Wissenschaftler, der u. a. auch an den Universitäten Bonn und Bochum lehrte und Direktor der Abteilung Rom im Deutschen Archäologischen Institut in Berlin ist, wurde vor allem durch seine Veröffentlichungen über das Alexandermosaik, seine Studien zur römischen Grabkunst, weit über sein Fachgebiet hinaus bekannt. 1980 erschien sein Buch „Odysseus, Archäologie des europäischen Menschenbildes“.

Tippen und schicken: Teletex.

Von unten nach oben in 10 Sekunden

Was nutzen wichtige Informationen, wenn sie zu spät auf dem Schreibtisch liegen. Teletex verkürzt die Entfernung für Briefe auf Sekunden. Intern oder extern. Egal, ob zwischen Etagen liegen oder Welten.

Mit Teletex können Sie Ihre Korrespondenz timen. Sie bestimmen, wann und wo Ihr Text ankommt. Denn Teletex sendet Ihr Schriftstück elektronisch von Schreibmaschine zu Schreibmaschine. Jede Maschine

ist gleichzeitig Sender und Empfänger. Dennoch stört es nicht, wenn eine Nachricht einläuft, während an der Schreibmaschine gearbeitet wird. Das Schreiben geht in den Speicher und kann sofort abgerufen

werden. Eine komplette DIN-A4-Seite mit Teletex zu übermitteln kostet weniger als der Briefversand. Mit Teletex kommunizieren Sie aber nicht nur mit dem internationalen Netz von Teletex-Anschlüssen.

Sie können auch alle nationalen und in zunehmendem Maße auch internationale Telex-Teilnehmer erreichen. Über die individuellen Nutzungsmöglichkeiten für Sie berät Sie

der Technische Vertriebsberater Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Post

Auch die PLO unterstützt die britischen Bergleute

Solidaritätsäußerungen lösen zwiespältiges Echo aus

SIEGFRIED HELM, London
Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO und von „Sinn Fein“, dem politischen Flügel der irischen Terror-Untergrundorganisation IRA, haben den streikenden britischen Bergarbeitern ihre Unterstützung zugesichert. Auf einer von ultralinken Organisationen im Großlondoner Rathaus County Hall am Sonntagabend veranstalteten Kundgebung überreichte ein PLO-Vertreter einen für den Härtefonds der seit Anfang März streikenden Kumpel bestimmten Scheck. Die Solidaritätsbekundungen von „Sinn Fein“ und der PLO für die britischen Bergarbeiter wurden bei diesem Forum mit stehenden Ovationen gefeiert.

Um diese Veranstaltung hatte es vorher schon eine heftige Kontroverse gegeben. Der Vorsitzende der Großlondoner Stadtverwaltung, Ilyd Harrington, wollte den großen Saal des Rathauses gegenüber dem Parlamentsgebäude für diese umstrittene Veranstaltung nicht freigeben. Doch Ken Livingstone, erklärter Marxist und Chef der regierenden Labour-Fraktion im Stadtrat, setzte sich für die Kundgebung ein – obwohl viele Mitglieder seiner Fraktion starke Vorbehalte angemeldet hatten.

Die Hauptorganisatoren dieser Veranstaltung in der Rathausverwaltung kommen aus den Arbeitervierteln des Londoner East End. Darunter ist eine Organisation, die sich „Solidarität der Schwarzen mit den Bergarbeitern“ nennt. Auch linke Organi-

sationen Farbiges aus Asien waren beteiligt.
Als Gäste hatten sich Ken Livingstone und Ann Scargill, die Frau des Bergarbeiter-Gewerkschaftspräsidenten Arthur Scargill, angesagt. Doch beide überlegten es sich im letzten Augenblick anders und „kniffen“, weil ihnen die Teilnahme an der Veranstaltung offenbar als zu brisant erschien.

Gerry McLoughlin von „Sinn Fein“ erklärte: „Ich möchte im Namen von Sinn Fein unsere uneingeschränkte Unterstützung der Bergarbeiter zusichern. Wir stehen auf Seiten der Bergarbeiter.“ Ihren Arbeitskampf nannte er „legitimen Kampf“.

Der Labour-Abgeordnete Roy Mason, einst Verteidigungsminister und auf Betreiben der Bergarbeiter Abgeordneter, entzündete sich: „Ich bin über das jüngste Huzarenstück Livingstones entsetzt, womit er angeblich meiner Gewerkschaft helfen will.“ Er fügte hinzu: „Der Vorstand meiner Gewerkschaft hat diese Bande mit internationalen Terrororganisationen, mit ihrer Mörder-Vergangenheit nicht entschuldigt.“

Michael Abdul Massim, der sich als Sprecher der palästinensischen Arbeitervereinigung ausgab, sicherte den Kumpeln die Unterstützung seiner Organisation zu.

Der konservative Abgeordnete Anthony Beaumont-Dark erklärte: „Mr. Livingstone sollte sich schämen, wie er seine Partei und die Bevölkerung Londons mißbraucht hat.“ (SAD)

„Europas Interessen“

Fortsetzung von Seite 1

mächten. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die von Präsident Reagan forcierte „strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI), volkstümlich und unzutreffend als „Krieg der Sterne“ bezeichnet.

Ronald Reagan mißt diesem Verteidigungssystem solche langfristige Bedeutung zu, daß ausgeschlossen werden kann, er habe es nur deshalb forciert, um die Sowjets an den Verhandlungstisch zurückzuziehen.

Auf amerikanischer Seite besteht im Augenblick noch keine Klarheit über die zu erwartende Verhandlungstaktik der Sowjets in Genf. Es liegen jedoch deutliche Hinweise dafür vor, daß sie die Frage der „Militarisierung des Weltraums“ an die erste Stelle setzen werden.

Übereinstimmung besteht auf amerikanischer Seite darüber, daß von den kommenden Gesprächen mit den Sowjets nicht zu viel und nichts zu schnell erwartet werden darf. „Wir sind entschlossen, diese Gespräche sehr offen, geduldig und flexibel zu

führen“, heißt es im amerikanischen Verhandlungsteam.

Diese Bereitschaft zur Flexibilität ist wohl auch der Hauptgrund, warum Präsident Reagan im Rivalitätskampf zwischen seinem Außen- und Verteidigungsministerium die Verhandlungsführung zunächst deutlich im State Department verankert hat. Unbeschränkte Vollmachten haben jedoch weder Außenminister Shultz noch sein Spezialberater Paul Nitze. Das letzte Wort wird bei einem Sicherheitsgremium in Washington liegen, in dem der Präsident und sein Sicherheitsberater McFarlane das Sagen haben werden.

Ronald Reagan möchte in Genf im Januar einen längerfristigen Dialog mit den Sowjets in Gang bringen. Er nimmt deshalb diesen Dialog ernst, als alle anderen Initiativen, die es während seiner Amtszeit mit den Sowjets gab. Aus osteuropäischen diplomatischen Kreisen in Washington gibt es Hinweise, die vermuten lassen, daß das Gleiche auf sowjetischer Seite der Fall ist.

Polens Bischöfe unterstützen Schülerstreik um die Kruzifixe

Wird das Gymnasium von Wloszczowa zwangsweise geräumt? / Vorwürfe gegen Behörden

DW, Warschau
Im sogenannten zweiten Kreuzkrieg in Polen haben sich am vergangenen Wochenende beide Seiten unachgiebig gezeigt. In allen Kirchen des Landes wurde gestern ein Hirtenbrief verlesen, in dem die Bischöfe „unverantwortlichen Elementen“ die Schuld daran geben, daß durch die Entfernung von Kruzifixen aus Schulen und von Arbeitsplätzen neue Spannungen hervorgerufen werden, obwohl sich die Bevölkerung noch nicht über das „unerhörte Verbrechen“ des Mordes an Pater Popieluszko beruhigt habe.

DW, Wloszczowa
Aus den Fenstern des Technischen Gymnasiums in der südpolnischen Kleinstadt Wloszczowa schauen junge Leute, denen man die Müdigkeit ansieht. Auf einem Spruchband steht: „Wir waren mit Gott in den Tagen des Sieges. Wir bleiben ihm auch in den Tagen der Niederlage treu.“ Ein an der Einwohnerzahl (10 000) gemessenes gigantisches Polizeiaufgebot versucht, eventuelle „Störer der Ordnung“ abzuschrecken. Westliche Journalisten, die den

Kampf der 300 Schüler um den Wiedereinzug von Kruzifixen in die Klassenzimmer beobachten wollen, werden am Ortseingang abgefangen und nach längeren Verhören aus der Stadt geleitet. „Ihre Gegenwart würde die erhitzten Gemüter noch mehr erregen“, sagt ein Hauptmann.

Die streikenden Schüler werden von zwei Priestern unterstützt, die Eltern der jungen Leute stehen hinter der Aktion, sie versorgen ihre Kinder mit Lebensmitteln und Durchhaltemedikation.

Die „unglücklichen Ereignisse“ in Wloszczowa begannen, wie das Lokalblatt „Słowo Ludu“ meldet, am 1. Dezember. Damals habe eine Gruppe von Schülern in den 17 Klassenzimmern Kruzifixe angebracht. Die Schulleitung habe die Kreuze entfernen lassen. Daraufhin sei der Unterricht bestreikt worden. Der zuständige Bischof versichert aber: „Die Kreuze hängen bereits vor dem 1. Dezember an den Wänden.“ Folglich trügen die Behörden die Schuld an der Konfliktsituation.

So könnte das Klima derzeit in Wloszczowa kaum schlechter sein.

Rückendeckung für Postminister

dpa, Frankfurt

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) hat sich nach Ansicht von Bundesdisziplinaranwalt Hans Rudolf Claussen mit den Disziplinarverfahren gegen kommunistische Postbeamten nach „zwingendem Recht“ verhalten.

Um „unberechtigten Angriffen“ entgegenzutreten, wies Claussen in einem in Frankfurt veröffentlichten Schreiben ausdrücklich darauf hin, daß nicht der „immer wieder zitierte Radikalenerlaß“ Grundlage der Verfahren sei. Unter anderem in Marbach, Frankfurt und Pinneberg wird Postbeamten wegen ihrer DKP-Zugehörigkeit eine „Verletzung der politischen Treuepflicht“ vorgeworfen.

Nach Darstellung Claussens haben die Beamten durch „Mitgliedschaft und darüber hinausgehende Aktivitäten in einer verfassungsfeindlichen Organisation“ ihre aus Verfassung und Bundesbeamtengesetz abgeleitete Pflicht verletzt, sich durch ihr „gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten“.

Das Verhalten des Ministers sei daher gesetzeskonform. Ein Beurteilungs- oder Ermessensspielraum für eine andere Entscheidung stehe ihm nicht offen.

Cronenberg als Wurbs-Nachfolger?

DW, Bonn

Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dieter Julius Cronenberg, hat die besten Aussichten, morgen von seiner Fraktion als neuer Bundestags-Vizepräsident benannt zu werden. Er soll Richard Wurbs nachfolgen, der sich entschloß, nach 20 Jahren Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag seine Arbeit in Bonn aus „privaten Gründen“ aufzugeben.

Im Vorfeld der Nominierung des Wurbs-Nachfolgers durch die Freien Demokraten waren neben dem mittelständischen Unternehmer aus dem Sauerland auch Uwe Ronneburger, Torsten Wolfram und Hildegard Hamm-Brücher als aussichtsreiche Kandidaten genannt worden.

Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Günter Hoppe war im Gespräch. Der Berliner Abgeordnete gilt jedoch in der aktuellen politischen Arbeit der FDP-Fraktionspitze und als deutschlandpolitischer Experte als unabhkömmlich. Andererseits hätte nach Richard von Weizsäcker, der dieses Amt von 1979 bis 1981 innehatte, wieder ein Berliner Politiker mit dieser wichtigen Repräsentationsaufgabe betraut werden können.

Der 54-jährige Cronenberg gehört der FDP seit 1961 an und ist in Arnberg zu Hause.

Ausweisung per Gesetz?

epd, Selb

In Fällen von schwerer Kriminalität und bei politischem Extremismus soll nach einem Ratschlag von Bundesminister Warnke die Ausweisung von Ausländern durch Gesetz grundsätzlich angeordnet und nicht mehr wie bisher im Ermessen der Behörden gestellt werden. Bei einer Veranstaltung des Evangelischen Bildungswerkes in Selb sagte der CSU-Politiker ferner, eine Integration der Ausländer könne nicht staatlich verordnet werden. Es gebe auch Gruppen, die keineswegs integriert werden wollten. Sie sollten laut Warnke respektiert und nicht vergewaltigt werden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler (Hof) betonte, das Ausländerrecht müsse berechenbarer werden. Der gegenwärtige Schwebestand sei für die Betroffenen untragbar.

Nach Auffassung von Jürgen Micksch (Tutzing), Experte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Ausländerfragen, ist das Ausländerproblem „auch ein Deutschlandproblem“. Die Kirchen hätten frühzeitig davor gewarnt, Ausländer nur aus ökonomischen Gründen anzuwerben. Heute würden der Anwerbung aus ökonomischen – nicht aus humanitären – Gründen Schranken gesetzt, sagte Micksch.

Schäuble kündigt dritte Konferenz für Berlin an

Lebensfähigkeit der Stadt soll weiter gestärkt werden

hrk, Berlin

„Berlin hat wieder Ausstrahlungskraft. Mit ihrem natürlichen Elan und ihrer Vitalität hat die Stadt den Menschen wieder etwas zu geben.“ Mit diesem Lob bedachte jetzt Bundesminister Wolfgang Schäuble, neuer Chef im Kanzleramt, die alte Reichshauptstadt. In einem Artikel sicherte er den Berlinern weiterhin „volle Unterstützung“ aus Bonn zu. Für Ende 1985 kündigte Schäuble eine weitere, dritte Berlin-Konferenz des Kanzlers an.

In seinem Beitrag für die Zeitschrift „trend“ erklärte Schäuble in seiner ersten umfassenden Äußerung zur Berlin-Politik der Bundesregierung: „Für die Bundesregierung bleibt es wichtig, daß die Lage in und um Berlin stabil ist. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, daß das Viermächte-Abkommen von 1971 über Berlin strikt eingehalten und voll angewendet wird.“ Dies sei von „grundlegender Bedeutung“ für die West-Ost-Beziehungen. Schäuble wies dabei ausdrücklich auf die klaren Bindungen des NATO-Gipfels Ende Mai in Washington hin.

Die USA, Großbritannien und Frankreich wirkten in Berlin „aus eigenem Recht“, stellte Schäuble fest. Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den drei Mächten bleibe von „existentieller Bedeutung“ für Berlin. Der Minister bekräftigte die Verantwortung Bonn für Berlin: „Die Bundesregierung sieht eine übertragende Aufgabe darin, die Lebensfähigkeit der Stadt zu stärken

und ihre Anziehungskraft zu fördern: geistig, kulturell und vor allem auch wirtschaftlich.“

In seiner Betrachtung kommt Schäuble zu einem außerordentlich positiven Urteil über das Viermächte-Abkommen und seine Folgen: „Es bestätigt, daß die Interessen Berlins im Ausland durch den Bund vertreten werden und daß die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund aufrechterhalten und so entwickeln sind. Das Abkommen hat gezeigt, daß praktische Lösungen trotz entgegenstehender rechtlicher und politischer Auffassungen möglich sind. Durch das Abkommen und durch die Vertragspolitik mit der DDR gelang es, die Situation von Berlin zu erleichtern und zu verbessern. Es wurden vielfältige Fortschritte erzielt, die den Menschen dort unmittelbar zugute kommen.“

Schäuble ging in seinem Aufsatz auch auf die weiterhin ausstehenden Erleichterungen für die West-Berliner bei Fahrten nach Ost-Berlin und in die „DDR“ ein, die im Zusammenhang mit dem zweiten Milliardenkredit an Ost-Berlin im Sommer dieses Jahres noch nicht durchgesetzt werden konnten: „Bundesregierung und Senat bleiben weiter bemüht, auch in diesem Punkt, der nicht im Rahmen des Grundlagenvertrags, sondern unter dem Dach des Viermächte-Abkommens geregelt werden muß, entsprechende Fortschritte zu erreichen.“

Rotsch klagt gegen MBB

Abschluß der Ermittlungen erst im Frühjahr 1985?

WERNER KAHL, Bonn/München

Der unter Spionageverdacht verhaftete ehemalige stellvertretende Hauptabteilungsleiter bei Messerschmitt-Bölkow-Blom, Manfred Rotsch, klagt jetzt gegen seine fristlose Entlassung. Vor dem Münchener Arbeitsgericht vertritt er darauf, daß der MBB-Betriebsrat der fristlosen Kündigung nicht zugestimmt habe. Der Arbeitsrichter hielt die „Verdachtskündigung“ nach der Verhaftung Mitte September nicht für ausreichend, so daß das Verfahren auf den 20. Dezember vertagt wurde.

Mit dem Abschluß der Ermittlungen über das tatsächliche Ausmaß des Verrats ziviler und militärischer MBB-Projekte durch Rotsch wird nicht vor dem späten Frühjahr 1985 gerechnet. Der 60-jährige mutmaßliche KGB-Spion hatte vorgehabt, am 1. Oktober dieses Jahres vorzeitig in Pension zu gehen. Eine großzügige Regelung sah die Weiterzahlung des Gehaltes für drei Jahre sowie eine

Abfindung vor. Zwei Wochen vor seinem Ausscheiden war er jedoch verhaftet worden.

In den Vernehmungen hat Rotsch Fragen nach ihm zugänglichen Betriebsgeheimnissen aus dem Industrie- und Wirtschaftsbereich beantwortet; den Verrat militärischer Projekte, zu denen das Kampfflugzeug „Tornado“ zählt, wies er dem Vernehmen nach jedoch zurück. Auf Drängen von Kontaktpersonen des östlichen Geheimdienstes hat er angeblich nur Materialien weitergegeben, die im Konzern die niedrigste Geheimhaltungsstufe („Nur für Dienstgebrauch“) hatten. Über Technologiedetails oder aus Sitzungen habe er dem Geheimdienst nichts berichtet, weil er Rückfragen befürchtet habe, versicherte Rotsch.

Im Verteidigungsausschuß hieß es, gewichtiger als der „Tornado“ seien in diesem Spionagefall die Zukunftstechnologien, für die sich die östlichen Geheimdienste interessierten.

„DONNERWETTER!“

WERTE NUR 0,1/1 GESCHMACK* FULL FLAVOUR



KING SIZE

MURATTI NO1

0,1/1

THE NIKOTIN- und KONDENSAT

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,1 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

S.O.S. Äthiopien



Über 3 Millionen Menschen sind in Äthiopien von den Folgen einer Dürre betroffen.

Hunger bedroht ihr Leben. Darum ist **schnelle Hilfe** dringend erforderlich.

Bitte helfen Sie uns helfen.

111 Postcheckkonto Köln Sparkasse Bonn Commerzbank Bonn Volksbank Bonn

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1

Helfen Sie uns **HELFEN** ...werden Sie **Schwesternhelferin** im Malteser-Hilfsdienst. Kostenlose Ausbildung durch alle Dienststellen im Bundesgebiet. Informations-Material: Malteser-Hilfsdienst e.V. Hauptstr. 24 - 5000 Köln 50

هكذا من الأجريل

Montag, 10. Dezember 1984
Nr. 289

Vorsicht geboten

Wieder einmal wird versucht, das Europäische Währungssystem (EWS) zum Motor der wirtschaftlichen Integration Europas hochzuheben, und das, obwohl die Erfahrungen längst gezeigt haben, daß dies dem Versuch gleich ist, ein Pferd am Schwanz aufzuführen. Denn das EWS kann nur dann ideal funktionieren, wenn es mit der wirtschaftlichen Integration klappert.

Trotzdem haben die Notenbanken, die als Vertragspartner des Systems allein zuständig sind für das EWS, jüngst einiges zur Verbesserung seiner Funktionsfähigkeit beschlossen. Ist es nun Wichtigtuerei, wenn der Europäische Rat auf Empfehlung der Kommission heute die Notenbank drängt, diese Verbesserungsvorschläge in die Tat umzusetzen? Oder versucht der Rat sich hier Kompetenzen anzumaßen, wie einige Notenbanken argwöhnen? Denn was der Rat auskocht, wird letztlich zu einer Anweisung an die Zentralbanken. Das ist, zumindest nach deutschem Recht, unmöglich. Die Bundesbank untersteht nicht der Befehlsgewalt der Regierung.

Wenn sich die Notenbanken, vor allem die autonome Bundesbank, trotz solcher Überanstrengung mit dem Rat gegen das Föderale wehren, droht die Gefahr, daß sie

eines Tages in substantiellen Fragen überfahren werden. Da die Europapolitik unter dem Stichwort Ausbau des EWS einiges im Schilde führen, ist Vorsicht geboten.

Geheimnis

Für viele Unternehmen beginnt demnächst der Weg in die Publizitätspflicht. Einige haben bereits freiwillig mit der Offenlegung von Erfolgsrechnungen begonnen, manche bemerkenswert gekonnt. Ein Negativbeispiel bietet der soeben erstmals, wenn auch reichlich spät, erschienene „Geschäftsbericht 1983“ der Rhein-Ruhr Flughafen Düsseldorf GmbH. Eigentümer des zweitgrößten deutschen Flughafens sind das Land Nordrhein-Westfalen und dessen Hauptstadt Düsseldorf. Was ist stolz „Geschäftsbericht“ nennt, ist ein Schatz seiner selbst – ohne Bilanz, ohne Gewinn- und Verlustrechnung. Eines ist zwar an Zahlen zusammengefasst, das, was völlig fehlt, ist ein Hinweis auf die Ertragslage, auf den Jahresüberschuss, ein Wort zur Finanzierung der Investitionsvorhaben. Den wolle man nicht nennen, heißt es, das sei Geschäftsgeheimnis. Ein solches Haus, ein solches Haus, wie gern man es nennen möchte, ist das Geschäftsgeheimnis der Bundesbank. Die Bundesbank untersteht nicht der Befehlsgewalt der Regierung.

Wenn sich die Notenbanken, vor allem die autonome Bundesbank, trotz solcher Überanstrengung mit dem Rat gegen das Föderale wehren, droht die Gefahr, daß sie

EINZELHANDEL / In diesem Jahr mehr Lehrlinge eingestellt als je zuvor

Neuordnung bei Stufenausbildung der Berufsanfänger ist notwendig

Der deutsche Einzelhandel hat 1984 so viele Auszubildende eingestellt wie nie zuvor. Die Branche stellt mit 2,3 Mill. Beschäftigten nicht nur jeden zehnten Arbeitsplatz, mit derzeit 270 000 Jugendlichen oder zwölf Prozent der gesamten Beschäftigtenzahl ist der Einzelhandel der ausbildungsintensivste Wirtschaftszweig. Die bereits 1983 hohe Zahl von 100 000 eingestellten Auszubildenden wurde im laufenden Jahr nochmals um reichlich 15 Prozent (etwa 20 000) auf 120 000 Neueinstellungen erhöht.

Der Vorsitzende des Bildungspolitischen Beirats der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Klaus Hartmann, betonte, daß diese Steigerung in den letzten Jahren trotz Umsatz- und Ertragsrückgang in weiten Bereichen des Einzelhandels zustande gekommen ist. Derzeit bestehen im Handel 270 000 (240 000) Auszubildende, etwa 3500 Ausbildungsstellen sind unbesetzt. Als besonders ermutigend bezeichnet Hartmann, daß 42 Prozent der Unternehmen mehr Lehrlinge als 1983 eingestellt hätten und ein Drittel ebensoviel im Vorjahr. Bei etwa 9000 Mark Netto-Ausbildungskosten (also ohne selbstgebrachte Leistungen) pro Kopf und Jahr steigen die gesamten Ausbildungskosten im Handel 1984 um 270 Mill. Mark. Von den 350 000 Einzelhandelsunternehmen sind weit über die Hälfte nicht in der Lage, auszubilden, sei es aufgrund fehlender, jedoch geforderter Sortimentsbreite, sei es wegen fehlenden Personals. Der Lebensmitteldiscountbereich bilde so gut wie gar nicht aus. In Großstädten „laufen wir hinter den Lehrlingen her“, stellte Heinrich Jakubik (Rewe/Leibbrand)

zusätzlichem Ausbildungsjahr zum Einzelhandelskaufmann und der dreijährigen Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann sollen durch einen drei- und einen zweijährigen Ausbildungsgang abgelöst werden.

Klaus Hartmann betonte, daß Ausgangspunkt dieser Überlegungen der Wandel der Handelsstrukturen gewesen ist, der auch zu Veränderungen im Verkauf geführt hätte. Mit der dreijährigen Ausbildung ohne die bisherige Kopffastigkeit der Verwaltungsausbildung im dritten Jahr soll der produktbezogene Verkaufskunde größeres Gewicht zukommen.

Die zweijährige Variante müsse möglich bleiben, da die Bedürfnisse des Einzelhandels und der Jugendlichen durch eine ausschließlich dreijährige Ausbildung nicht abgedeckt würden. Diese Vorschläge seien ein Kompromiß, der allen Betriebsformen, Betriebsformen und Branchen und den Jugendlichen gerecht werde.

Für die Änderung ist freilich die Einigung der Sozialpartner erforderlich. In wesentlichen Fragen der dreijährigen Ausbildung besteht Übereinstimmung mit den Gewerkschaften, die jedoch das zweijährige Berufsbild als „Schmalspur“-Ausbildung ablehnen. Inhalte und Qualifikationen könnten, so Hartmann, jedoch in zwei Jahren vermittelt werden. Wäre künftig nur noch eine dreijährige Berufsausbildung möglich, würden dem Einzelhandel etwa 30 000 bis 35 000 Ausbildungsplätze verlorengehen.

US-AKTIENMÄRKTE

Steuerliche Reformpläne verunsichern Wall Street

H.A. SIEBERT, Washington
An den US-Aktienmärkten ist der traditionelle Spurt zum Jahresende bisher ausgeblieben. Das überrascht nicht, denn die Konfusion ist groß, seitdem das Schatzamt seine steuerlichen Reformpläne vorgelegt hat. Unruhe stiften auch Präsident Reagans Ausgabenpläne, durch die im Finanzjahr 1986 rund 42 Mrd. Dollar eingespart werden sollen. Große Opfer werden auch hier der Wirtschaft abverlangt.

Aber noch ein dritter Faktor verunsichert die Wall Street: Es wird immer schwieriger, den künftigen Konjunkturverlauf in den USA abzuschätzen. Alle Indikatoren signalisieren praktisch eine weitere Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstemplos; eine Ausnahme macht nur der Arbeitsmarkt. So ist im November in Amerika entgegen allen Prognosen die Arbeitslosenquote von 7,4 auf 7,2 Prozent und die Zahl der Bürger ohne Job von 8,4 auf 8,2 Mill. gesunken. Das hat sich sofort auf die geldpolitischen Erwartungen ausgewirkt.

Die Schaffung von rund 300 000 Arbeitsplätzen läßt sich jedoch damit erklären, daß der Einzelhandel wegen des Weihnachtsgeschäfts Personal anheben mußte. Andererseits hat die verarbeitende Industrie seit Juli nur 10 000 Mitarbeiter eingestellt; die Beschäftigung liegt immer noch um mehr als 600 000 unter dem Stand, der vor der letzten Rezession im Juli 1981 erreicht worden ist. Trotz dieser Überlegungen gaben die Notierungen

für Bonds am Freitag scharf nach. Im Jahr 2014 fällige Treasury Bonds stiegen auf 11,68 (Vorwoche: 11,57) Prozent. An der Wall Street glaubt man nicht, daß die US-Notenbank bei einer Verstärkung des Aufschwungs den gelockerten, zinsgünstigen Geldkurs aufrechterhalten wird.

Vor diesem Hintergrund ist der Rückzug an den US-Aktienmärkten verständlich. Im Wochenverlauf fiel der Dow-Jones-Index, der bereits in der Vorwoche 31,36 Punkte einbüßte, um 25,73 auf 1163,21, der breitere Nyse-Index um 0,78 auf 93,52 Punkte. Das entspricht dem August-Niveau. Am Freitag betrug das jeweilige Minus 7,28 und 0,22 Punkte.

Die Liste der Verlierer führte Union Carbide an, deren Aktien seit dem Unglück im indischen Zweigwerk um 11,75 auf 37 Dollar gesunken sind. Schwach blieb auch IBM, während Phillips Petroleum, um deren Aufkauf sich die Mesa Petroleum bemüht, um 0,75 auf 53,50 Dollar stieg.

In einer Pressekonferenz hat Präsident Reagan am Freitag die Steuerreformpläne der Treasury unterstützt, durch die die Amerikaner Unternehmen des größten Teil der Investitionsanreize von 1981 (verbesserte Abschreibungen und Steuergutschriften) wieder verlieren würden. Ihre Abgabenlast soll sich um bis zu 37 Prozent erhöhen. Für Reagan ist es jedoch nur „ein Arbeitspapier, das geändert werden kann“. Noch glaubt es die Börse nicht.

Begrenzte Bedeutung

Von CLAUD DERTINGER

An diesem Donnerstag wird der Zentralbankrat der Bundesbank das Geldmengenziel für 1985 festsetzen und damit, ganz grob gesagt, den Rahmen für die Geldversorgung der deutschen Wirtschaft abstecken. Das ist zugleich das zehnjährige Jubiläum der Politik einer Verknüpfung von Geldmengenzielen, die ein Hilfsmittel zur Geldwertstabilisierung sind. Das Geldmengenziel läßt die Richtung des politischen Kurses erkennen, den die Bundesbank steuern wird, damit ein möglichst inflationstolerantes Wirtschaftswachstum möglich ist. Es macht klar, in welchem monetären Rahmen sich die öffentliche Hand, die Unternehmen und die Lohnpolitik bewegen können. Es spricht ihnen zugleich die Verantwortung für Wachstum, Beschäftigung und Preise zu.

Insofern ist das Geldmengenziel kein unwichtiges Faktum für die gesamte Volkswirtschaft, auch wenn es die Öffentlichkeit heute wegen der bisher erzielten Preisstabilisierungserfolge weniger bewegt als in früheren Jahren, in denen sich das Inflationskarussell rasch drehte. Weil derzeit kein Anlaß für einen Kurswechsel der Geldpolitik zu sehen ist, spricht viel dafür, daß sich die Bundesbank für 1985 einen ähnlichen Rahmen für ihre Politik setzen wird wie in diesem Jahr, als eine Ausweitung der Zentralbankengrenze in einem „Korridor“ von vier bis sechs Prozent vom letzten Quartal 1983 bis zum letzten Quartal 1984 für angemessen hielt, ein Ziel, das noch nie so genau getroffen wurde wie in diesem Jahr, in dem die Geldmengenausweitung genau in der Mitte lag.

Diese Treffgenauigkeit ist freilich wohl mehr dem Zufall als geldpolitischer Strategie zu verdanken, denn die Bundesbank kann ja die Geldmenge gar nicht direkt steuern. Zudem wird die Geldmenge in ihrer Bedeutung nicht selten überschätzt, besonders von den reinen Monetaristen. Wichtiger als Geldmengenziel ist schließlich die Überzeugung der Öffentlichkeit, daß die Bundesbank Fehlentwicklungen mit dem Mantel einer inflationistischen Politik zu deckt. Die Bundesbank muß daher ihr Geldmengenziel so festsetzen, daß es diese Zielvorgabe nicht gefährdet. Es darf nicht zu großartig sein, weil es dann als Aufgabe der Stabilitätspolitik in-

terpretiert würde; aber es darf auch nicht so eng sein, daß es von vornherein unerreicht erscheint. Denn ein Überschreiten wird nur allzu leicht als Alarmsignal aufgefaßt.

Zu warnen ist vor Vorschlägen, wie sie der Sachverständigenrat kürzlich gemacht hat. Sie laufen darauf hinaus, daß die Bundesbank für mehrere Jahre ein nach den heutigen Vorstellungen großzügiges Geldmengenziel verordnet. Wirtschaft und Staat sollten den zusätzlichen monetären Spielraum möglichst stark für eine Steigerung der Produktion und möglichst wenig für Preissteigerungen benutzen.

Darin sieht der Rat zwar selbst ein Risiko, aber er hält es für tragbar, weil die Inflationsgewinnung überwinden ist. Wenn bei zunehmender Vollauslastung der Produktionskapazitäten auch die Neigung zu Preissteigerungen wachse, sei dagegen nichts einzuwenden, meint der Rat, soweit damit erhöhte Investitionen einhergehen, welche die Kapazitäten erweitern, so daß sich die Preissteigerungen auf Grund des anschließenden Angebotsdrucks wieder zurückbilden.

Dieses Konzept widerspricht eindeutig den bisherigen Erfahrungen und auch der vom Sachverständigenrat selbst in einem Gutachten geäußerten Warnung, sich von etwas mehr Inflation mehr Wachstum und Beschäftigung zu versprechen. Aus der Empfehlung spricht ein Vertrauen in mechanistische Wirkungen der Geldmengenpolitik, die einer realistischen Betrachtung einfach nicht standhalten. „Das ist ein Spiel mit dem Feuer“, warnen die Sparschützer zu Recht, und irgendwie spürt das wohl auch der Sachverständigenrat selbst, wie das Gutachten erkennen läßt.

Von den Bundesbankern kann man erwarten, daß sie Realisten genug sind, um sich auf so ein Spiel nicht einzulassen. Sie sind, wie die Erfahrung gezeigt hat, pragmatische „Monetaristen“, die im übrigen das Geldmengenziel nicht als verabsolutiertes Endziel betrachten, sondern als Zwischenziel. Das Endziel ist die Stabilisierung des Geldwerts. Dabei wäre die Geldpolitik allerdings überfordert ohne Flankenschutz von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften.

AUF EIN WORT



Die Natur richtet sich natürlich nach den Naturgesetzen und nicht nach unseren Gefühlen und Ängsten. Wir dürfen deshalb die Probleme zwar mit Gefühl aufspüren, müssen sie aber mit Verstand lösen. Dagegen wird bei vielen Bemühungen um die Lösung der Energie- und Umweltprobleme verstoßen.

Prof. Dr. Peter F. Heidinger, Vorstandsvorsitzender der Energie-Versorgung Schwaben AG, Stuttgart.

Weniger Schwung am Samstag

DW. Köln

Der zweite verkaufsoffene Samstag vor Weihnachten war im Vergleich zum ersten lang Samstag weniger schwungvoll. Nach einer bundesweiten Blütsenfrage der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, war bei vielen Verbrauchern eine zurückhaltende Kaufbereitschaft festzustellen. Eine Ausnahme bildete der gesamte Bereich der geschenkorientierten Artikel wie Spielwaren, Elektrokleingeräte, Bücher, Modeschmuck, Kleintextilien, Handtaschen und Schallplatten. Die ausgesprochene Winterbekleidung lief äußerst schleppend.

EG-RESSORTVERTEILUNG

Delors setzt sich gegen eine „Erbhof“-Mentalität durch

WILHELM HADLER, Brüssel
Einen „fliegenden Start“ plant der designierte EG-Präsident Jacques Delors für die neue Brüsseler Kommission. Schon einen Monat vor seinem Amtsantritt konnte sich der frühere französische Wirtschafts- und Finanzminister mit seinem Konzept durchsetzen, wonach kein Mitgliedsland Anspruch darauf hat, ein bestimmtes Ressort als „Erbhof“ zu verwalten.

Der wiedergewählte deutsche CDU-Politiker Karl-Heinz Narjes erhält das Ressort Industrie- und Technologie. Er tritt damit an die Stelle des Belgiers Étienne Davignon, der in den Vorstand der Holdinggesellschaft Société Générale einzieht. Der Gewerkschafter Alois Pfeiffer übernimmt das „Portefeuille“ Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Es gehörte bisher zum Arbeitsbereich des französischen EG-Vizepräsidenten François-Xavier Ortoli.

Von den 13 Mitgliedern bleiben neben Narjes nur der Holländer Frans Andriessen (Wettbewerb) und der Italiener Lorenzo Natali (EG-Erweiterung). Andriessen soll das Ressort Landwirtschaft bekommen. Natali übernimmt künftig die Entwicklungshilfe. Die Außenbeziehungen werden unter zwei Kommissaren, dem früheren belgischen Finanzminister Willy de Clercq und dem bisherigen französischen Außenminister Claude Cheysson aufgeteilt.

Die beiden Briten, der konservative Lord Cockfield und der Labour-Politiker Stanley Clinton Davis, erhalten die Zuständigkeit für den Binnenmarkt und die Verkehrspolitik. Der frühere dänische Finanzminister Henning Christophersen wird für das EG-Budget verantwortlich.

WELTRAUMFORSCHUNG

Bundesregierung wartet Entscheidung der USA ab

HEINZ HECK, Bonn
Die Bundesregierung wird ihre ursprüngliche für Oktober geplante Entscheidung zur Weltraumforschung frühestens im kommenden Jahr treffen. Hauptursache für die Verzögerung ist die Neuorientierung der amerikanischen Haushaltspolitik, die auf einen allmählichen Abbau der dreistelligen Milliarden-Defizite zielt.

In Bonn stehen zwei Programmvorschläge zur Entscheidung an, für die die federführend zuständige Forschungsminister eine Kabinettsvorlage erarbeitet hat: 1. die europäische Beteiligung an einer von den USA vorgeschlagenen Raumstation mit einem eigenen europäischen Beitrag (Columbus) und 2. die Entwicklung einer neuen Generation europäischer Trägerketten (Ariane 5) einschließlich eines neuen Triebwerks (HM 60).

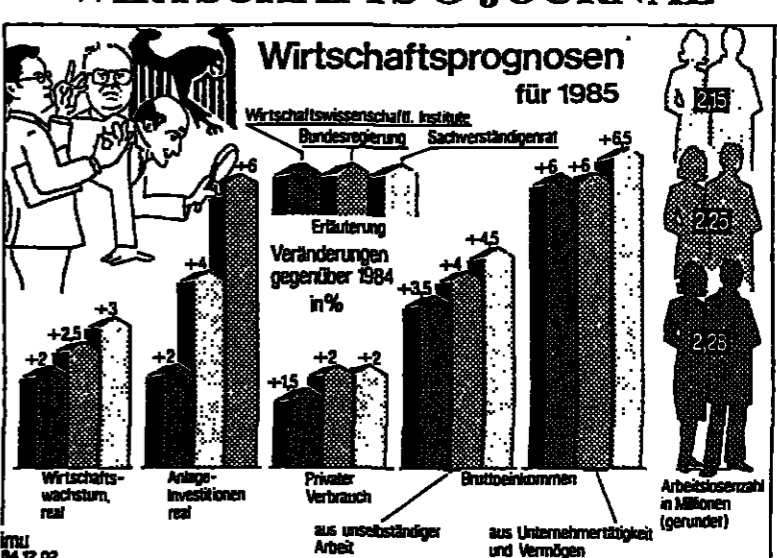
Für die Bundesregierung ist noch nicht erkennbar, ob und in welchem Ausmaß das amerikanische Weltraumprogramm durch die geplanten Haushaltskürzungen in Mitleidenchaft gezogen (also gekürzt, verzögert oder gestoppt) wird. Da ein möglicher europäischer Beitrag zu dem amerikanischen Programm nur in genauer Abstimmung mit den amerikanischen Plänen möglich ist, sind die Europäer gezwungen, die Entscheidungen in Washington abzuwarten.

Auf Wunsch der europäischen Partner soll Bonn für das Columbus-Projekt die Initiative auf europäischer Seite übernehmen, für die Weiterentwicklung der Trägerketten liegt eine französische bereits vor.

Der deutsche Beitrag für Columbus wird bisher (Preisstand 1984) auf etwa 2,9 Milliarden Mark veranschlagt. Die Ausgaben würden sich allerdings auf die nächsten 15 Jahre verteilen.

Ungeachtet der bisherigen Karlsruhe-Rechtsprechung, die das Ehegatten-Splitting verteidigt, läßt Zeidler eine eher kritische Haltung erkennen und bezeichnet das deutsche Steuerrecht zwar als „sehr ehefreundlich“, aber ausgesprochen familienfeindlich. Den Politikern wirft er vor, daß sie die familien-, sozial- und steuerrechtlichen Aspekte nicht koordinieren. Dadurch komme es zu erheblichen Verzerrungen der Steuergerichtigkeit und des Gleichheitsgrundsatzes.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Voraussetzungen für ein maßvolles Wachstum im nächsten Jahr sind in der Bundesrepublik vorhanden, während sich in den USA die Konjunktur schon wieder abkühlt. Wirtschaftswissenschaftliche Institute, Bundesregierung und Sachverständigenrat weichen in den Zahlen zwar voneinander ab, Optimismus strahlen aber alle Prognosen aus. Größere Unterschiede gibt es nur bei den Anlageinvestitionen: Während die wirtschaftswissenschaftlichen Institute einen Zuwachs von zwei Prozent vorhersagen, glaubt der Sachverständigenrat an eine Steigerung von sechs Prozent.

IFO: 1985 fünf Prozent mehr Investitionen

München (VWD) – Die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit wird sich 1985 nach Meinung des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung um real fünf Prozent verstärken. Die Anlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe könnten 1985 sogar um acht Prozent wachsen. Eine Analyse der mittelfristigen Rahmenbedingungen spreche auch in den folgenden Jahren für eine länger anhaltende Expansionsphase der Unternehmensinvestitionen. Die Steigerungsraten würden jedoch niedriger sein, als sie in den siebziger Jahren nach einem ähnlich tiefen Investitionseinbruch wie am Anfang der achtziger Jahre zu beobachten gewesen seien.

Japan und EG einig

Tokio (dpa) – Japan und die Europäische Gemeinschaft haben sich nach Angaben der japanischen Zeitung „Yomiuri Shimbun“ grundsätzlich auf eine Exportquote für Videorecorder in die EG-Länder auf 2,25 Millionen Stück im kommenden Jahr zu begrenzen. Das Blatt schrieb, der Kompromiß sei aufgrund der geschätzten Nachfrage in der EG von rund 5,4 Millionen Videorecordern im Jahre 1985 zustande gekommen.

Weg der Kurse

	7.12.84	30.11.84
Boeing	52,75	54
Chrysler	28	27,50
Citicorp	38	35,75
Coca-Cola	60,125	61,875
Exxon	43,75	43,25
Ford Motors	42,375	45
IBM	116,50	121,125
PanAm	4,135	4,655
US Steel	24,25	25
Woolworth	36,50	36,375

Preisänderungen geplant

Kuwait (rt) – Ein für Preisgestaltung zuständiger Ausschuss der Organisation Erdöl-exportierender Länder (Opec) hat sich am Wochenende auf Preiskorrekturen verständigt. Wie der Ausschussvorsitzende und saudische Ölminister Ahmed Saki Jamani nach Beratungen mit seinen Kollegen aus Kuwait, Qatar, Libyen, Algerien, Irak und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) mitteilte, soll sich aber am Richtpreis von 29

Dollar pro Faß Rohöl der Standardsorte „Saudi Arabian Light“ nichts ändern. Man wolle Preisunterschiede für verschiedene Qualitäten leichten und schweren Rohöls korrigieren.

Exportanstieg langsamer

Hamburg (dpa/VWD) – Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, erwartet für 1985 einen Leistungsbilanzüberschuss von 20 bis 25 Mrd. DM. Der Exportanstieg werde sich preisbereinigt auf sechs (1984: 8,5) Prozent verlangsamen, der reale Anstieg der Wareneinfuhr viel niedriger als der der Ausfuhr sein. Die Aktivierung in der Dienstleistungsbilanz werde nicht andauern.

Autos gegen Erdöl

Sao Paulo (dpa/VWD) – Die Volkswagen AG in Brasilien liefert dem Irak 100 000 VW-Passat, die der Nahost-Staat mit Erdöl bezahlt. Das Kompensationsgeschäft hat einen Wert von 630 Mill. Dollar (rund 1,9 Mrd. DM). Ein ähnliches Geschäft im Wert von 200 Mill. Dollar plant VW in Brasilien mit Nigeria.

Mehr Beschäftigte

Wiesbaden (dpa/VWD) – In der chemischen Industrie der Bundesrepublik macht sich der konjunkturelle Aufschwung jetzt auch bei den Beschäftigtenzahlen bemerkbar. Nach Beobachtungen des Bundesarbeitgeberverbands Chemie, Wiesbaden, nahm die Zahl der Chemiemitarbeiter im Jahresverlauf um rund 10 000 auf gut 555 000 im September zu.

Wachstum in USA sinkt

Washington (rt) – Das reale Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten könnte nach den Worten von Finanzminister Donald Regan im kommenden Jahr hinter den erwarteten vier Prozent zurückbleiben. Die Wirtschaftsentwicklung im dritten Quartal sei zu gering gewesen, und der Aufschwung habe danach nicht schnell genug Tritt gefaßt. Bei dieser Ausgangslage könne damit gerechnet werden, daß die Wachstumsraten im ersten und zweiten Quartal 1985 die Jahresrate von vier Prozent nicht erreichen. Der Finanzminister rechnet aber damit, daß die Arbeitslosenquote unter sieben Prozent sinken wird.

ATOMENERGIE / Zweifel an „Schnellen Brütern“

Stromerzeugung zu teuer

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Atomstromerzeugung in „Schnellen Brütern“ lohnt sich vorerst noch nicht, erklärte überraschend der Präsident der staatlichen Electricité de France (EdF), Marcel Boiteux. Er stellte damit die industrielle Weiterentwicklung des von der EdF gemeinsam mit den Elektrizitätswerken der Bundesrepublik und Italiens in Creys-Malville gebauten „Super-Phoenix“ in Frage. Dieser

auf der Grundlage des französischen Versuchsreaktors „Phénix“ entwickelte vorindustrielle Brutreaktor soll Ende 1985 mit einer Kapazität von 1000 MW in Betrieb gehen.

Nach drei Jahren, beim Beginn der Bauarbeiten des Super-Phoenix in dem französischen Alpen-Departement Isère, hatte die EdF verkündet, bis zum Ende dieses Jahrzehnts mehrere schnelle Brütern an ihr Stromnetz anschließen zu wollen. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß diese neue Generation von Atomkraftwerken trotz ihrer geringen Brennstoffkosten wesentlich kostspieliger ist als traditionelle Kernkraftwerke.

Nach Angaben Boiteux wird der Super-Phoenix nicht weniger als 20 Mrd. Franc kosten. Seine Rentabilität wird vor allem durch die hohen Finanzkosten (fünf Mrd. Franc) belastet. Außer der Zinslast der letzten Jahre hat die Einschränkung der Kernenergieprogramme die kommerziellen Chancen des Projekts vermindert. Es wäre nur rentabel, würden die Reaktoren in Serie gefertigt.

Das Anfang dieses Jahres von Frankreich, der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien, Belgien und Irland für die Brutreaktor-Forschung unterzeichnete Kooperationsabkommen bleibt nach Angaben des EdF-Präsidenten in Kraft. Frankreich selbst werde außerdem die eigenen Entwicklungen vorantreiben.

SPANIEN / Drittgrößtes Geldinstitut des Landes muß Dividende ausfallen lassen

Durch Industriebeteiligungen belastet

ROLF GÖRTZ, Madrid

Banco Hispano Americano, drittgrößte Bank des Landes, wird in diesem Jahr keine Dividende an ihre Aktionäre zahlen. Das Institut will mit den dadurch eingesparten 26 Mrd. Pesetas, etwa 465 Mill. DM, ihre beiden vor einigen Jahren aufgekauften und offensichtlich noch nicht voll sanierten Industriebanken, Banco Urquijo und Banco Unión, stützen. An Hispano Americano ist die Commerzbank mit zwölf Prozent beteiligt.

An der Börse, wo die Hispanopapiere noch am Mittwoch mit 202 Punkten gehandelt wurden, sank der Kurs am Freitag auf 170 Punkte, ohne daß ein Käufer Interesse zeigte. Erst heute sollen Hispanopapiere wieder gehandelt werden.

Die in der spanischen Finanzgeschichte bisher einmalige Reaktion eines Geldinstitutes auf interne Schwierigkeiten geht, wie in Börsenkreisen bekannt wird, auf Empfehlungen des Finanzministers Miguel Boyer und des Gouverneurs der Bank von Spanien zurück. Internationale in Madrid vertretene Banken begrüßen die Maßnahme als deutliche Absicht des spanischen Bankwesens, sich auch strukturell den Normen der europäischen Banken anzugleichen,

das heißt, ihre Reservenplafonds zu erhöhen.

Der theoretische Wert von Banco Hispano Americano wird mit umgerechnet etwa 25 Mrd. DM angegeben. Die Reserven betragen 572 Mill. DM und die Rücklagen im Depositen-Garantiefonds 806 Mill. DM. Prioritäten haben im spanischen Bankgeschäft Dividende und Steuern (Gewinnausschüttungen werden mit 33 Prozent besteuert). Die Hispano-Aktionäre erwarteten in diesem Jahr eine Dividende von 17 Prozent (höchstzulässiges Maß 18 Prozent). Die jetzt zur Sanierung von Urquijo und Unión herangezogenen Gewinne werden nicht versteuert.

Als bekannt wurde, daß Hispano für 1984 keine Dividende ausschütten wird, gab Banco Bilbao eine Erhöhung der für den 29. Dezember vorgesehenen Gewinnausschüttung für 1984 um 2,5 Pesetas auf 62,5 Pesetas je Aktie bekannt.

Wie Hispano-Präsident Alejandro Albert so führte auch der Vorsitzende des spanischen Bankenverbandes Rafael Ternes die Maßnahme von Hispano Americano darauf zurück, daß die Bank von Spanien die von ihr seinerzeit geforderte Übernahme der Banco Urquijo als der größten Indu-

striebank Spaniens nicht ausreichend unterstützt habe. Jetzt müsse eben der noch fehlende Ausgleich nachgeholt werden.

Vergleiche mit anderen Ländern lassen erkennen, daß die Bilanz der spanischen Banken erheblich geringere Reserven aufweisen und entsprechend auf allgemeine Krisen reagieren müssen.

Spaniens Geldinstitute begannen als Anlagebanken, deren wenige Aktionäre sich im wesentlichen mit ihren Industrieunternehmen beteiligten. Das muß sich besonders in Zeiten der Industriekrisen negativ auf das Bankgeschäft auswirken. Ihre Beteiligungen verpflichten die Banken schon aus Gründen des Bonomees, oft länger an Unternehmen festzuhalten, als die allgemeine Situation es eigentlich erlauben würde.

Die Aktienstreuung konnte in den sechziger Jahren erheblich erweitert und den europäischen Normen angeglichen werden. Allein, die inneren Strukturen des Geschäfts selber änderten sich damit noch lange nicht. Eben wegen dieser Anfälligkeit entschlossen sich spanische Banken mit ausländischer Beteiligung, der Reservebildung für die nächste Zeit den Vorrang zu geben.

ITALIEN / Elektrogerätemarkt kommt in Bewegung

Neue Fusionen im Gespräch

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach dem Branchenersten Zanussi, dessen Kapitalkontrolle und Konzernführung in Kürze an die schwedische Firma Electrolux übergeht, nach dem kürzlich die Gläubigerbanken ihr Plazet gegeben haben, ist jetzt auch der viergrößte italienische Hersteller von weißen Elektrogeräten, Indesit, auf Partnersuche.

In Branchenkreisen gilt es als möglich, daß sich die französische Thomson-Brandt, die auch schon bei Zanussi im Gespräch war, für eine Kontrollbeteiligung interessieren könnte. Indesit beschäftigt derzeit 7850 Personen und will diesen Personalbestand halbieren. Statt wie geplant in diesem Jahr 1,6 Millionen weiße Elektrogeräte abzusetzen, 0,3 Millionen mehr als 1983, wird das Unternehmen bestenfalls auf 1,2 Millionen Stück kommen.

Italienische Branchenexperten erwarten, daß nach der Übernahme von Zanussi durch Electrolux die Konzentrationstendenzen noch weiter zunehmen werden. Gegenwärtig kontrollieren ausländische Gesellschaften über 20 Prozent der italienischen Kapazitäten. Anfang nächsten Jahres, wenn das Abkommen zwischen

Zanussi und Electrolux in seine operative Phase tritt, wird dieser Anteil auf fünfzig Prozent steigen.

Am italienischen Markt der großen Elektrogeräte ist Zanussi mit etwa 28 Prozent beteiligt. An zweiter Stelle steht die Konzerngesellschaft der holländischen Philips, IRE, mit 13 Prozent, gefolgt von der noch der Mailänder Gründerfamilie Fumagalli gehörenden Candy mit acht Prozent und Indesit mit sieben Prozent.

Obwohl alle Konkurrenten damit rechnen, daß Zanussi-Electrolux in Zukunft den Break-even-point durch Kostensenkungen und nicht durch eine Erweiterung der Produktion anzuheben wird, sind sich die Beobachter darin einig, daß die Dauer in dem stagnierenden Markt nur überleben kann, wer sich durch Fusionen und Kooperationen eine solide Finanzbasis schafft.

Mit Zusammenschlüssen und Kooperationsvereinbarungen vorangehen sind außer Zanussi bereits die Merloni-Gruppe, die die Firma Smeg gekauft hat, sowie Candy, die nach der Beteiligung an IRE und der Übernahme der Marke Kelvinator jetzt dabei ist, sich mit 30 Prozent an Zerowatt zu beteiligen.

RENTENMARKT / Konsolidierungspause

Zinstrend weiter abwärts

Die Abwärtsbewegung der Kapitalmarktzinsen ist während der letzten Tage etwas ins Stocken geraten. Das lag sicher zum Teil am störenden psychologischen Einfluß des leichten Wiederanstiegs der amerikanischen Zinsen. Aber das war nicht der einzige Grund. Zahlreiche deutsche Anleger zögern jetzt mit neuen Engagements. Sie empfinden die Renditen

als wenig attraktiv. So kaufen sie auch kaum etwas von der neuen siebenprozentigen Bundesanleihe. Die ging fast ausschließlich ins Ausland. Pfandbriefe und Kommunalobligationen bringen immer noch etwas höhere Renditen als die Bundesanleihe. Dennoch spricht viel dafür, daß die Zinsen bald noch weiter sinken. (cd.)

Emissionen	7.12.84	30.11.84	29.12.83	30.12.82	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,61	6,86	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,77	6,84	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,82	6,89	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,01	7,12	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,70	6,74	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,44	6,47	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,18	7,24	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,69	6,74	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,25	7,33	8,08	8,45	10,32

NAHOST-EXPORT / Vom Boom nicht mehr viel zu spüren

Anschlußaufträge fehlen

dpa/VWD, Hamburg

Nach dem Boom der letzten Jahre sind die Nahost-Exporte der Bundesrepublik wieder zurückgegangen. Hintergrund ist nach Ansicht des Nah- und Mittelost-Vereins, Hamburg, die Abwicklung zahlreicher Großprojekte in den arabischen Ländern, ohne daß entsprechende Anschlußaufträge erfolgten. Dies wiederum begründet sich mit verringerten Öleinnahmen; besonders bei arabischen Ölleferanten.

So fielen die deutschen Exporte in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 23,5 Mrd. DM nach 26,2 Mrd. ein Jahr zuvor. Die Importe stiegen dagegen um acht Prozent auf gut elf Mrd. DM, so daß der deutsche Außenhandelsüberschuß mit Nah- und Mittelost in

den ersten neun Monaten 1984 auf rund 12,5 (16) Mrd. DM zurückging.

Die deutsche Ausfuhr in die arabischen Länder fiel um 15 Prozent auf 13,5 Mrd. DM, wobei der stärkste Einbruch beim Irak eintrat, der mit 1,7 Mrd. DM über 40 Prozent weniger abnahm. Exporte nach Ägypten und in die Türkei stiegen auf 2,3 Mrd. DM (plus zehn Prozent) und auf 2,5 Mrd. DM (plus 15 Prozent).

Auch die deutschen Bezüge aus den Oisstaaten gingen zum Teil kräftig zurück - aus Saudi-Arabien um knapp 30 Prozent, aus Oman um über 50 und aus den Vereinigten Arabischen Emiraten um über 30 Prozent. Dagegen stieg der Import aus Ägypten und Irak um jeweils rund 40 Prozent und auch Iran und die Türkei konnten erheblich mehr absetzen.

DEUTSCHE BANK / Fondsprojekt für Hochhausfinanzierung läßt Fragen offen

Vertrauen auch ohne Garantien

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Was sich die Deutsche Bank beim Verkauf von Immobilienfonds-Anteilen zur Finanzierung der beiden Hochhaustürme ihrer Frankfurter Zentrale geleistet hat, hätte sich kein anderer Anbieter von Abschreibungsobjekten erlauben können. Zwar verspricht die Planrechnung im Prospekt dem Anleger mit einem Steuersatz von 50 Prozent eine jährliche steuerfreie Ausschüttung von 4,5 Prozent auf das effektiv eingesetzte Eigenkapital plus 1,5 Prozent Renditeanteil aus zusätzlichen Steuerersparnissen, was einer zwölfprozentigen Rendite vor Steuern entspricht; doch ist der Prospekt bei vielen anderen Angaben, die den nach vielen Abschreibungsplanen sensibel gewordenen Anleger interessieren, dermaßen vage, daß so eine Offerte im Papierkorb landete, käme sie von irgendeinem x-beliebigen Promotor aus der

Steuersparbranche. Doch der Deutschen Bank gelang es im Nu, 226 Mill. DM zur Billigfinanzierung ihres 590-Millionen-Objektes bei ihren Kunden locker zu machen. Und sie hätte noch mehr absetzen können.

„Mit solchen Prospekten hat man in der Goldgräberzeit der Abschreibungsbranche plazierte“, wettert der Branchendienst „Kapitalmarkt intern“, der das unzweifelhafte Verdienst hat, so manche Skandale aufgedeckt zu haben. „Damit stellt sich die Deutsche Bank außerhalb der Rechtsprechung“.

Ungewöhnlich ist, daß den Anlegern nicht nur keine Beteiligung am Wertzuwachs versprochen wird, der allerdings bei vielen Objekten nichts weiter ist als ein nicht einklagbarer Hoffungswert; geradezu abschreckend muß die in den Vertragsbedingungen enthaltene „Heimfallklausel“ wirken, die besagt, daß die Deutsche

Bank das auf einem Erbbaugrundstück errichtete, bis zum Jahre 2014 gemietete Gebäude im Jahre 2019 für 25 Prozent der Herstellungskosten erwerben kann. Ein Teilkaufoptionsmodell und Schwindsuchtfonds also, wie „Kapitalmarkt intern“ argwöhnt?

Selbstverständlich, so versichert die Deutsche Bank ihren Kunden auf Anfrage, sei sichergestellt, daß sie mindestens das eingezahlte Kapital wieder zurückbekommen und daß sie über eine Staffelmiete auch von üblichen Mietersteigerungen profitieren. Konkretes läßt die Deutsche Bank freilich im dunkeln. Sie vertraut darauf, daß ihre Kunden ihr vertrauen, daß sie also glauben, das Angebot sei besser, als der bloße Prospekt vermuten läßt. Das ist eine schon fast an Chuzpe grenzende Meisterleistung, die geradezu Neid in der Branche erregen muß. Das Image macht's möglich.

Sprechen Sie mit uns über Ihre Rendite in Luxemburg

Jean-Paul Reding
Telefon 00352 464 21314Guy Flener
Telefon 00352 464 21313Bo Nicolaisen
Telefon 00352 464 21311Nico Birchen
Telefon 00352 464 21312

Die Luxemburger Banken gleichen sich: Tarnungsgelder, Wertpapiere, Edelmetalle, Liberalität und Sicherheit des Finanzplatzes kann jede in die Waagschale werfen. Ohne öffentliche Angaben auf Tarnungsgelder und Goldkonten. Euroanleihebonus. Ein durch das Gesetz gesichertes Bankgeheimnis.

So fällt Ihre Entscheidung auf den Nebenschauplatzen. Sie bestimmen letztlich die Effizienz Ihres Engagements. Es geht um Luxemburg-Erfahrung und Solidität. Um „Spezialitäten“. Und um ganz private Sicherheiten.

Über unsere Erfahrung: Wir sind seit 1974 in Luxemburg etabliert. Bilanzsumme rund 2,4 Milliarden DM. Eine bedeutende Bank am Finanzplatz.

Über unsere Solidität: Wir sind die 100%ige Tochter der Den norske Creditbank. Führende norwegische Geschäftsbank mit weltumspannendem Netz. Experte für Erdöl und Energie, Handel und Transportwirtschaft.

Über unsere Spezialitäten: Neben den Standards bieten wir Ihnen Anlagen in renditestarken Norwegerkronen sowie in anderen ausländischen Währungen. Financial Futures und Suboptionen eigener Neumissionen. Oder Goldminikonten. Und - eine umfassende Vermögensberatung.

Über Ihre Sicherheiten: Wir eröffnen für Sie persönliche oder gemeinschaftliche Konten. Verwalten Ihre Depots. Stellen Treasuries.

Interessieren Sie die Nuancen zum Angebot der vielen? Dann sprechen Sie mit uns über Ihre Rendite in Luxemburg.

Zahlen und Fakten der DnC-Gruppe:

Den norske Creditbank
Hauptsitz Oslo, gegründet 1857
Tochtergesellschaften in Hongkong, London, Luxemburg, Singapur
Affilierte Banken und Repräsentanten in Amsterdam, Beijing, Denver, Dubai, Düsseldorf, Hamburg, Houston, Kairo, Madrid, New York, Osaka, Paris, Rotterdam, São Paulo, Sydney und Tokio.
Konsolidierte Bilanzsumme der Gruppe 1983: DM 20,4 Milliarden
Eigen- und Haftkapital: DM 12 Milliarden
4.500 Mitarbeiter, 60.000 Aktionäre

Repräsentanten in der Bundesrepublik Deutschland:

Düsseldorf, Tel. 0211 - 4 98 91 36
Karl-Arnold-Platz 2
Hamburg, Tel. 040 - 41 77 57
Rothensbaumchausee 30

Zur Gesprächsvorbereitung bitte ich um:

O Zusendung der Broschüre „Ihre Rendite in Luxemburg“

O Kontaktaufnahme unter Telefon

Name Vorname

PLZ/Ort

Bitte einschicken an: Den norske Creditbank, (Luxemburg) S.A., 21, boulevard du Prince Henri, Postfach 297, L-2012 Luxemburg.

DnC
Den norske Creditbank
(Luxembourg) S. A.

Geht es den Deutschen zugut?

Sicher hatten Sie sich für geldbewußt. Und gehen doch mit Ihrem Geld um, als könnten Sie es selbst drucken. Dabei könnten Sie es besser wissen: mit DM.

DM, das kritische Verbraucher-Magazin, ist Heft für Heft randvoll mit Informationen zum Geldausgeben und Geldanlegen, die Sie so nirgends finden. Und mit denen Sie viel Geld sparen können.

Wenn Sie zum Beispiel in den letzten Monaten einen Satz neuer Autoreifen, ein Rennsportrad und eine hölzerne Wand- und Deckenverkleidung für Ihre Wohnung angeschafft haben, so mußten Sie dafür ohne DM immerhin 8.567,60 Mark aufbringen. Mit DM und ein wenig Do-it-yourself nur 1.910,- Mark. Das sind sage und schreibe 6.648,60 Mark weniger. Ist das nicht so, als würden Sie bares Geld verbrennen? Wie Sie immer wieder clever so eine stattliche Summe sparen können, sagt Ihnen regelmäßig DM.

DM - das kritische Verbraucher-Magazin. Jeden Monat neu an Ihrem Kiosk.

DM

DM wertet Ihre Mark auf.

هكذا من النجف

LOHMANN / Geflügel und Apparatebau mit Verlusten

Keine goldenen Eier gelegt

JAN BRECH, Hamburg
Die Lohmann & Co. AG, Cuxhaven, Holdinggesellschaft für eine Gruppe von 45 konsolidierten Firmen, die in den Bereichen Tierzucht, Kükenproduktion und Hähnchen-schlachtung, Tierernährung, Technik, Anlagenbau und Veterinär-Medizin tätig sind, hat im Berichtsjahr 1983/84 (30.6.) einen weiteren Ertragsrückgang hinnehmen müssen. In der AG ist der Überschuss von 5 Mill. auf 2 Mill. DM gesunken. Er wird in Form von unverändert 6 Prozent Dividende auf 35 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet.

Verlustträger waren wie schon im Vorjahr die Beteiligungen im Bereich Geflügelzucht und Mastgeflügel. Als Ursache nennt der Vorstand unbefriedigende Erzeugerpreise und sehr hohe Futterkosten. Positiv wird vermerkt, daß die Verluste gegenüber 1983 durch Rationalisierungsmaßnahmen reduziert worden seien.

Belastungen im Ergebnis brachte ferner die Sparte Apparatebau. Durch den Krieg zwischen Iran und Irak war die Abnahme von drei Großprojekten stark beeinträchtigt, so daß die Loh-

mann Apparatebau GmbH/Lohmann Export GmbH für 1983/84 mit einem Verlust schloß. Ihr werden allerdings Ende dieses Jahres aufgrund eines hermesgedeckten Finanzierungsvertrags für die 84er Fälligkeit hohe Liquidität zufließen. Insgesamt muß Lohmann aus dem Beteiligungskreis Verluste von 8,5 (i. V. 8,6) Mill. DM übernehmen.

Alle anderen Sparten haben nach Angaben der Verwaltung mit Gewinn gearbeitet. Der Umsatz in der Gruppe wuchs sich um 11,5 Prozent auf 742 Mill. DM aus. Der Exportanteil betrug 42 Prozent. Durch Neukonsolidierung sind die Zahlen im Konzernabschluß nur bedingt mit denen des Vorjahres vergleichbar. Er schließt mit einem Verlust von 5 Mill. DM. Der Unterschied zur AG ergibt sich aus der Eliminierung von Zwischengewinnen und Aufwandsverlusten bei einer 1984 mehrheitlich übernommenen Geflügelzucht. Einschließlich 2 Mill. DM Verlustvortrag verbleibt dem Lohmann-Konzern ein Bilanzverlust von 3 Mill. DM. Konzernfremde Gesellschaften müssen 4,8 Mill. DM Verluste übernehmen.

Katalysatoren von der Kali-Chemie

dos, Hannover
Die Kali-Chemie AG, Hannover, und die US-Firma Engelhard Corp., Edison/New Jersey, sind übereingekommen, gemeinsam die Produktion von Autoabgas-Katalysatoren in der Bundesrepublik für den europäischen Markt aufzunehmen. Beide Gesellschaften haben in den vergangenen zehn Jahren bereits über ihr Gemeinschaftsunternehmen Engelhard Kali-Chemie GmbH die europäische Automobilindustrie mit Katalysatoren für die nach den USA und Japan exportierten Pkw beliefert.

Mit der neuen Produktion wird das Ziel einer schnelleren Belieferung des sich in Europa entwickelnden Marktes verfolgt. Es sei vorgesehen, die Kapazität in zwei Ausbaustufen der jeweiligen Nachfrage anzupassen. Als Standort für die neue Anlage bietet das Werk Nienburg/Weser der Kali-Chemie AG gute Voraussetzungen. Die endgültige Entscheidung werde in Kürze - nach Abschluß von derzeit noch laufenden Gesprächen mit dem Land Niedersachsen - erfolgen.

Hannover baut Luftfrachtzentrum

dos, Hannover
Mit dem Bau eines neuen Luftfrachtzentrums trägt der Flughafen Hannover-Langenhagen der expansiven Entwicklung beim Luftfrachtumschlag Rechnung. Nach Angaben der Flughafenleitung sind die vorhandenen Kapazitäten auf einen Umschlag von 20 000 Tonnen pro Jahr ausgelegt. Diese Grenze sei bereits 1983 um 10 Prozent überschritten worden. Für das laufende Jahr werde mit einem Frachtaufkommen von 29 000 Tonnen gerechnet. Die neuen Abfertigungsanlagen, die Investitionen von 16 Mill. DM erfordern und im Sommer 1986 fertiggestellt sein sollen, erweitern die Umschlagkapazität auf 50 000 Tonnen. Unter dem Namen Air Service Hannover GmbH gründet der Flughafen zum 1. Januar 1985 eine neue Tochtergesellschaft. Sie soll solche Luftverkehrsgesellschaften, die bisher nicht mit einer eigenen Niederlassung am Flughafen vertreten sind, als Agent bei der Abwicklung von Luftfrachtgeschäften ihre Dienste anbieten.

HOECHST LANDWIRTSCHAFT / Verbindung mit Kuwait stützt die Düngerproduktion

Starkes Wachstum durch Neuordnung

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Wie weit sich die Existenz kuwaitischer Beteiligungen an der Hoechst AG, Frankfurt, in der Gesamthöhe von etwa 25 Prozent auch auf die Geschäfte des Chemiekonzerns auswirken, war bisher schwer einzuschätzen. Im Geschäftsbereich Landwirtschaft zeichnet sich jetzt erstmals ein unmittelbarer Nutzen dieser Verbindung ab: Nachdem die Hoechst die Vollkorn-Produktion im Stammwerk eingestellt haben und auch bei der Beteiligung Ruhrchemie nur noch Einzeldünger hergestellt werden, wollen sie zur Abrundung der Produktpalette mit „Mehrnährstoff-Düngern“ auf das Mittel der Kooperation zurückgreifen.

Hier bietet sich eine Zusammenarbeit mit der Groupe Chimique Tunisienne (GCT) an, an der die kuwaitischen Aktionäre eine nennenswerte Beteiligung halten, verkündete jetzt Herbert Steinjan. Ein neues Düngerwerk in Tunesien soll Ende 1985 die Produktion aufnehmen. Bis dahin wird aus anderen Quellen zugekauft. Wenn auch die „erheblich abgeba-

ten“ Verluste des Düngemittelgeschäfts 1984 immer noch zweistellige Millionenbeträge erreichen werden - ein ausgeglichenes Ergebnis steht erst in ein bis zwei Jahren in Aussicht -, macht das Landwirtschaftsgeschäft insgesamt dem Unternehmen Freude. Der Umsatz des Bereichs wird in diesem Jahr um etwa 30 Prozent auf 3 Mrd. DM steigen.

Zu diesem eindrucksvollen Wachstum trägt allerdings auch eine organisatorische Maßnahme wesentlich bei: Zur Jahresmitte wurden die Veterinäraktivitäten neu in den Bereich eingegliedert. Sie werden etwa 21 Prozent des Umsatzes ausmachen. Das Pflanzenschutzgeschäft, das 65 Prozent zum Bereichsumsatz beitragen wird, ist „nur“ um 10 Prozent gewachsen. Im Gegensatz zum Düngemittelgeschäft (14 Prozent vom Umsatz) erwarten beide Zweige noch erhebliche Zuwachsraten.

Im Veterinärbereich wollen die Hoechst in den nächsten Jahren etwa doppelt so schnell wachsen wie der Weltmarkt, der bei einem diesjährigen Volumen von 7,5 Mrd. Dollar im Jahresdurchschnitt mit etwa 4 Pro-

zent weiter zunehmen soll. Damit würden sie auch ihren Weltmarktanteil von derzeit 3 Prozent (680 Mill. DM) weiter ausdehnen.

Auch der Pflanzenschutz-Weltmarkt verspricht stetiges Wachstum. Von 31 Milliarden Mark in diesem Jahr soll er bis 1990 auf rund 40 Mrd. DM ausgeweitet werden. Dabei werde es nur geringe Verschiebungen innerhalb der Produktgruppen geben, so Gerhard Prante, Leiter der Entwicklungsabteilung und künftiger Geschäftsbereichsleiter. Gegenwärtig machen Unkrautbekämpfungsmittel etwa 48 Prozent des Marktes aus, Insektizide 30 Prozent, Pilzvernichter 18 Prozent, Wachstumsregulatoren 2 Prozent und „Sonstiges“ ebenfalls 2 Prozent.

Innerhalb der nächsten 10 bis 20 Jahre könnte sich allerdings dieser Markt erheblich wandeln. Auch hier wird künftig die Gentechnik zum Tragen kommen: Durch Veränderung ihrer Erbanlagen soll den Kulturpflanzen eine höhere Resistenz gegen Schädlinge und Pilze angeeignet werden. Die ersten Schritte dazu sind bereits eingeleitet.

MESSE FRANKFURT / Umsatz um ein Drittel erhöht

Neubau führte zum Erfolg

INGE ADHAM, Frankfurt
Seit 1980 haben die Frankfurter ihre Messe, die seit 1240 dokumentiert wird - in einer Urkunde Kaiser Friedrich II., gründlich umgekrempelt. Ende Januar setzt der Einzug in den letzten Neubau einen vorläufigen Schlußpunkt. Hintergrund für die gewaltigen Anstrengungen der Frankfurter Messe und ihrer Gesellschafter war die Erkenntnis, daß auf dem eng gewordenen Frankfurter Messegelände nichts mehr lief. Der Messeplatz Frankfurt verlor Marktanteile, weil er zu den gewünschten Terminen keine neuen Veranstaltungen mehr aufnehmen konnte.

Inzwischen hat sich das gründlich geändert. Die Jahre 1983/84 brachten dem Messeplatz Frankfurt im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren überproportionale Steigerungsraten bei den Ausstellern, den Besuchern und der vermieteten Standfläche, betont Horstmar Stauber, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Frankfurt GmbH.

13 Eigenveranstaltungen und 84 Sonderveranstaltungen brachten in diesem Jahr 25 000 Aussteller und 1,66 Millionen Besucher auf das Messegelände. Damit wurde auch ohne Hausmessen und Sonderveranstaltungen das „Rekordjahr“ 1983 überholt, das wie alle ungeraden Jahre mit

der Internationalen Automobil-Ausstellung besonders umsatzstark war.

Der Messe Frankfurt brachte diese Entwicklung 128 Mill. DM Umsatz in die Kasse; gegenüber dem vergleichbaren Jahr 1982 ist das eine Steigerung von 33 Prozent. An rund der Hälfte der Messtage wird das Gelände ganz oder teilweise von Gastveranstaltern belegt, damit dürfte, so Stauber, die 300-Mill.-DM-Umsatzgrenze für den „Messeplatz Frankfurt“ wieder überschritten worden sein.

Obwohl die Messegesellschaft im Rahmen ihres Strukturplans in diesem Jahr 145 (137) Mill. DM investiert habe, werde 1984 „trotz hoher Zinsen und Abschreibungen“ mit einem „moderaten“ Gewinn abschließen. Mit den architektonischen Neuerungen hat die Messe übrigens auch kräftig an ihrer „inneren“ Organisation gearbeitet, was sich auch in einer weiteren Steigerung des festen Mitarbeiterstabes auf 266 (233) Beschäftigte dokumentiert.

Mit dem kommenden Messejahr, „dem dichtesten“, das es je gab, will die Gesellschaft weitere Ernte einfahren: Die Zahl der Messen und Ausstellungen steigt auf 23 (16), damit werden allein bei den Eigenveranstaltungen 160 Mill. DM Umsatz erreicht. Dahinter stehen 26 000 Aussteller, die nach Schätzungen der Messegesellschaft mit 2,4 Millionen Besuchern rechnen dürfen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Revirement bei Olympia

Wilhelmshaven (dos) - Bei der AEG-Tochtergesellschaft Olympia Werke AG, Wilhelmshaven, kommt es 1985 zu personellen Veränderungen. Karl Ernst Kalkbrenner, Vorstandsmitglied der Rosenthal Technik AG, ist mit Wirkung vom 9. Januar 1985 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellt worden. Nach dem Ausscheiden von Dr. Gerhard Lofink, dem im AEG-Konzern eine andere Aufgabe übertragen wird, wird Kalkbrenner am 1. Juni dann den Vorstandssitz bei Olympia übernehmen. Ebenfalls neu in den Vorstand wurde Uwe Stohwasser, bisher Leiter des Fachbereichs Lichttechnik von AEG-Telefunken, berufen. Er übernimmt am 9. Januar in Wilhelmshaven das Ressort „Kaufmännische Angelegenheiten“.

Besseres Ergebnis

Zürich (dpa/VWD) - Die Schweizer Nahrungs- und Genussmittelgruppe Jacobs Suchard AG, Zürich, erwartet

für 1984 ein höheres Ergebnis als im Vorjahr. Nach Mitteilung des Unternehmens dürfte sich der konsolidierte Reingewinn der Gruppe auf rund 120 Mill. sfr (145 Mill. DM) belaufen und das Vorjahresniveau um neun Prozent übertreffen.

Fiat-Kapitalerhöhung

Turin (dpa/VWD) - Die Kapitalerhöhung der Fiat SpA, Turin, ist praktisch vollzogen. Im Zuge der Erhöhung um umgerechnet 1,1 Mrd. DM sind in der vorgeschriebenen Frist fast 100 Prozent gezeichnet worden. Zuvor war das Stammkapital bereits durch steuerfreie Anhebung des Einheitswertes je Aktie von 500 auf 1000 Lire nominal und Zuteilung einer Gratisaktie im selben Nennwert für jede alte Aktie um 1,6 Mrd. DM herausgesetzt worden.

Gestra übernimmt Strack

Bremen (VWD) - Der Bremer Armaturen-Hersteller Gestra AG, der im laufenden Geschäftsjahr einen

Gruppenumsatz von 120 Mill. DM erreichen dürfte, übernimmt nach einer Unternehmensmitteilung mit Wirkung vom 1. Januar 1985 die Armaturenfabrik Josef Strack GmbH in Troisdorf. Gestra, erweitert damit seine Produktpalette um die von Strack produzierten Industrie-Armaturen, hauptsächlich für die Chemie- und die Petrochemie sowie für Kraftwerke. Die Geschäftsführung der künftigen Gestra-Strack GmbH mit Sitz in Troisdorf besteht aus Klaus Hänel und Theo Müller. Der bisherige Geschäftsführer Peter Strack legt sein Amt aus Altersgründen nieder.

Gute Verkehrszahlen

Düsseldorf (Py.) - Mit rund 306 000 Ferienfluggästen in den ersten 10 Monaten dieses Jahres hat der Flughafen Köln-Bonn in diesem Bereich die Ergebnisse des Vorjahres bereits um 40 000 Passagiere übertroffen. Im Fluggastverkehr insgesamt erhöhte sich die Zahl der Fluggäste um 18,1 Prozent auf rund 1,73 Millionen.

NAMEN

Dr. Ulrich Fritsch, Geschäftsführer des Arbeitskreises Aktie e.V., ist zum Vorsitzenden der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung (WPV), Düsseldorf, gewählt worden. Sein Vorgänger Karl Heinrich Herberich, Mithrasausgeber des „Handelsblatt“, wurde Ehrenmitglied der WPV.

Dr. Wolfgang Kasko, Vorstandsmitglied der Central Krankenversicherung AG, Köln, ist für den aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand getretenen Dr. Karl-Heinz Mintrop zum Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft bestellt worden.

Günther Tilk (54), Vorstandsmitglied der Kali-Chemie AG, Hannover, ist zum Mitglied der Geschäftsführung der Deutsche Solvay-GmbH, Solingen, berufen worden.

Hans L. Merkle, Vorsitzender des

Aufsichtsrates der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, ist auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat der J. M. Voith GmbH, Heidenheim/Brenz, ausgeschieden. Als sein Nachfolger wurde Werner Niefer, Mitglied des Vorstandes der Daimler-Benz AG, Stuttgart, berufen.

Peter L. E. Leclercque, Leiter der Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, scheidet zum Jahresende aus, um eine journalistische Aufgabe bei der Zeitschrift „Das Haus“, Verlag Franz Burda, zu übernehmen. Bis zur Neubesetzung der Stabsstelle wird Dr. Harnutt Schönell, in der Hauptabteilung für Wirtschaftspolitik zuständig für Finanzpolitik und Allgemeine Fragen, die Aufgaben des Pressesprechers wahrnehmen.



Können wir Ihnen helfen?

Viele Pläne stehen am Anfang oftmals auf sandigem Grund. Ein Problem?

Ja. Aber eins, das sich in der Regel lösen läßt. Denn mitzuhelfen, daß solche Probleme nur eine Frage der Zeit sind, ist ein wesentlicher Teil unserer täglichen Arbeit. Damit

ist unser Ressort Baufinanzierung gemeint.

Die Art, wie wir Ihre Initiativen auf ein solides finanzielles Fundament stellen, umfaßt ein ganzes Bündel von Maßnahmen.

Zum Beispiel langfristige Festzinsfinanzierung, An- und Zwischen-

finanzierung. Die Möglichkeit, daß An- und Zwischenfinanzierungen reibungslos durch eine langfristige Finanzierung abgelöst werden können.

Reibungslos heißt: ohne daß Sie gezwungen sind, zwei verschiedene Banken einzuschalten.

Daraus resultiert erfahrungsgemäß eine wesentliche Vereinfachung sowie eine Ersparnis an Geld - und an Zeit.

Und was diese beiden Faktoren betrifft: wer hat es nicht eilig, seine Pläne so rasch wie möglich zu realisieren?

WestLB Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

„Tanzschule Kaiser“ – TV-Serie des WWF fürs ARD-Vorabendprogramm

Anekdoten um die Freude am Tanz

Wenn die Programmacher heute eine ganze Fernsehserie im Milieu der Tanzschulen ansiedeln, erweisen sie nicht vergangen, galanten Epochen die Reverenz, sondern liegen durchaus im Trend der Zeit. Tanzen ist eine eigenständige Sprache, die musische Umsetzung der Gebärde.

Tänze fanden Eingang in die Kunstmusik, während die Volksmusik sich mit schlechteren Weisen vergnügte. Was sich dann in diesem Jahrhundert an kuriosen Ausprägungen entfaltet, war oft kurzlebig, aber immer modisch bestimmend und in starker Affinität zum Jazz kennzeichnend für das, was als schick galt: Charleston, Bebop, Bossanova oder Twist.

Wer das meint, das alles war einmal, der irrt: Jung und alt, quer durch alle Gesellschaftsschichten, suchen erneut Bewegungsfreude auf spiegelndem Parkett. Als Schule des Benehmens gelten sie nicht mehr, wenn gleich höfliche Umgangsformen dort noch gerne gesehen werden. Hier gibt es keine Krise, von der überall soviel die Rede ist. Besonders die Teenies strömen wieder in Scharen herbei.

An diesem Schauplatz, Knotenpunkt vieler Lebenswege, sam-

melte der Arzt, Schriftsteller und Fernsehautor Martin Morlock allerlei amüsant-beitere Geschichten des Alltäglichen-Menschlichen. So entstand die dreizehnteilige Fernsehserie „Tanzschule Kaiser“, die im Auftrag des Westdeutschen Werbefernsehens für alle ARD-Vorabendprogramme produziert wurde. Das WWF begann mit der Ausstrahlung am 8. Dezember um 19.25 Uhr.

Autor Martin Morlock, der im vergangenen Jahr im Alter von 65 Jahren starb, befand sich schon Anfang der 60er Jahre für den „Spiegel“ als bissiger Kritiker mit dem damals noch jungen Medium Fernsehen. Seine satirischen „Telemann“-Kolumnen sind noch in guter Erinnerung. Morlock war Stammautor der besten deutschen Satirezeitschriften, vor allem auch des Düsseldorfer „Kommödens“. Für das WWF schrieb er die bei den Fernsehzuschauern so beliebte Serie „Einfach Lamprecht“ mit Karl-Heinz Schüröth in der Titelrolle. Martin Morlock hat lange in Münchener Tanzschulen recherchiert, bevor er sein Drehbuch für „Tanzschule Kaiser“ niederschrieb.

„Kecki“ Kaiser (Arnold Marquis), alternder Bonvivant mit nostalgischem Charme, strebt dem Ruhestand entgegen. Der Staub der Jahre

lastet auf seinem Familienbetrieb, der Tanzschule. Tochter „Dotti“ (Karin Eickelbaum) und Schwiegersohn Alfred (Gerhard Friedrich) zehren immer noch vom nicht ganz zweifelhaften Ruhm vergangener Tage. Modernisierung tut not.

Kecki Kaiser entschließt sich, die Führung seines Unternehmens aus der Hand zu geben. Allerdings, damit auch in Zukunft keiner an ihm vorbeit, behält er sich vor, „in allen vitalen Fragen“ zu Rate gezogen zu werden. Damit sind die Voraussetzungen für manche Verwicklung geschaffen.

Während Kecki dem modernisierten Treiben in der Tanzschule nur mit Skepsis folgt, begleitet Tochter Dotti die amüsanten Kapriolen ihres Mannes, den man zweifelsohne auch den „schönen Alfred“ nennen könnte, mit bissig-sarkastischen Kommentaren. Alfred leidet nämlich unter einem typischen Berufsschicksal: Die Herzen seiner Schülerinnen fliegen ihm nur so zu.

Unter der Regie von Hans-Jürgen Tögel entfaltet sich ein Kaleidoskop amüsanten Anekdoten, in deren Mitte die nimmermüde Freude am Tanzen steht, um die sich alles dreht.

WOLFGANG WISCHMEYER

STUDIO

Schon wieder hat der NDR eine für das 1. Programm vorgesehene Produktion ins Dritte überstellt. Es handelt sich um die jüngste Folge der verdienstvollen Reihe „Auf der Suche nach der Welt von morgen“ von Rüdiger Proske. Diese zweiteilige Folge, deren erster Teil wie alle Folgen der Reihe bisher im 1. Programm gesendet worden war, konnte nach Auskunft des NDR wegen des großen Materialanfalls nicht im bundesweiten Programm der ARD untergebracht werden. Die Sendung behandelt die Strategie des NATO-Oberbefehlshabers General Rogers. Differenzen über den Inhalt der Sendung gab es nicht. Offenbar handelt es sich um ein Planungsdefizit.

Bei den „Tagen des internationalen religiösen Films“ in Friedberg (Hessen) wurde der Beitrag „Schauprozess auf Negros“ aus der WDF-Reihe „Gott und die Welt“ mit dem 3. Preis der Kategorie „Professionelle Filme“ ausgezeichnet. Der Film von Ilan Ziv berichtet über einen in fiktionaler Mundartlage begründeten Prozess gegen sechs Laien und drei Priester auf der philippinischen Zuckerinsel Negros.

INGRID ZAHN

KRITIK

Forum mit Signalen zur Hilfe für kranke Mitbürger

Erstaunlich, wie dicht Information sein kann. Hans Mohl, Motor der Aktion Sorgenkind, zeigt auch mit seinem Gesundheitsmagazin Praxis nun zum 288. Male, daß ihn die ZDF-Kultur-Redaktion zu Recht als Dauerbrenner verkauft.

Für die präzise und konstruktive Aufbereitung kniffliger sozialmedizinischer Zusammenhänge vor Jahren mit dem Ehrendokortitel ausgezeichnet, versteht es der alte Fernsehase nach wie vor, sicher auf dem schmalen Grat zwischen populistischer Unerhaltung und seriöser Information zu wandeln. So auch kürzlich wieder in der Gesprächsrunde im Studio mit Frauen prominenter Politiker, die ihre Arbeit für öffentliche Einrichtungen als „Signale der Hilfe“ verstehen.

Den Kampf gegen die Scheu vor

der Kamera überwand sie alle um der kostbaren Gelegenheit willen, die Problematik ihrer Tätigkeit vor einem Millionenpublikum auf einen Schlag anschaulich zu machen, aktive Mithilfe von ihm zu erbitten.

„Die meisten von uns können in der einen oder anderen Form helfen“, sagte Brigitte Schröder in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende für die Krankenhäuser und Altenheimhilfe. Marita Blum, zuständig für Dialyse-Patienten und Nierentransplantate, hatte gleich einen Schwung Organspendenpässe mitgebracht. Was sie möchte: daß das Spenden von Organen enttabuisiert wird, daß Ärzte nicht länger spendewillige Patienten „unter den Tisch fallen lassen“.

Veronika Carstens sucht als Schirmherrin für ihre Multiple-Sklerose-Patienten nach einem helfenden

Freund, der sich verantwortlich fühlt für jede Familie, in der ein schwer erkrankter MS-Patient lebt. Eine junge MS-Patientin berichtet von der Wichtigkeit, Kontaktgruppen zu gründen und sie zu unterstützen, um Rat und Zuspruch zu finden. Für die praktische Ärztin Veronika Carstens ist auch die Fürsprache zugunsten der Naturheil-Medizin wichtig. Die von ihr mitbegründete Gesellschaft „Natur und Medizin“ will das Verständnis für Naturheilkunde vertiefen, möchte dem Patienten gerecht werden, der in der Schulmedizin keinen befriedigenden Weg zur Heilung sieht.

Auch Hannelore Kohl brachte ihr Anliegen beherzt auf den Punkt: 200 000 Menschen verletzen sich jährlich durch Unfälle auf der Straße, im Haushalt, auf dem Sportplatz am

Kopf. Bei 10 000 muß mit Dauerschäden gerechnet werden. Die Präsidentin der ZNS „Initiative Lebensmut“ (für Unfallopfer mit Schädigung des zentralen Nervensystems) sammelt Spenden, mit denen sie therapeutische Geräte stiftet, die im normalen Haushaltsbudget der Nachsorgekliniken nicht unterzubringen sind.

Mildred Scheel schließlich pochte auf vermehrtes Pflegepersonal gerade für die Gruppe der schwierigen Kinder-Patienten. Sie verwies auf Spendenhilfe zur Unterstützung der Selbsthilfe-Gruppen von Krebskranken und wünschte sich eine Verbesserung der Überlebensquote erwachsener Krebskranker durch die vermehrte Teilnahme an der Krebsvorsorge (Kinder-Patienten überleben heute schon bis zu 70 Prozent).

INGRID ZAHN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
18.00 Tagesschau 18.05 Ich behalte eine Familie ... 19.00 Meine Gäste und ich	12.00 Tagesschau 12.15 Ich behalte eine Familie ... 13.00 Tagesschau
14.00 Tagesschau 14.10 7.30 ab Berlin Fernsehtext 17.20 Das Tanzbärenmärchen Ein Spiel mit der Augsburger Puppenkiste 3. Teil: Zum Wasserschieß 17.50 Tagesschau Dazw. Regionalprogramme	14.00 heute 14.05 Mikroprozessor – Mikrocomputer 14.35 Kleine Welt auf Rädern 2. Teil: Die Streckenführung Die Enge moderner Wohnungen setzt dem Ausbreitungsdrang der Modelleisenbahnen natürliche Grenzen. Die Sendung gibt Tipps, wie das Problem bewältigt werden kann. 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-illustration 17.50 SOKO 5115 Wegen zahlreich angefallener Überstunden muß das SOKO-Team Urlaub nehmen. Doch wie sich bald herausstellt, fällt sogar beim gemeinsamen Mallorca-Aufenthalt Arbeit an. Denn Leiter Göttmann leitet im Flugzeug eine Frau kennen, die auf der Baleareninsel ihre verschollene Schwester suchen will ... 19.00 heute 19.30 Reportage am Montag Frau Schützmann im Einsatz Über Polizeistellen im Revierdienst: Polizistinnen in Uniform, bewaffnet – nicht mit Pistolen zu verwechseln –, werden zunehmend überall im Land eingesetzt. Damit wird die letzte Bastion eines traditionellen Männerberufes von Frauen erobert. Das geht nicht ohne Reibungen voran. Manche Bürger sind verunsichert.
21.15 Naturwissenschaftliche Nobelpreise 1984 Der Däne Niels Jern, der Argentinier Cesar Milstein und der Deutsche Georges Köhler erhielten für ihre Arbeit auf dem Gebiet der Immunologie den Nobelpreis für Medizin. Der Amerikaner Robert Bruce Merrifield den Preis für Chemie und der Italiener Carlo Rubbia sowie der Holländer Simon van der Meer den Preis für Physik. Albert Fölsing stellt die Preisträger und ihre Arbeiten vor. 21.45 Fast wie im richtigen Leben Humoresken mit Gerhard Polt, Gisela Schneebberger, Philipp Arp, Helmut Brasch, Erhard Kölsch, Christoph Weil, Michael Weil, Elisabeth Weiz. Regie: H.Ch.Müller 22.50 Tagesschau 23.00 Unweltschutz Vorbild Japan? Peter Rost stellt die Insel Japan heute unter dem Aspekt Umweltschutz vor. Denn dort konnte beispielsweise der Ausstoß an Schwefeldioxid in den letzten Jahren um 90 Prozent verringert werden, und der Ausstoß von Stickoxyden blieb – trotz zunehmender Motorisierung – konstant. 23.30 Das Nacht-Studio Die Liebe am Nachmittag Franz. Spielfilm (1972) 1.05 Tagesschau	20.15 Heiter Erhardt Witwer mit fünf Töchtern Deutscher Spielfilm (1957) Mit fünf Töchtern im Alter zwischen fünf und zwanzig Jahren lebt Witwer Friedrich Scherzer am Rande einer kleinen Stadt. Als Schiedsrichter kümmert er sich hier um die Kunstschätze und die Bibliothek. 21.45 heute-journal 22.05 Von Gutenberg zum SAT Mölnz – eine Medienstadt 22.55 Anlässe – Beispielsätze Fernsehspiele des ZDF Leben des schizophränen Dichters Alexander März 0.35 heute

3SAT

18.00 Löwenzahn
2. Eine Linde namens Paul
Komödie
Ein Lexikon mit Bildern und Berichten – Kommunikation (2) –
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag“ aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international

Yellow Submarine
Ein Pop-art-Film (England 1967)
Mit den Beatles und weiteren gezeichneten Figuren
Von Lee Minoff, Alf Brodax, Jack Mendelsohn, Erich Segal
Musik: Die Beatles
Regie: George Dunning
21.50 Kennwort Kino
22.50 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
21.15 Ich behalte eine Familie ...
by Fuchsbauer
Im Gespräch mit Claus Hinrich Casdorff
Mit dem Spielfilm „Blacky“ ist eine andere als ein 08/15-Typ. Sein Werdegang beweist es.
21.45 Kopfschmerz
Das wirkliche Leben ist anderswo
22.30 19 Tage in Calcutta
Film von Reinhold Hauff
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Praktische Tipps
19.15 Wovon wir leben
19.45 Aquarietalk
20.00 Tagesschau
20.15 Schachplatz Arndt
21.00 Das Westdeutsche
Spielen, Spieltrieb – Spielbuch?
22.00 Der Tod kommt keine Wunden
Amerikanischer Krimi (1973)
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.30 AB Chwedchen und der Kessel
aus dem Bogen
19.00 Aus der Zeitungsredaktion
Treffpunkt '64
20.00 Trends
Wirtschaft und Soziales
20.45 Die Spurensuche
Schizophrenie bei Jugendlichen
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
Diamonden für die Dame
22.50 Ziel ist die Gesellschaft
Adress Individualpsychologie

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.30 Abendschau
Nur für das Saarland
19.50 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.55 Nachrichten
19.55 Bochum
20.00 Buch Reportage
Vor 30 Jahren gestorben: Wilhelm Furtwängler (1886-1954). Dirigent der Berliner Philharmoniker
20.35 Für Gerechtigkeit und Versöhnung
Desmond Tutu – Friedensnobelpreisträger 1984
21.30 Buch Reportage
21.40 Von Menschen und Schafen
Die Welt der Schaffler
22.40 Jazz am Montagabend
23.40 Nachrichten

BAYERN
19.00 Live aus dem Alchemie
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. M.
22.05 Zwischen Phantasie und Wirklichkeit
Der kolumbianische Schriftsteller Gabriel Garcia Marquez erzählt
22.50 Schachplatz New York
Brandstifter und Biedermann
23.55 Rundschau

Hotel Landhaus Höpen
DAS EXCLUSIVE
NEUE HOTEL
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen
(je 45 Min.)
Sie uns, wir informieren Sie gern.
3043 Schöneberg (Lüneburger Heide)
Telefon 05233 1021 Telefax 05233 1022

Karriere mit Kapitalanlagen
Ein Vermögensvermögen von mehr als 5 Milliarden Mark – das will angelegt sein, das soll wachsen. Wer kann unternehmerisch denken und der Anlagenpolitik dieses Unternehmens zukunftsreiche Impulse geben?
„Hauptabteilungsleiter Kapitalanlagen“. Das ist nur eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 15. Dezember, im großen Stellenanzeiger der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

MITEINANDER
NEUE WEGE FINDEN

Seit 25 Jahren vertreten wir die Interessen von mehr als 50.000 Betroffenen. Als eine der größten Selbsthilfeorganisationen mit 11 Landesverbänden, 160 Ortsverbänden und 50 Jugendgruppen machen wir uns stark für die Rechte Körperbehinderter.

Vor 25 Jahren war die Schaffung von Diagnose- und Therapiemaßnahmen für behinderte Kinder unsere vorrangigste Aufgabe. Heute müssen wir die nachschulischen Probleme der heranwachsenden Behinderten lösen, ihnen helfen, geeignete Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden.

Helfen Sie mit. Auf jede Mark kommt es an. Ihre Spende hilft uns, damit wir weiterhelfen können.

25 Jahre Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte e.V.
Kölner Landstraße 375, 4000 Düsseldorf 13.
Telefon 0211 751065-68.
Spendenkonto 1099000, Kreissparkasse Düsseldorf (BLZ 251 202 000).
Spenden Sie auf das Konto. Wir senden Ihnen gerne kostenfreie Informationen.
Danke für die kostenlose Veröffentlichung dieser Anzeige

decon Markt- und Meinungsforschung GmbH

In Adendorf. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden. Der Liquidator.

Wir bitten um Hilfe für notleidende Kinder in der Dritten Welt
Hilfe für notleidende Kinder leistet die Deutsche Welthungerhilfe als Teil ihrer umfassenden Arbeit für die Ärmsten der Armen. Wir senden Ihnen gerne Informationen über unsere Kinderprogramme zu.
Deutsche Welthungerhilfe
Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1

FINANZANZEIGE

N. V. GEMEENSCHAPPELIJK BEZIT VAN AANDELEN PHILIPS' GLOEIAMPENFABRIEKEN
Rotterdam/Niederlande
Dividendenabrechnung
Wir geben hiermit bekannt, daß für das Geschäftsjahr 1984 auf die Stammaktien unserer Gesellschaft eine Interimdividende von hfl 0,50 je Aktie zu hfl 10,- zur Ausschüttung gelangt. Die Interimdividende ist abzüglich 25 % niederländischer Dividendensteuer gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 133 zu den Stammaktien vom 3. Januar 1985 zu zahlen.
Die Ausschüttung geschieht in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) bei folgenden Banken:
Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Saarbrücken.
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin.
Berliner Handelsbank AG, Berlin.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt a. M., Berlin.
Commerzbank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München.
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München.
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin.
Tietz & Burkhart, Düsseldorf, Frankfurt a. M., M. M. Warburg – Brinkmann, Wirtz & Co., Hamburg.
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken.
Sal. Oppenheim Jr. & Co., Köln, Frankfurt a. M., Saarbrücken, München, Regensburg & Co., Hamburg.
Frankfurt a. M.
Die Ausschüttung der Interimdividende erfolgt in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tages-Geldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Ausschüttung in holländischen Gulden gewünscht wird.
Von der niederländischen Dividendensteuer von 25 % wird auf Grund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens ein Steuerhinder zwei Fünftel vergütet, sofern ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf den dafür vorgesehenen Formular „D 1“ vorgelegt wird, der über die Zentralstelle an die Gesellschaft geleitet wird. Formulare „D 1“ sind bei den obgenannten Banken erhältlich.
Für die Anrechnung von drei Fünftel der niederländischen Dividendensteuer auf die deutschen Steuern vom Einkommen gilt der Art. 13 in Verbindung mit Art. 23 Abs. 2 des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens (vgl. BGBl. 1980 II S. 1781).
Steuerliche Behandlung der 1984 ausgegebenen Bonusstammaktien
Aufgrund eines Erlasses der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, der im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den obersten Finanzbehörden der anderen Bundesländer ergangen ist, entspricht die in der ordentlichen Hauptversammlung der N. V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandelen Philips' Gloeiampenfabrieken vom 26. April 1984 beschlossene Gewährung von Bonusaktien (Gratisaktien) – für 10 Stammaktien wurde 1 neue Stammaktie zu hfl 10,- ausbezahlt – den Voraussetzungen des § 7 KapStStG, d. h. die Ausgabe der Stammaktien unterliegt nicht den Steuern vom Einkommen und Ertrag. Der nach § 7 KapStStG vorgesehene Einzelnachweis durch die Aktionäre kann entfallen.
Eindhoven, den 10. Dezember 1984
Der Verwaltungsrat

PHILIPS

buch aktuell
Die neue Ausgabe von „buch aktuell“ gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf 132 Seiten finden Sie Informationen über die Neuererscheinungen in diesem Herbst. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell“ oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 1305, 4600 Dortmund (bitte 2,- DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).
Kostenlos im Buchhandel!

Multiple Sklerose
100.000 brauchen Ihre Hilfe
Über 100.000 junge Erwachsene haben diese Diagnose schon hören müssen: „Multiple Sklerose“. Die Multiple Sklerose ist eine heimtückische Erkrankung des Zentralnervensystems, die von leichten bis zu schwersten Lähmungen, Seh- und Sprachstörungen, sogar zu völliger Hilflosigkeit führen kann. Sie drängt den MS-Kranken in die Isolation.
Jeder kann an MS erkranken, besonders im Alter von 19 bis 45 Jahren. Bis heute ist noch keine Heilung möglich.
Bitte unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Sie braucht Geld, um durch medizinische Forschung, Beratung und soziale Betreuung das Leben mit der Krankheit zu erleichtern.
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V., Rosental 5/4, 8000 München 2.
Zentrales Spendenkonto: 31 31 31 Stadtparkasse München (BLZ 700 500 00).
Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern
VOLKSUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTScheckkonto FRANKFURT 4300-60 BLZ 500 100 80

مركز التحليل

FUSSBALL / Dem Tabellenführer Bayern München traut niemand so recht

Für Schafstall ist Leverkusen die größte Enttäuschung - warum soll Werder Bremen nicht Meister werden?

Von HEINZ STUMM

Der Herbstmeister, sagt die Statistik, wird in der Regel auch Meister. Doch Bayern München trauen die wenigsten über den Weg. Und da selbst Trainer Udo Lattek (50) beteuert, daß sein Team keine Spitzenmannschaft sei, Nationalspieler Dittmar Jakob (32) vom HSV in Fernsehen das gleiche sagt und auch sonst niemand bereit ist, sein eigenes Licht über den Scheffel zu stellen, bleibt ohnehin die Frage, wer's denn bitte schön sein soll.

Die Antwort hat vielleicht Werder Bremen beim 6:0 über Borussia Dortmund erreicht. Die Bremer, die nicht vom Titel sprechen, spielen zu Hause Fußball zum Anfassenden und sind wie gebannt auf ein Datum fixiert, das genau zwanzig Jahre zurückliegt. 1965 wurden die Bremer zum ersten und einzigen Male Deutscher Meister.

„Jawohl, die Bremer muß man unbedingt in die erste Reihe stellen, wenn nicht sogar noch vor Bayern. Die Münchner werden scharfe Konkurrenz bekommen, und neben Bremen trauere ich den Kölnern einiges zu, wenn sie sich endlich stabilisieren“, sagt mit Rolf Schafstall (46) ein Trainer, der, wenn man so will, aus wenig sehr viel gemacht hat. Der VfL Bochum, seit Jahren für die Nachbarn die Milchkuh, die ständig gemolken wird, als Spieler abgeben muß, meldet Ansprüche auf einen UEFA-Pokalplatz an und hat sich am Ende der Hinserie dort platziert, wo eigentlich Bayer Leverkusen stehen mußte. Beim Stichwort Bayer hakt Schafstall, der in Leverkusen als möglicher Nachfolger des bislang wenig erfolgreichen Dettmar Cramer (59) genannt wird, sofort ein. „Es ist eine alte Erfahrung, daß man eine Mannschaft nicht zusammenkaufen kann. Ein besseres Beispiel als Leverkusen ist kaum denkbar. Diese Mannschaft ist für mich die größte Negativ-Sensation.“

Dennoch hätte Schafstall den zum Fußballklub des Großkonzerns transferierten Christian Schreier (25) liebend gern behalten. Schon wegen der Perspektive. Schafstall: „Klaus Fischer ist eben aufgrund seines Alters ein Mann, mit dem ich nur kurzfristig planen kann.“ Immerhin kalkuliert Schafstall, mit den vorhandenen Spielern noch zwei Spielzeiten existieren zu können. Sollte er in Bochum verlängern („Die ersten Gespräche führe ich mit diesem Klub“), dann will er darauf bestehen, daß Schluß ist mit den Notverkäufen. Denn Not leidet Bochum nicht mehr: Der Zuschauerschnitt liegt schon jetzt 4000 über den Erwartungen. Die Westfalen können sich vor allem mit ihrer Auswärtsbilanz sehen lassen. Die Bilanz - 11:7 Punkte wie der Tabellenprimus FC Bayern - hat für Schafstall vor allem eine psychologische Seite. „Ich schicke meine Mannschaft stets mit der Devise ins Spiel: Männer, ihr könnt hier gewinnen, wir sind gut genug für einen Sieg.“ Dieses Positiv-Denken habe sich ausgezahlt, hinzu käme dann,

daß der Zwang der meisten Gastgeber-Mannschaften, zu Hause das Spiel machen zu müssen, seiner Mannschaft genau ins Konzept paßt: „Wir haben mutige Profis, die ihre Gedanken schnell in die Praxis umsetzen können, also ideale Konterspieler.“ Das 2:0 in Düsseldorf war der jüngste Beweis, für Schafstall indes kein Ergebnis zum Jubeln. „Wir hätten fünf Tore machen müssen, das 2:0 ist viel zu wenig“, ärgert er sich ein wenig über die magere Ausbeute im Rhein Stadion.

In der Rückserie verspricht er sich auch im heimischen Ruhrstadion bessere Auftritte seiner Mannschaft. Seine Rechnung: „Mit Gladbach, Bremen und Bayern sind Mannschaften

ähnlich sieht, ein Defizit an Persönlichkeiten fest. Aber warum soll es im Fußball anders sein als in anderen Gesellschaftsbereichen. Der Fußball ist nun mal nur ein Abbild, ein verdichtetes zudem unserer Gesellschaft.“

Vizepräsident Rainer Pochert (42) widerspricht dem Verdacht, den Kölns Trainer Hannes Löh (42) nach dem 2:0-Sieg in Müngersdorf verbreitete. Löh stellte Kraftverlust bei einigen seiner Profis fest und machte dafür die vielen Doppeltermine in einer Woche verantwortlich. Pochert sieht es genau anders herum. „Die Mittwochstermine sorgen dafür, daß die Mannschaften frisch und lebendig bleiben. Wir waren in der Bundesliga immer stark nach Mittwochsspielen.“

Kölns Nationalspieler Pierre Littbarski (24), von Franz Beckenbauer (39) für das Länderspiel am nächsten Sonntag auf Malta nicht nominiert („Der Litt hätte gegen Spartak Moskau sich nicht die Butter vom Brot nehmen lassen dürfen“), sieht es wie Pochert: „Ich bin froh, wenn ich zwei Spiele in der Woche habe.“ Tatsächlich spielte Littbarski mit 63 Kilo in den letzten drei Spielen, als habe er Kraft auf Vorrat, als wolle er Löhns Jammern über Substanzverlust ad absurdum führen.

Toni Schumacher (30) widerspricht der Ansicht des Bayern-Trainers Udo Lattek energisch, das Spiel mit der Abseitsfalle sei der Tod des Fußballs. „Wenn nicht permanent von zwei Mannschaften auf Abseits gespielt wird, ist die Abseitsfalle eine taktisch interessante Waffe.“

In den nächsten Tagen entscheidet sich wahrscheinlich das weitere Schicksal des Kölners. Nach einem ersten Absturz zwischen Vorstandsmitglied Michael Meier (35) und Schumacher-Berater Rüdiger Schmitts (42) ging man mit der Feststellung auseinander, daß erst das Problem mit dem Schulhausrüster aus der Welt gebracht sein müsse, bevor über Bedingungen geredet wird. Das FC-Trio Peter Weland (62), Karl-Heinz Thielens (46) und Michael Meier, dafür soll es laut Adidas-Geschäftsführer Werner von Moltke (48) Zeugen geben, sei vertragsbrüchig geworden, als man von Adidas zu Puma wechselte. Das entsprechende Aufgebot, das die Kölner zu einem Meinungswandel animiert haben soll, werde, so heißt es, nur bezahlt, wenn auch Schumacher vom Sommer 1985 an mit dem Springbrunnen auf der Brust das Tor hütet. „Das aber kommt nicht in Frage, da kann sich der FC auf den Kopf stellen. Ich werde bei Adidas nicht vertragsbrüchig“, legt sich Schumacher quer, der erst im März dieses Jahres die Option bis 1987 festschrieb.

Das mögliche Argument seines Arbeitgeber, daß dann eben das Geld für den von Schumacher gewünschten Fünfjahresvertrag mit verbesserten Bedingungen fehle, läßt Toni nicht gelten: „Da muß man sich eben einen potenten Geldgeber suchen. Bei anderen, zum Beispiel bei Klaus Allofs, hat es ja auch geklappt.“

Abschluß der Hinrunde: Über drei Millionen Zuschauer

	Heim	Auswärts
1. München	16 11 3 2 37:13	25:7 14:4 13:7 11:3
2. Bremen	17 8 7 2 51:28	23:11 35:12 15:3 16:16 8:8
3. Uerdingen	17 9 5 5 34:21	21:13 21:12 15:3 13:9 6:10
4. Köln	16 9 2 5 40:32	20:12 23:17 12:6 17:15 8:6
5. Gladbach	16 7 5 4 43:28	19:13 23:11 10:4 20:17 9:9
6. Hamburg	17 6 7 4 30:27	19:15 20:8 13:3 10:19 6:12
7. Bochum	17 7 3 7 43:28	19:15 9:8 8:8 18:17 11:7
8. Stuttgart	17 5 7 5 23:24	17:17 15:10 11:5 8:14 6:10
9. Karlsruhe	17 4 5 6 36:38	17:17 20:11 12:4 16:27 5:13
10. Frankfurt	15 6 3 6 20:29	15:15 9:9 8:6 11:20 7:9
11. Mannheim	16 5 5 6 29:33	15:17 20:15 12:6 9:18 3:11
12. Schalke	17 5 4 8 30:34	14:20 18:14 11:7 12:20 3:13
13. Düsseldorf	17 4 6 7 25:29	14:20 16:13 10:6 9:16 4:14
14. Leverkusen	17 3 6 8 25:47	12:22 12:14 8:8 13:33 4:14
15. Karlsruhe	16 5 10 20:33	11:21 15:13 8:8 5:20 3:13
16. Dortmund	16 1 8 7 16:35	10:22 14:21 6:10 2:14 4:12
17. Bielefeld	17 4 2 11 22:43	10:24 13:9 8:9 9:34 2:16
18. Braunschweig		

Mit den 168 870 Zuschauern (Schmitt: 18 763) des 17. Spieltages erreichte die Fußball-Bundesliga eine Gesamtzahl von 3 023 505 Besuchern nach der Hinrunde (Schmitt: 20 291). Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es 3,15 Millionen Zuschauer. Vier Spiele müssen noch nachgeholt werden. - Erfolgreichster Torschütze der Vorrunde war der Kölner Klaus Allofs mit 14 Treffern. Das ist ein Tor mehr, als der Bremer Rudi Völler erzielte. Auf dem dritten Platz folgt Völlers Teamkollege Neubarth (11 Tore). Die 27 Tore der 17. Runde steigerten das Gesamtkonto nach 149 Spielen auf 551 Tore.

26mal verteilten die Schiedsrichter diesmal die gelbe Karte. Das Pech, nach der vierten Verwarnung zusehen zu müssen, hat der Bielefelder Stürmer Reich. Nach sechs Verwarnungen muß der Karlsruher Roth eine weitere Sperre befürchten. In der Hinrunde wurden insgesamt acht rote Karten verteilt, davon drei an Bielefelder Spieler (Ozaki, Kneib, Westervinter). - Der Karlsruher SC (Becker, Bühler) verpaßte beim 0:5 in Stuttgart gleich zwei Elfmeter-Chancen. Der Schalke Täufer verwandelte einen Straßstoß gegen Hamburg, Lothar Matthäus (München) einen gegen Braunschweig.

Dieter Schatzschneider - in der Stunde des Triumphs gab sich das Großmaul zurückhaltend

BERND WEBER, Gelsenkirchen

Vor dem Spiel gegen seinen alten Klub, dem Hamburger SV, hatte Schalkes Mittelstürmer Dieter Schatzschneider seine Wünsche bescheiden so formuliert: Natürlich sollten die Schalker gewinnen. Ein 2:1-Sieg wäre ein herrliches Ergebnis, und wenn er dabei selbst noch ein Tor gegen seine ehemaligen Kollegen erzielen würde, wäre das ein optimaler Einstieg in die Weihnachtsfeiertage.

Als unter dem Strich abgerechnet wurde, stand Dieter Schatzschneider mit vollen Händen da, als er sich in seinen kühnen Träumen ausgemalt hätte. Seine Schalker hatten den HSV sogar mit 3:0 besiegt. Den ersten und letzten Treffer erzielte der Mittelstürmer selbst - und er war damit natürlich zum Held des Tages geworden. Schatzschneider wurden von den 33 000 Zuschauern in lang anhaltenden Sprechchören gefeiert. In seiner Genutung über den totalen Triumph präsentierte er sich den Fans als Star zum Anfassenden. Ließ sich von ihnen auf die Schultern klopfen und

schrub Autogramme, bis ihm die Finger fast schmerzten. Geduldig ließ er sich von einer Fernsehkamera vor die andere schleppen, bereitwillig sprach er in die Mikrophone, was jedermann von ihm hören wollte: In Schalke sei alles super. Der Vorstand, der Trainer, die Mannschaftskollegen, die Zuschauer. Hier, so zog er schließlich sein persönliches Fazit, sei er nach einem schlimmen Jahr in Hamburg wirklich rundum glücklich.

Wohl jeder hätte verstanden, wenn Schatzschneider in dem Zusammenhang auch ein paar böse Sätze über seinen alten Arbeitgeber HSV verloren hätte. Rache ist nun einmal süß, und die Tage, an denen man seiner Freude so ungeniert freien Lauf lassen könnte, sind so häufig nicht. Indes, Schatzschneider gab sich in puncto Vergangenheitsbewältigung ausgesprochen zurückhaltend und diplomatisch. Schon vorher auf dem Spielfeld hatte er für diese Haltung deutliche Zeichen gesetzt. Der Jubel über seine Saisonsreife fünf und sechs fiel weitaus weniger überschwänglich aus als der über die vor-

erzielten Tore. Der Mittelstürmer verzichtete auf alle spektakulären, weitestgehenden Darbietungen, fast cool nahm er von seinen Mannschaftskameraden die Glückwünsche entgegen. Und auch später, als in der guten Stube des Parkstadions, dem natürlich proppevollen Palisanderbaum, die ARD-Sportschau über den Bildschirm flimmerte und die gezeigten Tore noch einmal wahre Begeisterungstürme um Schatzschneider auflösten, saß er in der hintersten Ecke und verfolgte das Geschehen, zumindest nach außen hin, nahezu emotionslos.

Ganz ohne Frage, der früher ewig polternde Stürmer (Ich bin ein Gerschaus-Typ. Einer, der mit der Tür ins Haus fällt und der sein Herz auf der Zunge trägt) hat die Lehren aus seiner bewegten Hamburger Vergangenheit gezogen. Dort war er fast täglich angeekelt, weil er seine Umgebung mit zu flotten Sprüchen genervt hatte. Und zwar so sehr, daß er von den meisten Mitspielern nicht mehr als Mitglied der Gemeinschaft anerkannt wurde. Schatzschneider wurde auf

die Reservebank verbannt, schließlich mit der gehässigen Beurteilung, er sei nur „Stehgeiger mit großer Klappe“ völlig isoliert und am Ende aussortiert. Auch Hamburgs Fußball-Denkmal Uwe Seeler beteiligte sich an der Anti-Schatzschneider-Kampagne. Vor kurzem noch sagte Seeler zur WELT: „Es war eine der besten Taten des HSV-Managements, daß die Schatzschneider wieder verkauft haben. Er war einfach viel zu faul.“

In Schalke wird das niemand behaupten, ja es hat sogar auch dann niemand behauptet, als die 1,2-Millionen-Mark-Neuerwerbung zum Saisonbeginn fast wieder zum tragischen Fall wurde. Denn erst im sechsten Meisterschaftsspiel, gegen Eintracht Braunschweig, traf er zum erstenmal Schalke-Trainer Diethelm Ferner, der ihn bei Hannover 96 entdeckt hatte und der wohl entscheidend für den Transfer war, sagte gestern zur WELT: „Als Dieter zu uns kam, war er völlig verkleumt. Wir mußten ihm erst einmal in langen Gesprächen den Erfolgsdruck nehmen, unter den er sich selbst gesetzt hatte und an dem er fast schon verzweifelt wäre. Die Arbeit hat sich gelohnt.“

Neben Ferner gebührt Manager Rudi Assauer das größte Verdienst daran, daß aus dem Stürmer-Flop wieder ein Angriffstop wurde. Manager und Mittelstürmer wohnen in dem kleinen Ruhrgebietsstädtchen Wülfen, quasi vis-à-vis. Sie haben die räumliche Nähe zu vielen intensiven Einzelgesprächen genutzt. Die beiden verbindet privat sehr viel, nicht selten sieht man sie gemeinsam in Gelsenkirchener Kneipen-aufsuchen. Solche Anspielpunkte wie Ferner und Assauer haben mir in Hamburg einfach gefehlt“, meint Schatzschneider. Wen wundert es da, daß der gefeierte Stürmer gestern in die Einsamkeit geflüchtet ist, um dem Rummel zu entgehen. Drei Tage lang will er sich mit seiner Familie im Harz erholen.

Das wäre vielleicht auch für den HSV die rechte Therapie vor dem schweren Europacup-Rückspiel am Mittwoch bei Inter Mailand. Die Chancen einer Runde weiterzukommen, sind für den HSV minimal. Zumal jetzt auch noch der Einsatz von Nationalspieler Wolfgang Rolff fraglich ist, denn der mußte wegen einer Leistungsverletzung vorzeitig vom Platz. Felix Magath bot in Schalke eine enttäuschende Leistung.



Er könnte die ganze Welt umarmen: Die Genutung über seine beiden Tore ist Dieter Schatzschneider im Gesicht abzulesen. FOTO: LUBERPRINTS

Wie ich noch mehr aus der zurückgezahlten Investitionshilfe mache, sagt mir jetzt der Krügererrand.

Die Bundesregierung hat schnell gehandelt: Die Investitionshilfe-Abgaben für 1983 und 1984 werden in diesen Wochen zurückgezahlt. Das heißt, Sie haben plötzlich Geld zur Verfügung, mit dem Sie nicht gerechnet haben. Freies Geld. Warum machen Sie aus dieser überraschenden Rückzahlung nicht eine vorteilhafte, sichere Rücklage? Z.B. mit Gold.

Gold ist zur Zeit besonders günstig - nicht zuletzt wegen des hohen Dollarkurses. Aber wie lange kann dieser Kurs noch gehalten werden? Deshalb empfehlen erfahrene Anlageberater, gerade jetzt in Gold zu investieren. Eine Investition, die sich auf lange Sicht immer bezahlt macht,

denn Gold gilt als eine der sichersten Anlagemöglichkeiten. Gold in Form von Krügererrand gibt Ihnen eine weitere Sicherheit dazu: die Krügererrand-Goldmünze ist Bestandteil des internationalen Goldhandels und ist deshalb nicht nur langfristig sicher,

sondern auch kurzfristig liquide. Mit vier verschiedenen Größen - 1/2, 1/4 und 1/10 Unze - erlaubt sie Ihnen darüber hinaus eine Wertanlage nach Maß.

Sie erhalten Krügererrand mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei Banken und Sparkassen. Fragen Sie noch heute Ihre Bank über den Aufbau der Sicherheitsreserven in Krügererrand.



Krügererrand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.





Detmar Cramer und die Leverkusener Bank: Pessimistische Gesichter.
Auf 20 Pluspunkten basierte die Kalkulation Cramers für die zu Ende gegangene Hinrunde der Fußball-Bundesliga. Nach dem 1:2 (0:1) beim SV Waldhof Mannheim wurde es jedoch nur 14 Zähler. Das Team befindet sich im Abstiegskampf. Mit Cramer: „Wir haben den Karren gemeinsam in den Dreck gefahren und müssen ihn wieder gemeinsam herausheben.“
FOTO: NORBERT SCHMIDT

Ergebnisse, Spiele und die Vorschau – der 17. Spieltag in der Statistik

ERGEBNISSE

Bremen – Dortmund 6:0 (3:0)
Mannheim – Leverkusen 2:1 (0:1)
Frankfurt – M'Gladbach 1:1 (0:1)
Düsseldorf – Bochum 0:2 (0:2)
Stuttgart – Karlsruhe 5:0 (3:0)
Köln – K'lauser 2:0 (1:0)
München – Braunschweig 3:0 (2:0)
Schalke – Hamburg 3:0 (2:0)
Uerdingen – Bielefeld 1:0 (0:0)

DIE SPIELE

München – Braunschweig 3:0 (2:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Eder, Willmer – Nachtwahl, Matthäus, Lerby (78. Dürrenberger) – Mathy, Hoeneß, Rummenigge (59. Kögl). – Braunschweig: Hoffbach – Geiger, Bruns, Kindermann – Triphacher, Gorski, Pospisil (46. Sackewitz), Hinternauer (74. Schölke) – Worm, Lux. – Schiedsrichter: Mathis (Rodalben). – Tore: 1:0 Hoeneß (7.), 2:0 Matthäus (44.), Foulelfmeter, 3:0 Matthäus (63.). – Zuschauer: 12 000. – Gelbe Karte: Matthäus (3), Lux (2), Hoffbach.

Düsseldorf – Bochum 0:2 (0:2)
Düsseldorf: Greiner – Zewe – Kucinski, Edvalsson – Bockenfeld, Bommer (46. Fleer), Pach, Dugend (46.

Lühr, Weik – Thiele, Holmquist – Borchers, Zundel – Tenhagen – Zugic, Kree – Pickenäcker, Woelk, Oswald, Schulz, Lameck – Kuntz (83. Schreier), Fischer. – Schiedsrichter: Fockler (Weidenheim). – Tore: 0:1 Kuntz (16.), 0:2 Schulz (18.). – Zuschauer: 13 500. – Gelbe Karten: Edvalsson, Kucinski (3), Lühr, Oswald (2).

Bremen – Dortmund 6:0 (3:0)
Bremen: Burdinski – Pezzy – Schaaf, Otten, Okudera – Sidka, Möhlmann (66. Hermann), Meier – Reinders (78. Wolter), Völler, Neubarth. – Dortmund: Imnel – Loose – Egli, Blümann, Störck – Anderbrügge (83. Pagelsdorf), Zorc, Blitche – Dreßel (70. Lusch), Wegmann, Schüller. – Schiedsrichter: Werner (Auermacher). – Tore: 1:0 Neubarth (27.), 2:0 Reinders (35.), 3:0 Völler (38.), 4:0 Völler (51.), 5:0 Völler (64.), 6:0 Völler (67.). – Zuschauer: 18 900. – Gelbe Karte: Schüller (3).

Frankfurt – M'Gladbach 1:1 (0:1)
Frankfurt: Gundlach – Berthold – Svensson, Körbel, Kraaz – Kroth, Falkenmayer, Trieb (32. Boy), Mohr (73. Krämer) – Müller, Tobollik. – M'Gladbach: Sude – Bruns – Herlowski, Hannes – Dreßen, Bahn, Lienen (65. Krauss), Hochstätter (71. Herbst), Frontzeck – Müll, Gienß – Schiedsrichter: Tritschler (Freiburg). – Tore: 0:1 Bruns (31.), 1:1 Tobollik (62.). – Zuschauer: 38 000. – Gelbe Karten:

Svensson (2), Kroth (2), Lienen (2), Dreßen (2).

Köln – K'lauser 2:0 (1:0)
Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Gells – Hartwig, Lehnhoff (87. Gielchen), Hönerbach, Bein, Engels – Litterbach, K. Alofs – K'lauser: Ehrmann – Meizer – Wolf, Dusek – Moser, Geyer, Kitzmann, Majewski (44. Roos), Brehme – Trunk, T. Alofs. – Schiedsrichter: Brückner (Darmstadt). – Tore: 1:0 Bein (17.), 2:0 Litterbach (50.). – Zuschauer: 11 000. – Gelbe Karten: Dusek (3), Wolf (3).

Mannheim – Leverkusen 2:1 (1:0)
Mannheim: Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Tsionanis – Gaudino (85. Hein), Scholz, Schindwein (72. Knapp), Quaiser – Rombach, Heck, Walker – Leverkusener: Vollborn – Bast – Geschlecht (83. Zechel), Böber, Reinhardt – Winkelhofer, Förster, Fatke (46. Hinterberger), Schlegel – Götz, Wans. – Schiedsrichter: Wiesel (Ottbergen). – Tore: 1:0 Walter (25.), 1:1 Götz (50.), 2:1 Walter (63.). – Zuschauer: 10 000. – Gelbe Karten: Dickgießer (3), Geschlecht (2), Götz.

Schalke – Hamburg 3:0 (2:0)
Schalke: Jungmann – Dietz – Schipper, Kruse – Dierßen, Thon, Opitz, Jakobs, Memering (70. Ellenfeld) – Scholz – Schneider (88. Skibbe), Tücher. – Hamburg: Stein – Wehmeyer – Groh, Ja-

kobs, Schröder – Kaltz, Röll (42. Soher), Magath (63. McGhee), von Heesen – Wuttke, Mielowski. – Schiedsrichter: Schmidhuber (Ottobrunn). – Tore: Schatzschneider (17.), 2:0 Tücher (37. Foulelfmeter), 3:0 Schatzschneider (82.). – Zuschauer: 33 000.

Stuttgart – Karlsruhe 5:0 (3:0)
Stuttgart: Rolder – Malkin – B. Förster, K.-H. Förster – Müller, Buchwald, Allgäwer, Ohllicher (80. Lorch), Sigurvinsson – Reichert (85. Wolff), Klinsmann – Karlsruhe: Reiser – Theiss – Roth, Zahn (85. Nadu) – Kelm, Künast, Becker, Dittus (74. Mitrovic), Gross – Günther, Bühler. – Schiedsrichter: Roth (Salzgitter). – Tore: 1:0 Allgäwer (26.), 2:0 Buchwald (30.), 3:0 Buchwald (38.), 4:0 Klinsmann (59.), 5:0 K.-H. Förster (86.). – Zuschauer: 19 000. – Gelbe Karten: B. Förster (4/1), Theiss (2), Roth (4/2).

Uerdingen – Bielefeld 1:0 (0:0)
Uerdingen: Vollack – Herget – Brinkmann, Wöhrin – Klinger, F. Funkel, Raschid, Buttgeriet (58. Puszczyk), W. Funkel – Felzer, Gudmundsson (85. Thomas). – Bielefeld: Hellmann – Wohlers – Hupé, Drona – Schuler, Bäscher, Foda, Borchers, Rautiainen – Reich, Ozaki (72. Patern). – Schiedsrichter: Hellmann (Drenthede). – Tore: 1:0 W. Funkel (86.). – Zuschauer: 12 000. – Gelbe Karten: F. Funkel (3), Reich (4), Rautiainen (3).

**erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.**

VORSCHAU

Nachholspiele: Dienstag, 11. 12.
M'Gladbach – Bayern (3:0)
Samstag, 22. 12.
Mannheim – Köln (2:2)
Samstag, 23. 1. 1985:
Mannheim – Schalke (1:1)
Bielefeld – Dortmund (0:0)
In Klammern die Ergebnisse vom letzten Jahr.
DFB-Pokal, Achtelfinale:
Mittwoch, 12. 12., 14.00 Uhr:
Jülich – Bremen



Nach einem gesegneten und erfüllten Leben wurde mein geliebter Mann, unser guter, verehrter Vater und Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater, mein getreuer Bruder, unser lieber Schwager und guter Onkel

Kaufmann

JOSEF BÖLLHOFF

* 21. 3. 1894 † 4. 12. 1984

Komtur des Ordens der Ritter vom Hl. Grab zu Jerusalem

von Gott gerufen, gestärkt durch die hl. Sakramente unserer Kirche.

In Liebe und Dankbarkeit bitten wir um ein Gebet für unseren lieben Verstorbenen.

Maria Böllhoff, geb. Schulte
Marili Frieling, geb. Böllhoff, und Walter Frieling
Gerhard Böllhoff
Ingeborg Böllhoff, geb. Kumpers
Wolfgang und Regina Böllhoff, geb. Roedel
Mechthild Böllhoff
Irmgard Lehmann
Leo Böllhoff und Hanna Böllhoff, geb. Becker

4800 Bielefeld 1, Humboldtstraße 17

Die Beisetzung findet im Familien- und engen Freundeskreis statt.

Einem Wunsche von Herrn Josef Böllhoff entsprechend, wird statt Blumen und Kränzen um eine Spende für den Orden der Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem an das Bankhaus Schliep, Düsseldorf, Kto. des Ritterordens 1596-006, BLZ 30030600, oder für die Bodelschwinghischen Anstalten Beihilf an die Sparkasse Bielefeld, Kto. Nr. 6420103, BLZ 48050161, gebeten.

Bestattungsunternehmen Conrad Schormann, Oberitorwall 12b, 4800 Bielefeld 1



Wir trauern um

JOSEF BÖLLHOFF

* 21. 3. 1894 † 4. 12. 1984

Komtur des Ordens der Ritter vom Hl. Grab zu Jerusalem

Ehrenvorsitzender des Beirates

Persönlich haftender Gesellschafter 1923-1973

Wir verdanken seiner unternehmerischen und menschlichen Persönlichkeit die wesentlichen Grundlagen unserer Unternehmensgruppe.

Sein Tod ist uns Verpflichtung, das Werk in seinem Sinne fortzuführen.

Unternehmensleitung und Mitarbeiter der Böllhoff-Gruppe
Archimedesstraße 1-4 · D-4800 Bielefeld 14
Wilhelm Böllhoff GmbH · Böllhoff & Co.
Kopperschmidt-Mueller · Uniquick Montagetechnik mit Tochtergesellschaften in Großbritannien, Frankreich, Italien, Niederlande und Österreich sowie in Brasilien und Mexiko.

Die Beisetzung findet im Familien- und engen Freundeskreis statt.

Einem Wunsche von Herrn Josef Böllhoff entsprechend, wird statt Blumen und Kränzen um eine Spende für den Orden der Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem an das Bankhaus Schliep, Düsseldorf, Kto. des Ritterordens 1596-006, BLZ 30030600, oder für die Bodelschwinghischen Anstalten Beihilf an die Sparkasse Bielefeld, Kto. Nr. 6420103, BLZ 48050161, gebeten.

Dr. med. Günther Kreutzfeldt

6. 7. 1920 4. 12. 1984

In Dankbarkeit und Trauer
Dr. Traute Kreutzfeldt-Abas

Scheffelstraße 18
2 Hamburg 60

Die Trauerfeier hat stattgefunden.
Bitte keine Besuche.

Herzlichen Dank

allen, die uns durch Wort und Schrift, Kranz- und Blumenspenden ihre Anteilnahme beim Tode meines Mannes und Vaters

Franz Schwindling

erwiesen haben.

Maria Schwindling
mit Familie

Kirchstockach, im Dezember 1984



NORFI

Unser Gesellschafter-Geschäftsführer und Gründer.

Herr Eckhard Fährnich,

hat seine Mehrheitsbeteiligung an der NORFI Nordflitter-Anlagenbau GmbH, Ratekau und die Beteiligung an der NORFI Umwelttechnik GmbH, Unterensingen bei Stuttgart, an seine bewährten Partner,

Herrn Horst Jentzsch und Herrn Berthold Schuppler,

die bereits seit vielen Jahren als Gesellschafter-Geschäftsführer die Geschäfte der NORFI Umwelttechnik GmbH in Unterensingen erfolgreich geleitet haben, sowie

Herrn Ulrich Fuhrmann

mit Wirkung vom 1. Januar 1985 verkauft. Herr Ulrich Fuhrmann wird nach dem Ausscheiden von Herrn Fährnich zum weiteren alleinvertragsberechtigten Geschäftsführer der NORFI Nordflitter-Anlagenbau GmbH, Ratekau, ernannt, neben Herrn Reppes.

Herr Fährnich sah sich zu diesem Verkauf veranlaßt, da ihm durch seine Aktivitäten in der Schlauch-Handels-Produktions GmbH, in der er ebenfalls Gesellschafter-Geschäftsführer ist, nicht mehr die erforderliche Zeit für die Aufgaben in der Gruppe blieb.

Wir bitten Sie, den genannten Herren das gleiche, volle Vertrauen entgegenzubringen. Herr Fährnich hat sich bereit erklärt, der NORFI-Gruppe mit seinen langjährigen Erfahrungen auch nach dem Ausscheiden noch zur Verfügung zu stehen.

NORFI

Anlagenbau GmbH, Ratekau

NORFI

Umwelttechnik GmbH, Unterensingen

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

W 286

Garantieanmietung

Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!



IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH Tel. 0228 221021
Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1

Vertrieb für Frischprodukte

Wir sind ein leistungsfähiges Unternehmen für den Vertrieb von kühlbedürftigen Lebensmitteln und haben in Süddeutschland Kapazitäten frei.

1000 m² Kühlager / 500 m² Trockenlager
160 t Lkw-Nutzlast / ca. 40 Mitarbeiter

Standort Stadtrand Ulm mit bester Autobahn-Anbindung. Auslieferungsgebiet ca. 150 km im Umkreis. Übernahme auch als Auslieferungslager möglich.

HENKE GMBH
Flinschstraße 2-4, 6000 Frankfurt/M 60
Telefon 0 69 / 41 71 71, Telex 4 17 156

Wirtschaftliche Sorgen, schwer lösbare Probleme, Engpässe ... dann Management auf Zeit?

Unternehmensberater, Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingespieltes, akademisch vorgebildetes Management-Team (Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., Wirtschaftsprüfer), das Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten oder sonstige Krisen (Unfall, Krankheit, Todesfall) gerät sind – in dringenden Fällen kurzfristig – zur Verfügung steht. Es deckt sämtliche Bereiche: Verkauf/Vertrieb, Innovation, Finanzen/Steuer/Rechnungswesen, Technik/Entwicklung/Fertigungsgesteuerung, ab und schließt jede Lücke in der „Chefsache“. Durch Rationalisierung werden alle Bereiche auf den betriebswirtschaftlich und technisch neuesten Stand gebracht. Auch Einsatz eines Teil-Managements oder eines

Geschäftsführers auf Zeit ist möglich, jeweils nach Erfordernis. Langjährige, umfassende Erfahrungen in vielen Branchen liegen vor. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Wir beraten Ihre Probleme und stimmen mit Ihnen den optimalen Weg ab. Kontaktaufnahme erbeten unter C 11833 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Telefon 0 61 83 / 8 29 82

Telefax 4 17 951

Wir schenken Ihre Inserate für alle Zeitungen / Zeitschriften zu Originalverlagspreisen (kein Aufschlag).

Telefon 0 61 83 / 8 29 82

Telefax 4 17 951



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

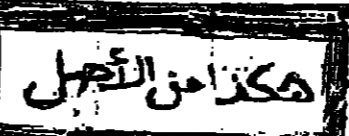
Sind Alleinimporteure für **japanische Gehäuselager** eines namhaften Herstellers. Für die Räume Berlin, Nord- u. Südbayern werden **aktive Verkaufspartner** gesucht. Zuschr. u. K 11 903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Handelsvertreter-Idee

Leistung ist alles. Exkl. Info-Ring bietet freien Handelsvertretern interess. Nutzungsmöglichkeiten an. Kosten! Info anfordern. Zuschr. u. P 11 885 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Zukunfts-Markt

Erprobt u. bewährt, schonungslos nach. Umwelttechnik-Betriebsrat für Öl u. Gas soll weltweit vermarktet werden. Unternehmen oder Planer, die den zukünftigen Markt des Altbauers erkennen haben und sich hier finanz. arrang. wollen, schreiben u. K 11 881 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



FC BAYERN MÜNCHEN / Umstrittener Dieter Hoeneß trifft wieder

„Die Vorurteile gegen mich lassen sich nicht abbauen“

MARTIN HÄGELE, Stuttgart
Im Hause Hoeneß wurde gestern das Mittagessen kalt. Der Familienvater kam erst spät heim vom Training. Der Mittelstürmer des FC Bayern ist der Mann der Woche in München. Ein Pokalturnier am Dienstag gegen Waldhof hat Bayern vor einer Blamage bewahrt. Nach seinem ersten vollen Einsatz über 90 Minuten und nach seinem ersten Bundesligatreffer (zum 1:0 über Eintracht Braunschweig) in dieser Saison, da hat das Volk im Olympiastadion den Daumen wieder mal runtergedreht. Wieder mal nach oben. Dieter Hoeneß war nicht mehr Depp, sondern Held.

Die Sonne scheint wieder, beschreibt Dieter Hoeneß seine Gefühle, aber daß er da immer zwischen heiß und kalt durchläuft, das sei die spezielle Gerechtigkeit, die einem Mittelstürmer widerfährt. Hoeneß: „Manchmal ist das zum Verzweifeln, aber dann gibt es auch die totale Euphorie. Das ist der besondere Reiz der Position: einer, der für 15 bis 20 Tore pro Jahr gut ist, wird im Gehaltsgefüge des Vereins genauso wie in der Presse anders behandelt als ein linker Verteidiger.“

Vor ein paar Tagen noch, vor den beiden Toren, hat Dieter Hoeneß gesagt: „Ich habe alle Illusionen verloren, von den Zuschauern gerecht behandelt zu werden. Da bestehen eben Vorurteile, die lassen sich nicht abbauen. Zum Glück handelt es sich dabei nur um eine dumme Minderheit.“

Gestern nun sagte er: „Jemandem gibt es doch noch eine Gerechtigkeit.“ Dieses Los verfolgt ihn sein Fußball-Leben lang. Dieter Hoeneß war nie Künstler, stets Kämpfer. Und den Rastellern am Ball begegnete er mit den Mitteln des Athleten.

Aber die Elefantenhaut hat der Ulmer Metzgers-Sohn nie besessen. Ganz im Gegenteil. „Der Dieter reagiert sehr empfindlich auf Pfiffe und Lob“, erklärt Markus Hürwick, der Pressesprecher des FC Bayern München, der Dieter zu den sensibelsten Spielern der gesamten Bundesliga zählt.

Und weil sich Dieter Hoeneß im Leben sehr viel von seinen Gefühlen hat leiten lassen, weil er nicht so abgebrüht und kalt rechnet wie zum Beispiel sein Bruder, der Manger Uli, deshalb hatte sich Dieter das Ende seiner Karriere auch ganz besonders schön emotional ausgemalt: „Es sollte noch etwas Großes werden, eine runde Geschichte.“

Nie zuvor habe er sich in der Saisonvorbereitung reingehängt wie heute, erzählt er. Doch dann kam der Bänderriss, die Operation, die Pause und der Punkt, „wo mir alles gestunken hat und ich mich fragen mußte, hat das alles noch einen Wert.“

Spätestens seit Samstag weiß der Mittelstürmer aus München, daß sich alles gelohnt hat. Das auf die Zähne beißen. Daß er die Hämme und das Gelächter geschluckt hat. Die Augenblicke, in denen dieses Mannsbild ei-

ner Trauerweide glich. Spätestens mit seinen beiden Treffern hat Dieter Hoeneß all seinen Kritikern gezeigt, daß man ihn nicht abschreiben kann wie einen alten Gaul. Einer mit dem Ehrgeiz des Dieter Hoeneß bestimmt seinen Abgang selbst. 32 wird er im Januar, und fürs neue Jahr hat er sich sein letztes großes Ziel vorgezeichnet. „Ich will bescheiden sein, und ich weiß auch nicht, ob ich in der Rückrunde einen Stammsplatz bekomme. Aber wenn wir das nicht gelingt, dann habe ich mir für das deutsche Pokalendspiel oder das Europacup-Endspiel noch etwas Besonderes vorgenommen als Abschluß meiner Laufbahn.“

Dieter Hoeneß' Gedanken spielen fast nur noch in der Zukunft. Ein Jahr lang mal ausspannen, Frau und Familie die Gelegenheit geben, die Welt kennenzulernen, dabei selbst nachhaken, was der Fußball-Profi Dieter Hoeneß versäumt hat: „Ich habe doch nur Flughäfen, Stadien und Hotels gesehen.“

Und dann sei da noch sein größter Traum, die Künstlerkneipe, sagt Hoeneß. „Gastronomie und Malerei interessieren mich, haben mich immer interessiert, und ich habe auch einen Freund und Geschäftspartner mit ähnlichen Neigungen gefunden.“

Weihnachten ist die Zeit der Träume. Der Fußball-Millionär Hoeneß kann die seinen wohl verwirklichen, muß sie nicht mehr lange vor sich herschieben.

2. Liga

Eklat um das Talent Heidenreich

Hannover 96 kam im Verfolger-Duell zu einem 2:2 bei Hertha BSC Berlin. Maximilian Heidenreich, 17 Jahre alt und bereits von mehreren Bundesligavereinen umworben, war vor der Abreise nach Berlin drei Minuten zu spät zum Mannschaftsbus gekommen und wurde daraufhin von Trainer Werner Biskup wieder nach Hause geschickt. Später überlegte er es sich anders und nahm das Talent doch mit ins Olympiastadion.

Die Berliner blieben im eigenen Stadion zwar weiter ungeschlagen, hinterließen aber längst nicht mehr den starken Eindruck der vorangegangenen Heimspiele. Mit einem Sieg vor 10.000 Zuschauern hätten die Berliner den Tabellennachbarn aus Hannover auch ohne jeden Punktgewinn aus den beiden noch ausstehenden Nachholspielen der Hinrunde bereits überflügeln können.

Zwei wichtige Punkte im Kampf gegen den Abstieg errang der Tabellenletzte St. Pauli. Die Hamburger besiegten den VfR Birstadt mit 3:0 und verringerten damit den Abstand zum Vorletzten SSV Ulm auf zwei Punkte.

Nach dem 2:2 der Ulmer gegen die Stuttgarter Kickers erhielt Trainer Hannes Baldau, dessen Position stark gefährdet ist, Unterstützung von Torwart Walter Modick. Der 33-Jährige alte Ulmer, der seiner Mannschaft wegen einer Verletzung schon seit Monaten nicht zur Verfügung steht, hat die Stelle des Assistenten-Trainers übernommen, um Hannes Baldau zu entlasten.

DIE ERGEBNISSE

Wattenstein - Saarbrücken	1:2 (1:0)
St. Pauli - Birstadt	3:0 (1:0)
Homburg - Freiburg	0:1 (0:0)
Ulm - Stuttgart	2:2 (2:0)
Hertha BSC - Hannover	2:2 (1:1)
Solingen - Köln	4:1 (2:0)
Kassel - Nürnberg	4:0 (2:0)
Aachen - Offenbach	1:0 (0:0)
Oberhausen - BW Berlin	2:5 (1:3)
Darmstadt - Duisburg	1:3 (1:2)

DIE TABELLE

1. Aachen	19	11	5	35	20	27:11
2. Saarbrücken	19	11	4	44	22	26:12
3. Kassel	18	10	4	36	27	24:12
4. Hannover	19	9	5	36	31	23:15
5. Hertha BSC	17	8	3	30	24	22:12
6. Wattenstein	19	10	2	31	30	22:16
7. Solingen	19	9	3	37	32	21:17
8. Nürnberg	19	9	3	30	28	21:17
9. Offenbach	19	7	5	25	28	19:19
10. BW Berlin	19	6	5	32	33	17:21
11. Freiburg	19	6	5	32	35	17:21
12. Duisburg	19	6	5	32	36	17:21
13. Birstadt	19	7	2	30	32	16:22
14. Darmstadt	19	5	8	23	32	16:22
15. Köln	19	6	4	29	27	16:22
16. Stuttgart	18	6	3	25	27	15:21
17. Oberhausen	19	5	9	29	38	15:23
18. Homburg	18	6	2	30	28	14:22
19. Ulm	19	5	4	10	23	14:24
20. St. Pauli	18	4	10	26	38	12:24

DIE VORSCHAU

Nachholspiele, Samstag, 15. Dezember, 14 Uhr: St. Pauli - Stuttgart, Homburg - Hertha BSC.

SKI ALPIN / Traudl Hächer und die erstaunliche Form der deutschen Damen



Nach sechs Jahren Anlauf der erste große Erfolg: Traudl Hächer kann ihren Weltcup-Sieg in Davos noch gar nicht fassen

„Das gibt es gar nicht, ich glaub', ich spinne“

PETER LAND, Davos

Ob sie jemals Hautdarstellerin würde oder ob sie sich mit einer Statistenrolle zu begnügen habe - das alles war nie so recht klar. Fest stand nur: Die 21jährige Traudl Hächer aus Scheching galt jahrelang als ewiges Talent im Wartestand, zumindest bis zum Wochenende. Dann gewann sie völlig überraschend mit der hohen Startnummer 54 das Weltcup-Rennen im Super-Riesenslalom von Davos. Kommentar der unvorherhofften Siegerin: „Das gibt es nicht! Das gibt es nicht! Ich glaub', ich spinne! Ähnliches muß wohl auch Bundestrainer Willi Lesch gedacht haben, denn Traudl Hächer hatte damit den Grundstein für den größten deutschen Erfolg in der Geschichte des alpinen Weltcups gelegt. Sechs deutsche Läuferinnen unter den zehn Besten - das gab es bisher noch nie. Marina Kiehl, am Mittwoch in der Abfahrt noch hauchdünn von der Schweizer Siegerin Zoe Haas abgefangen, lag eine hundertstel Sekunde hinter der Schweizerin Maria Walliser. Ihr dritter Platz brachte der Münchnerin nach drei Saisonrennen die Führung im Gesamt-Weltcup ein. Michaela Gerg (Lenggries) wurde Sechste, direkt dahinter folgten Irene Epple aus Seeg, Karin Dedler aus Dietmannsried und Heidi Wiesler aus Staufen auf den Rängen sieben, acht und neun.

Für Traudl Hächer war es der erste Weltcup-Sieg nach sechs Jahren Anlauf. Ihre bisher besten Placierungen waren sechste Ränge beim Riesenslalom in Aspen/USA (1981) und Pfronten (1982) sowie ein fünfter Platz in der Kombination von Saalbach/Österreich (1981).

Daß die Erfolgsbilanz nicht größer war, hatte einen triftigen Grund. 1982 stürzte sie bei der Abfahrt in Arosa schwer. Traudl Hächer: „Im Knie war alles kaputt, was möglich ist. Kreuz-, Innen- und Außenband.“ Zwei Winter kämpfte sie hart, aber ohne gro-

ßen Erfolg um den Anschluß, bestritt die erste Abfahrt nach zweijähriger Pause dann am Mittwoch in Puy St. Vincent. Sie landete auf Platz 21, und vor dem Rennen in Davos hatte sie sich danach vorgenommen: „Unter die ersten zehn will ich kommen.“

Mit vier Jahren lernte Traudl Hächer bereits das Skifahren, mit sechs fuhr sie ihr erstes Rennen, und immer war der Vater ihr Skilehrer, ihr großes Vorbild. Eines Tages wollte auch sie so erfolgreich sein wie er. Immerhin war der Zöllner Hans Hächer 1953 deutscher Meister im Riesenslalom und in der Kombination gewesen.

Die ersten Opfer für eine solche Karriere brachte sie schon vor drei Jahren, als sie die Handelschule aufgab, um sich nur noch auf den Skirennlauf zu konzentrieren. Und das sah meistens so aus: sieben Uhr aufstehen, Frühstück, Frühstück, Training oder Rennen, Mittagessen, wie der Skifahren, Umziehen, Gymnastik oder Ausgleichssport. Mannschaftsbesprechung mit Auswertung der Video-Aufnahmen, Abendessen, Bettruhe. Das tagtäglich und acht bis neun Monate lang im Jahr. Und dann kamen statt der erhofften Erfolge die Rückschläge, die herben Niederlagen, die Verletzungen und die Notwendigkeiten, damit fertig werden zu müssen. Dabei sollte es für die ehemalige Junioren-Europameisterin im Riesenslalom eigentlich nur aufwärts gehen.

Über Spott im eigenen Team brauchte sie sich schon deshalb nicht zu sorgen. „Einmal möchte ich so sein wie der Ingemar Stenmark“, hat sie schließlich erzählt. Trainer Willi Lesch zog sie damit auf: „Traudl, lang bist du wie der Ingemar, mauflauf bist du wie der Ingemar, und der Ingemar ist fast so schön wie du. Jetzt brauchst du nur noch so zu fahren wie der Ingemar.“ Am Wochenende in Davos hat sie es versucht - mit Erfolg.

Ein neuer Slalom-Star

Die Erfolgsserie der deutschen Skiläuferinnen wurde unterbrochen. Beim 2. Weltcup-Slalom im schweizerischen Davos erreichte Maria Epple-Beck (Seeg) als Zwölfte die beste Platzierung. Regine Mösenlechner (Inzell) wurde 14. Den Sieg erkämpfte sich eine junge Französin: Christelle Guignard, Frankreichs neue Slalom-Hoffnung, feierte in 94,04 Sekunden ihren ersten Weltcup-Sieg. Sie ließ dabei die nach dem ersten Durchgang führende ehemalige Schweizer Weltmeisterin Erika Hess (94,26) hinter sich. Dritte wurde ebenso überraschend die Französin Hélène Barbillier (94,88).

Schon im ersten Lauf ausgeschieden waren Tamara McKinney, die Weltcupsiegerin des letzten Winters, sowie Maria Walliser (Schweiz), die so auf wertvolle Punkte in der Kombinationswertung verzichten mußte, obwohl sie den zur Kombination zählenden Superriesenslalom als Zweite beendet hatte. Ohne Kombinationspunkte blieb auch Irene Epple (Seeg). Nach dem ersten Durchgang auf Rang 33 liegend, verzichtete sie auf den zweiten Lauf.

Das weitere Weltcup-Programm: Freitag 14.: Abfahrt in Madonna di Campiglio; Samstag 15.: Slalom in Pinzavalle; Sonntag 16.: Riesenslalom in Kranjska Gora; Donnerstag 20.: Abfahrt in Altenmarkt und Freitag 21.: Slalom in Altenmarkt.

Beim Weltcup-Auftakt der Skilangläufer im italienischen Cogne gewann der Norweger Pal-Gunnar Mikkelsen das 15-km-Rennen in 40:38,2 Minuten vor dem Finnen Karl Haerkoenen (41:07,6). Bester Deutscher war Josef Schneider (Grafenau) in 43:03,9 Minuten auf Platz 24, gefolgt von Jochen Behle (Willingen) auf Platz 26 in 43:05,2. „Unser Trainingsaufbau ist ganz auf die Weltmeisterschaften im Januar abgestellt“, erklärte Bundestrainer Detlef Nirschl das schwache Abschneiden.

FUSSBALL / Europameister Frankreich enttäuschte, Platini war schwach

Trotz 0:2: Die „DDR“ bleibt sich treu und setzt Weg der Verjüngung fort

E.-F. RAULF, Paris

Eigentlich haben die Franzosen viel weniger für das Spiel getan als wir. Aber sie haben mehr aus dem gemacht, was sie vor uns Tor brachten.“ So kommentierte Verbands-Cheftrainer Dieter Fuchs die 0:2-Niederlage der „DDR“-Auswahl in Paris gegen Frankreich im Qualifikationsspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft.

Europameister und Olympiasieger Frankreich, bei dem der Trainerwechsel von Michel Hidalgo zu Henri Michel offenbar reibungslos verliefen ist, baute die Tabellenführung in der Gruppe vier weiter aus und kann auf die beste Jahresbilanz seiner Verbandsgeschichte zurückblicken. Der 2:0-Erfolg über die „DDR“ nach Toren von Stopyra (31.) und Anziani (90.) war der zwölfte Sieg in Folge. „Das war die Krönung eines überaus guten Jahres. Bei 7:0 Toren und 6:0 Punkten in der WM-Qualifikation können wir mit Optimismus auf die Endrunde in Mexiko denken“, sagte Kapitän Michel Platini.

Im ausverkauften Prinzenpark-Stadion von Paris wurden die Erinnerungen an das „Ausnahmeteam Frankreich“ („DDR“-Auswahltrainer Bernd Stange), das bei der Europameisterschaft im eigenen Land noch

so gegläntzt hatte, allerdings nicht so recht wach. Am meisten enttäuschte vor 48.000 Zuschauern Frankreichs Starspieler Michel Platini, der gegen den 19-jährigen Dresdner Jörg Stübner nicht zurecht kam.

„Wer weiß, was gewesen wäre, wenn die Franzosen erst mal in Rückstand geraten wären“, trauerte „DDR“-Trainer Bernd Stange den vielen Chancen seiner Spieler hinterher. „Nächste Woche spricht keiner mehr von unserer guten Leistung hier“, sagte er. „Da blickt man nur noch auf die Tabelle, und jeder sieht, daß wir Vorletzter sind. Noch ist zwar nichts entschieden, aber es wird immer schwerer.“

Hinter Frankreich, Jugoslawien (3:1 Punkte) und Bulgarien (3:3) liegt die „DDR“ mit 2:4 Punkten nur auf dem vierten Platz der Tabelle. Trotzdem will der junge Trainer mit seinem Assistenten Harald Irmscher den eingeschlagenen Weg der Verjüngung fortsetzen. „Wenn es diesmal noch nicht klappt, probieren wir es zur Europameisterschaft eben wieder“, sagte er. „Keiner darf Wunder erwarten, schließlich ist diese Mannschaft erst seit dem Sommer zusammen.“

Der siebenmalige Meister von Südamerika, Independiente Buenos Aires, gewann durch einen 1:0-Erfolg über Europapokalsieger FC Liverpool zum zweiten Mal nach 1973 den inoffiziellen Weltcup. Der argentinische Klub tritt damit die Nachfolge von Gremio Porto Alegre an, das vor einem Jahr den Hamburger SV in der Verlängerung mit 2:1 besiegt hatte.

Buenos Aires sorgte in dem mit 62.000 Zuschauern ausverkauften Olympiastadion von Tokio durch ein Tor von Jose Percudani (19.) bereits für den 15. südamerikanischen Erfolg im 23. Wettbewerb. Den letzten Pokalsieg eines europäischen Teams schaffte Bayern München 1976.

Der frühere Bundesliga-Trainer Rudi Gutendorf, der den japanischen Meister Yomiuri FC betreut und das Spiel von der Tribüne aus verfolgt hatte, erklärte später: „Die Argentinier haben verdient gewonnen. Die Zuschauer waren sicher vom Ergebnis enttäuscht, weil sie mehr Tore sehen wollten. Es war aber kein schlechtes Spiel.“ Und über die Bedeutung des Weltpokals fügte er hinzu: „In Europa wird dieser Pokal nicht so ernst genommen. In Südamerika aber wird er wie eine Weltmeisterschaft gefeiert.“

Wer bietet was im gesamten DV-Markt?

-hard and soft-

DM 38,-



Der erste umfassende Branchenführer für die Informationsverarbeitung

- Übersichtlich und klar gegliedert:
 - Teil A Benutzerhinweise
 - Teil B Schlagwortregister
 - Teil C Lieferantenregister
 - Teil D Firmenregister
- Mit kompletter Anschrift, Telefon, Telex, Geschäftsstellen, Lieferprogramm

Bestellen Sie noch heute!



ich bestelle..... Exemplar(e) online computer address zum Preis von DM 38,- pro Expl. (einschl. MwSt. zuzügl. Versandkosten)

Name/Vorname _____
Firma _____
Str./Nr. _____
PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____
Mit ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Verlagsgesellschaft Rudolf Müller GmbH, Postfach 410949, 5000 Köln 41 schriftlich widerrufen kann.



Verlagsgesellschaft
Rudolf Müller GmbH
Postfach 410949 · 5000 Köln 41

TENNIS

Kohde und Partnerin chancenlos

Der krönende Abschluß gehörte Chris Evert-Lloyd und Mats Wilander, nachdem das Jahr 1984 mehr als elf Monate lang nicht als ganz große Tennissaison der 29-jährigen Amerikanerin und des neun Jahre jüngeren Schweden gewesen war. Bei den mit 1,28 Millionen Dollar dotierten 73. Australian Open in Melbourne gewann die anscheinend ewig junge Amerikanerin bei ihrer vierten Endspieldteilnahme mit 6:7, 6:1, 6:3 gegen die Pragerin Helena Suková ihren zweiten Titel nach 1982. Vorjahressieger Mats Wilander bestätigte eine Woche vor dem Göteburger Davis-Cup-Finale gegen den 28-jährigen Rekordgewinner USA mit 6:7, 6:4, 7:6, 6:2 im Herrenfinale über den Südafrikaner Kevin Curren seine derzeitige Glanzform.

Das deutsche Tennis war einmal mehr bis zum letzten Spieltag durch

TURNEN / Bundestrainer Fürst macht weiter

Der DTB-Pokal ist nur finanziell großer Erfolg

Schon im zweiten Jahr seines Bestehens scheint der DTB-Pokal im internationalen Kunstturn-Kalender seinen festen Platz gefunden zu haben. Trotz der Konkurrenz durch den verkaufsoffenen Samstag und das parallel ausgetragene Fußball-Bundesligaspiel des VfB Stuttgart kamen 18 000 Zuschauer in die Stuttgarter Schleyer-Halle und sorgten im 350 000-Mark-Etat für ein fünfstelliges Plus.

Wenn man die vier Stunden Fernsehübertragung hinzurechnet, bei der noch einmal mehrere Hunderttausend angesprochen wurden, können wir mit der Werbung für unsere Sportart hochzufrieden sein, strahlte Robert Bauer, der Geschäftsführer des Schwäbischen Turnbundes. Das Prädikat der Extraklasse jedoch hat der Wettbewerb nicht verdient. Dazu fehlten noch zu viele Weltklasse-Athleten. Das soll anders werden: "In zwei bis drei Jahren werden wir die absolute Weltklasse hier versammeln haben," erklärte Bauer, der nach zwölfjähriger Pause erstmals wieder Turner aus der UdSSR nach Deutschland verpflichten konnte.

Der neue Modus mit Kür-Mehrkampf und Gerätefinale sowie die Übernahme der Flug- und Aufstiegskosten erleichterten dem Ostblock ebenso wie den Asiaten die Zusage. Doch trotz dieser eindeutig kommerziellen Interessen seien Verhältnisse wie in der Leichtathletik mit Handgeldern unter dem Tisch im Turn noch nicht üblich, beteuerte Funktionär Bauer.

Sportlich geriet das Treffen zwischen Ost und West zu einer Bestätigung für den japanischen Zwölfkampfolympiasieger Kōji Gushiken. Der 28-jährige Sportlehrer triumphierte im Sechskampf (58,35 Punkte) vor den beiden "DDR"-Turnern Ulf Hoffmann (58,25) und Jens Fischer (58,15).

Bei den Frauen dagegen wurde die

zweimalige rumänische Goldmedaillengewinnerin Simona Pauca mit ihrem vierten Platz (38,55 Punkte) zum großen Verlierer. Es siegte die 20-jährige Ost-Berlinerin Maxi Gnauck und die erst 12-jährige Elena Gurova (UdSSR), die jeweils 39,50 Punkte erreichten und mit ihrem Doppelsieg den Veranstalter in Verlegenheit brachten, weil nur ein Pokal zur Verfügung stand. Dritte wurde Gabriela Fährnrich (38,85 Punkte), eine weitere "DDR"-Turnerin.

Zufrieden mit den Leistungen seiner Aktiven zeigte sich der Deutsche Turnbund (DTB). Bei den Männern fehlten zwar die Spitzenturner Georg Japok, Aguilar und Szilber, doch Daniel Winkler (9/57,20), Bernd Simmelbauer und Jürgen Garziella (beide 10/57,00) gaben Anlaß für Hoffnungen auf die Zukunft. Ergänzt wurde die Freude im DTB durch die Zusage von Bundestrainer Philipp Fürst (Oppau), der trotz seiner Rücktritt-Ankündigung bis 1988 im Amt bleiben wird. Nachdem sich die Aktiven und der zuständige Bundesschausschuß eindeutig für eine Vertragsverlängerung mit dem Bundestrainer ausgesprochen hatten, ließ er sich zum Weitemachen überreden: "Mit einem solchen einmütigen Vertrauensvotum konnte ich mich dieser Aufgabe nicht entziehen."

Während die Männer eindeutig mit Blick auf Seoul 1988 arbeiten, setzt Frauen-Cheftrainer Vladimir Prokork kurzfristige Ziele, denn: "Wer weiß, ob die Mädchen bis 1988 nicht alle verheiratet sind?" Prokork trainiert für die Weltmeisterschaft 1985 in Montreal und verlangt angesichts der mäßigen Leistung seiner besten Turnerinnen Brigitta Lehmann (5,38/40), Anja Wilhelm (6,38/15) und Elke Heine (7,37/75) die Wieder-Einrichtung eines Vollturns in der Turnschule Frankfurt. Obwohl der DTB ablehnt, will Prokork weiter kämpfen: "Nur wer hart arbeitet, kommt vorwärts."

SCHACH / Schon wieder ein Remis in Moskau

Karpow macht Ernst – heute die Entscheidung?

Auch die 31. Partie der Schachweltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatolij Karpow und seinem Landsmann und Herausforderer Garri Kasparow endete in Moskau mit einem Remis. Der 33-jährige Karpow, der mit 5:0 in Führung liegt, nahm ein entsprechendes Angebot des Herausforderers Kasparow nach dem 35. Zug an.

Karpow benötigt noch einen Sieg zum erneuten Titelgewinn. Mit dem 26. Remis hat diese Meisterschaft einen neuen Rekord für unentschiedene Partien erreicht. Diesen Rekord hatte bisher mit 25 Remis-Partien die Weltmeisterschaft des Jahres 1927 zwischen dem Kubaner José Raúl Capablanca und Alexander Aljechin aus der UdSSR gehalten. Damals hatte Aljechin in Buenos Aires mit 6:3 gewonnen. Man darf gespannt sein, wie hoch die beiden sowjetischen Spieler den Remis-Weltrekord noch schrauben.

In der 31. Partie des Titelkampfes in Moskau brachte Karpow eine Neuerung im 12. Zug, hatte positionellen Druck, eroberte sogar einen Bauern, aber schließlich fand er keinen richtigen Plan und konnte sich gegen aktive Positionen schwarzer Figuren nicht durchsetzen. Aber es schien so, als habe der Weltmeister versucht, diesmal aufs Ganze zu gehen. Die nächste Partie – vielleicht schon die zwischen Karpow und Kasparow entscheidende – wird heute abend gespielt.

Die 31. Partie kommentiert für die WELT Großmeister Luděk Pachman. Die Notation (Damengambit, Weiß: Karpow):

1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 e6, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.Lh4 0-0, 7.e3 b6, 8.Td1 Lb7, 9.Le2 Sb7, 10.cxd5 exd5, 11.d4 c5, 12.d4...

In der 25. Partie folgte 12.dxc5 bxc5, 13.Tc2 Td8, 14.Td2 Db6, 15.Db3 Tf8, 16.Td1 Dxb3, 17.cxb3 Sb4, und

Schwarz konnte das Gleichgewicht behaupten. Nun droht 18.La6, wonach der schwarze Damenflügel und auch der Bauer d5 schwach wären.

12...a6! 13.dxc5 bxc5, 14.Td1 Db6, 15.Db3!

Also wieder ein analoges Manöver wie in der 25. Partie. Kasparow reagiert jetzt anders und behält die Dame.

15...Da7, 16.Lg3 Tdd8, 17.Se1...

Weiß läßt den Vorstoß d4 zu und will den Freibauern blockieren und angreifen. Deshalb ist der nächste Zug von Schwarz ziemlich riskant.

17...d4!?, 18.exd4 exd4, 19.Sd4 Te8, 20.Txc8 Txc8, 21.Lc4 Tb8, 22.De1!

Normalerweise ist der Springer eine ideale Blockade-Figur. Aber nach 22.Sd3 Le6 ist kein Vorteil für Weiß zu entdecken.

22...Le6, 23.Lb3 Se4

Schlecht wäre Lxc4 24.Lxc4 Sc5? wegen 25.Dxd4. Auch jetzt gewinnt Weiß einen Bauern, aber die Verwertung dieses Vorteils wird angesichts der Aktivität schwarzer Figuren mit technischen Schwierigkeiten verbunden sein.

24.Dxd4 Df7, 25.Ld5 Sd6, 26.Lxc6 Dxc6, 27.Lb3 Te8

Einfach wäre die Aufgabe von Weiß nach 28.Da2 Txd1, 29.Dd1 usw.

28.Dd3 h5, 29.De4 Df7, 30.Sf3...

Hier sollte Weiß mit 30.f3! fortsetzen, zum Beispiel Sg3, 31.hxg3 Db8, 32.Df4 oder 31...Te8, 32.De2 Db8, 33.Df4 usw.

30...Te8, 31.De2 Sg4!

Eine interessante Stellung – schwarze Springer besetzen dominante Positionen, jetzt geht 32.h3? nicht mehr wegen Sg3, 33.fg3 Da7, 34.Sd4 Td8 usw.

32.Se5 Sg3, 33.hxg3 Df5

Hat Karpow etwa diesen Zug übersehen? Nach 34.Dxb5 folgt axb5, 35.Sxg4 h5, 36.Sb2 Tc2!

34.Sc4 Lf6, 35.Sab6 Te8, 36.Remis.

HANDBALL

Wunderlich entwickelte die Ideen

Sieg und Niederlage gab es für die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Herren in den ersten zwei von drei Länderspielen gegen die CSSR. Nach einem 17:19 in Karlsruhe nahm das Team von Bundestrainer Simon Schobel am nächsten Tag in Frankfurt mit 17:14 erfolgreich Revanche.

"Wir haben heute eine Klasse besser gespielt als in Karlsruhe", sagte Schobel nach dem zweiten Spiel. Für die schwache Vorstellung in der ersten Begegnung hatte der Bundestrainer von seiner Mannschaft Wiedergutmachung gefordert. Den Grundstein dazu legte er selbst. Schobel baute das Team auf fünf Positionen um.

Am meisten machte sich der Einsatz von Erhard Wunderlich bezahlt, der in Karlsruhe noch wegen einer Leistenentzündung gefehlt hatte. Der frühere Gummersbacher, der heute beim Zweitligaklub TSV Milbertshausen spielt, entwickelte die besten Ideen und war häufig der Ausgangspunkt, wenn das Spiel schnell und die Abwehr der CSSR ausgespielt wurde. Als Torschütze hielt sich Wunderlich mit zwei Treffern allerdings zurück.

Erfolgreichster Werfer beim 17:14-Erfolg des Silbermedaillengewinners von Los Angeles war Hans-Jürgen Müller mit vier Toren. Der Großwallstädter hinterließ auf der Problemkomposition des Rechtsaußen einen wesentlich besseren Eindruck als Arnulf Meffle tags zuvor.

Bundestrainer Schobel hatte Meffle nach dem Spiel in Karlsruhe mit den Worten nach Hause geschickt: "Ich kann keine Touristen gebrauchen." Doch der neben Wunderlich einzige Weltmeister im Team will nicht freiwillig weichen: "Die Weltmeisterschaft 1986 soll mein krönender Abschluß werden."

GALOPP

Die Wahl fiel auf Las Vegas

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln Mit großer Mehrheit wurde eine Stute erwartungsgemäß zum Galoppler des Jahres 1984 gewählt. Las Vegas, die in diesem Jahr bei neun Starts sieben Rennen gewonnen hat, bekam bei der Publikumswahl des Galoppler-Verbandes 216 158 (50,8 Prozent) der insgesamt 432 046 Einsendungen.

Drei Pferde waren in einer Vorauswahl von der Turf-Journalisten bestimmt worden, die beiden übrigen Kandidaten Alamy und Derbysieger Lagunas hatten keine Chance. Alamy erhielt 112 392 Stimmen (26,1 Prozent), Lagunas 96 756 (22,8 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Einsendungen um rund zehn Prozent.

Las Vegas erzielte ihre größten Erfolge im klassischen Preis der Diana, hier war das Kuriosum eines toten Rennens mit Slenderella zu vermelden. Sportlich noch höher einzuschätzen sind die Erfolge im Am-Pokal und im Deutschen St. Leger. 303 000 Mark gewann sie insgesamt in diesem Jahr, international ist die Stute allerdings nicht geprüft worden.

Ihre Züchterin und Besitzerin Ilse Bescher (65) aus Köln widerstand allen Versuchungen eines Transfers ins Ausland, sie hat für ihr Pferd den Hengst Primas als ersten Partner ausgewählt.

Die bisherigen Galoppler des Jahres: 1957: Thila, 1958: Orsini, 1959: Obermaat, 1960: Waidmann, 1961: Basim, 1962: Windbruch, 1963 und 1964: Bercarius, 1965: Kronzeuge, 1966: Iix, 1967 und 1968: Luciano, 1969: Hitchcock, 1970: Alpenkönig, 1971 und 1972: Lombard, 1973: Athanagoras, 1974: Maruk, 1975: Star Appeal, 1976 und 1977: Windwurf, 1978: Esclavo, 1979: Königstuhl, 1980: Nebos, 1981 bis 1983: Orofino, 1984 Las Vegas.

Wenn Sie über das

Musikleben orientiert sein wollen:

DIE WELT

Informieren Sie sich über die neuesten Abonnement- und Bestellmöglichkeiten. Bestellen Sie Ihre Abonnement- und Bestellmöglichkeiten. Bestellen Sie Ihre Abonnement- und Bestellmöglichkeiten.

Bestellchein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Luftpostversand auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Beruf:

Telefon:

Datum:

Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abends-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

die 20-jährige Saarbrückerin Claudia Kohde vertreten. Die nationale Ranglisten-Erste und Welttranglisten-Achte unterlag in ihrem achten Doppelfinale 1984 und ihrem vierten mit Helena Suková den übermächtigen Amerikanerinnen Pam Shriver/Martina Navratilova mit 3:6, 4:6, die sich damit nach den Erfolgen in Paris, Wimbledon und Flushing Meadow damit auch den „Grand Slam“ sicherten.

Dies gelang im Damendoppel bisher erst der Brasilianerin Maria Esther Bueno, die 1960 mit zwei verschiedenen Partnerinnen (der Amerikanerin Darlene Hard und der Britin Christine Truman) alle vier Titel gewann.

„Es wäre ein schöner Schlußpunkt unter ein erfolgreiches Jahr gewesen, aber die beiden waren heute zu stark“, sagte Claudia Kohde, „aber ich kann wohl auch so mehr als zufrieden sein.“ In der Welttrangliste ist sie erstmals unter den „Top Ten“, in der offiziellen Punktwertung um die Weltmeisterschaft steht sie sogar auf dem dritten Platz.

SPORT-NACHRICHTEN

Gladbach-Bayern live

Düsseldorf (sid) – Erstmals wird im deutschen Fernsehen ein Fußball-Bundesligaspiel live übertragen. Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt am Dienstag ab 20.00 Uhr das Spiel Mönchengladbach gegen den FC Bayern München.

Todesschütze in Haft

Brüssel (dpa/UPD) – Zu drei Jahren Gefängnis wurde der belgische Barbesitzer Albert Neuckermans (32) verurteilt, der am 8. Mai den britischen Fußball-Fan Brian Flannagan (18) erschossen hatte. Flannagan hatte nach dem UEFA-Cup-Finale zwischen Anderlecht und Tottenham Hotspurs in Neuckermans' Bar randaliert.

Rohrwick hört auf

Stuttgart (dpa) – Aus der Kunstturn-Nationalmannschaft verabschiedete wurde der 14-malige Deutsche Meister Volker Rohrwick (30). Er wird jedoch weiter für den Bundesligaklub Oppau turnen.

Rekorde von Hoffmeister

Schwäbisch Gmünd (dpa) – Der Schwimmer Frank Hoffmeister (Böckum/Wattenscheid) verbesserte bei den deutschen Mannschaftsmeisterschaften zwei deutsche Rekorde für 25-m-Bahnen: 200 m Lagen in 2:02,7 Minuten und 50 m Rücken in 26,90 Sekunden. Olympiasieger Michael Groß verbesserte den deutschen Rekord über 400 m Lagen auf 4:20,4 Minuten.

Pescarolo gewann Cup

Stuttgart (sid) – Den mit 80 000 Mark dotierten Porsche-Cup 1984 für den besten Privatreuer des Werkes gewann der 43-jährige Franzose Henri Pescarolo. Der ehemalige Formel-1-Fahrer gewann das 24-Stunden-Rennen von Le Mans und die französische Sportwagen-Meisterschaft.

Millionenspende

Stuttgart (dpa) – Die Daimler-Benz AG will der Stadt Mannheim im Jahr 1986 einen Betrag von 4,5 Millionen Mark für gemeinnützige Zwecke der Sportförderung zur Verfügung stellen. Damit soll der Sportstadion der Stadt entlastet werden.

Gewichtheber verurteilt

Montreal (sid) – Wegen Besitzes von Anabolika wurden in Montreal die beiden sowjetischen Gewichtheber Anatolij Pissarenko (26) und Alexander Koulowits (23) zu 300 und 500 Dollar Strafe verurteilt.

Nelson ist Weltmeister

San Juan (dpa/UPD) – Mit dem K.o.-Sieg in der 11. Runde über Titelverteidiger Wilfredo Gomez (Puerto Rico) wurde Azumah Nelson (Ghana) in San Juan Box-Weltmeister (WBC-Version) im Federgewicht.

Glück für Bobfahrer

Berchtesgaden (dpa) – Glimpflich verlief ein Trainingssturz des Dortmunder Bobfahrers Siegfried Rothe. Er erlitt einen Bruch des sechsten Halswirbels, ist jedoch nicht gefährdet.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUßBALL

WM-Qualifikation, Gruppe 4: Frankreich – DDR 2:0 (1:0) – Tabelle: 1. Frankreich 6:0, 2. Jugoslawien 3:1, 3. Bulgarien 3:3, 4. DDR 2:4, 5. Luxemburg 0:6, 6. Jugoslawien 1:4, 7. Bulgarien 1:4, 8. DDR 1:1. Weltcup in Tokio: Independiente Buenos Aires – Liverpool 1:0 (1:0) – Erste englische Division: Luton – Aston 1:0, Norwich – West Ham 1:0, Nottingham – Manchester United 2:2, Queens Park Rangers – Arsenal 1:0, Stoke – Ipswich 0:2, Sunderland – Leicester 0:4, Tottenham – Newcastle 3:1, Bromwich – Watford 2:1. Tabellenspitze: 1. Everton 34 Punkte, 2. Tottenham 33, 3. Manchester United 32, 4. Arsenal 32.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Leverkusen – Osnabrück 80:73, Heidelberg – Düsseldorf 72:67, Köln – Göttingen 67:60, Gießen – Bamberg 76:70, Hagen – Charlottenburg 67:60, 1. Bundesliga, Damen, 15. Spieltag: Porz/Hennef – Frankfurt 78:66, Osnabrück – München 76:68, Leverkusen – Marburg 77:68, Düsseldorf – Köln 107:76.

EISHOCKEY

Bundesliga, 21. Spieltag: Köln – Essen-West 14:3, Iserlohn – Rosenheim 4:4, Schwenningen – Kaufbeuren 4:4, Landshut – Mannheim 1:2, Düsseldorf – Riehlsee 7:2. Länderspiel: CSSR – UdSSR 4:4.

HANDBALL

Länderspiele, Männer: Deutschland – CSSR in Karlsruhe 17:19, Deutschland – CSSR in Frankfurt 17:14. 1. Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Berlin – Gladbach 16:7, Hannover – SW Köln 9:7, Braunschweig – Leverkusen 8:7, Großdottbich – RW Köln 12:17, 2. Bundesliga, Damen: Gruppe Süd, 8. Spieltag: Berlin – Lützellinden 17:18.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord, 4. Spieltag: Berlin – Gladbach 16:7, Hannover – SW Köln 9:7, Braunschweig – Leverkusen 8:7, Großdottbich – RW Köln 12:17, 2. Bundesliga, Damen: Gruppe Süd, 8. Spieltag: Berlin – Lützellinden 17:18.

TENNIS

17.16, Heidelberg – Stuttgart 6:10, Frankenthal – Dürkheim 9:4, 1. Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Hannover – HC Hannover 5:7, Braunschweig – Charlottenburg 14:4, Berlin – Brandenburg 4:8, Berliner EC – Klipper Hamburg 3:8, Gruppe Süd: BW Köln – Frankfurt 9:7, Frankenthal – Stuttgart 10:2, Rastatt – Düsseldorf 4:4.

Champions Trophy der Herren in Karachi, zweiter Spieltag: Australien – England 4:3, Holland – Neuseeland 2:1.

KUNSTTURNEN

2. Internationaler DTB-Pokal in Stuttgart, Kür-Sechskampf, Turner, Endstand: 1. Gushiken (Japan) 58,35 Punkte, 2. Hoffmann 58,25, 3. Fischer (beide „DDR“) 58,15, 4. Guczoghy (Ungarn) 58,10, 5. Limin (China) 58,05, 6. Winkler 57,20, 10. Stimmelmayer und Garziella (beide Deutschland) je 57,00. Boden: 1. Hoffmann 19,80, 2. Guczoghy 19,55, 3. Fischer 19,55, 4. Garziella (Deutschland) 19,25, 5. Seifriedt 19,20, 6. Limin 19,15, 7. Guczoghy 19,10, 8. Winkler 19,05, 9. Fischer 19,05, 10. Ringler 19,05, 11. Babcock (USA) 18,45, 12. Korkora (UdSSR) 18,40, 13. Winkler 18,20, 14. Fischer 18,15, 15. Gurova (UdSSR) und Gnauck („DDR“) je 39,50 Punkte, 3. Fährnrich („DDR“) 38,85, 4. Pauca (Rumänien) 38,55, 5. Lehmann 38,40, 6. Wilhelm 38,15, 7. Heise (alle Deutschland) 37,75. Strümpfen: 1. Gnauck 20,00, 2. Fährnrich 19,85, 3. Gurova 19,70, 4. Lehmann 19,15, 5. Pflersprung 19,10, 6. Gurova 18,75, 7. Gnauck 18,60, 8. Lehmann 18,25, 9. Wilhelm 18,15, 10. Heise 18,05.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Fort Bonn – Berlin 3:2, Damen: Rüsselsheim – Stuttgart 3:0, Schwerte – Vilsbiburg 1:3. Europapokal der Pokalsieger, erste Runde: Hamburg –

Voorburg/Holland 3:1. CEV Pokal, Herren: Leverkusen – Kocaeli/Türkei 3:1 (Leverkusen weiter), Krukenburg – Paderborn 3:0 (Krukenburg weiter). Damen: Oryx – Basel 3:1, Augsburg – Wien 3:0. Pokal der Landesmeister, Herren, Rückspiel erste Runde: Wien – Lohhof 1:3 (Lohhof weiter). Pokal der Pokalsieger, Herren: Münster – Göttingen 3:0 (Münster in der zweiten Runde).

Internationale Rennen in Inzell: 500 m Damen, Sprint: 1. Holzer-Gewenig 1:41,59 Sek., 2. Janson (Österreich) 44,41, 500 m Damen, Vierkampf: 1. v. Heiden (Frankreich) 43,38, 2. Smuda 43,39, 3. Weyer (beide Deutschland) 44,57, 1000 m Damen, Sprint: 1. Oberhuber 35,58, 2. Gewenig 38,75, 3. Streib (alle Deutschland) 39,03.

EISSCHNELLAUF

1. Weltcup-Superstarskizalom, Damen in Davos: 1. Hölcher (Deutschland) 1:50,33 Min., 2. Walliser (Schweiz) 1:52,14, 3. Kiehl (Deutschland) 1:52,15, 4. Örtli (Schweiz) 1:52,38, 5. Kirchler (Österreich) 1:52,51, 6. Gerg 1:52,58, 7. L. Apple 1:53,07, 8. Dedler 1:53,13, 9. Wiesler (alle Deutschland) 1:53,24, 10. Hies (Schweiz) 1:53,25. Stand im Gesamtweltcup: 1. Kiehl 35 Punkte, 2. Walliser 28, 3. Hölcher, Pelen (Frankreich), Haas (Schweiz) je 25, 6. Apple 24, 7. Kirchler (Österreich) 22, 8. Gerg, Eppeler-Beck je 20, 10. Hess 17. – 3. Weltcup-Skizalom der Herren in Davos: 1. Guignard (Frankreich), 2. Hess (Schweiz), 3. Barbier (Frankreich), 4. Thakka (Polen), ... 12. Apple-Beck, ... 14. Miesener (beide Deutschland). – Weltcup-Eisskizalom der Herren in Puy St. Vincent: 1. Erlacher (Italien) 2:30,13 Min., 2. Hängl (Schweiz) 2:30,34, 3. Pramotton (Italien) 2:30,40, 4. Zurbriggen 2:30,54, 5. Gaspoz 2:30,62, 6. Julien (alle Schweiz) 2:30,63, 7. Gruber (Österreich) 2:30,94, 8. Tötsch (Italien) 2:31,10, 9. Bührer (Schweiz) 2:31,32, ... 12. Wassmayer 2:32,09, ... 15. Eder 2:32,44, 16. Hirt 2:32,58, ... 24. Namberger 2:34,15, ... 27. Roth 2:34,73, ... 34. Wörndl (alle

SKI ALPIN

1. Weltcup-Superstarskizalom, Damen in Davos: 1. Hölcher (Deutschland) 1:50,33 Min., 2. Walliser (Schweiz) 1:52,14, 3. Kiehl (Deutschland) 1:52,15, 4. Örtli (Schweiz) 1:52,38, 5. Kirchler (Österreich) 1:52,51, 6. Gerg 1:52,58, 7. L. Apple 1:53,07, 8. Dedler 1:53,13, 9. Wiesler (alle Deutschland) 1:53,24, 10. Hies (Schweiz) 1:53,25. Stand im Gesamtweltcup: 1. Kiehl 35 Punkte, 2. Walliser 28, 3. Hölcher, Pelen (Frankreich), Haas (Schweiz) je 25, 6. Apple 24, 7. Kirchler (Österreich) 22, 8. Gerg, Eppeler-Beck je 20, 10. Hess 17. – 3. Weltcup-Skizalom der Herren in Davos: 1. Guignard (Frankreich), 2. Hess (Schweiz), 3. Barbier (Frankreich), 4. Thakka (Polen), ... 12. Apple-Beck, ... 14. Miesener (beide Deutschland). – Weltcup-Eisskizalom der Herren in Puy St. Vincent: 1. Erlacher (Italien) 2:30,13 Min., 2. Hängl (Schweiz) 2:30,34, 3. Pramotton (Italien) 2:30,40, 4. Zurbriggen 2:30,54, 5. Gaspoz 2:30,62, 6. Julien (alle Schweiz) 2:30,63, 7. Gruber (Österreich) 2:30,94, 8. Tötsch (Italien) 2:31,10, 9. Bührer (Schweiz) 2:31,32, ... 12. Wassmayer 2:32,09, ... 15. Eder 2:32,44, 16. Hirt 2:32,58, ... 24. Namberger 2:34,15, ... 27. Roth 2:34,73, ... 34. Wörndl (alle

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Australien in Melbourne, Damen, Finale: Lloyd-Evert (USA) – Sukova (CSSR) 6:7, 6:1, 6:3. Damen-Doppel: Shriver/Navratilova (USA) – Korbde/Sukova (Deutschland/CSSR) 6:3, 6:4. Herren, Einzel: Wilander (Schweiz) – Curren (Südafrika) 6:7, 6:4, 7:5, 6:2. Herren-Doppel: Edmondson/Stewart (Australien/USA) – Wilander/Nyström (Schweiz) 6:2, 6:3, 7:5. Junioren, Viertelfinale: Carney (Australien) – Betzner (Deutschland) 6:1, 1:6, 6:2.

RUGBY

EM-Spiel in Arlon: Belgien – Deutschland 14:12.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 6, 36, 37, 38, 48, Zusatzzahl: 17. – Spiel 77: 7 2 0 0 1 2. – Toto: 1. Glöckner: 0, 2, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 1. – Glücksspirale: Endziffern: 5, 86, 101, 683, 6392, 903777. – Los-Nummern: 028445, 5818357, 8295742, 147372, 517784, 151862. (Ohne Gewähr).



Mit uns steigen Sie zum Preis eines Golfs in die Mercedes-Klasse ein: 190 E für DM 66,-* (+ 0,49/km)

Wenn Sie gerne Mercedes-Komfort genießen, aber nur den Preis für einen Golf bezahlen möchten, dann rufen Sie jetzt bitte an und reservieren Sie per Ortsgespräch: 0130-33 66.

Unsere Reservierungszentrale stellt Ihnen

